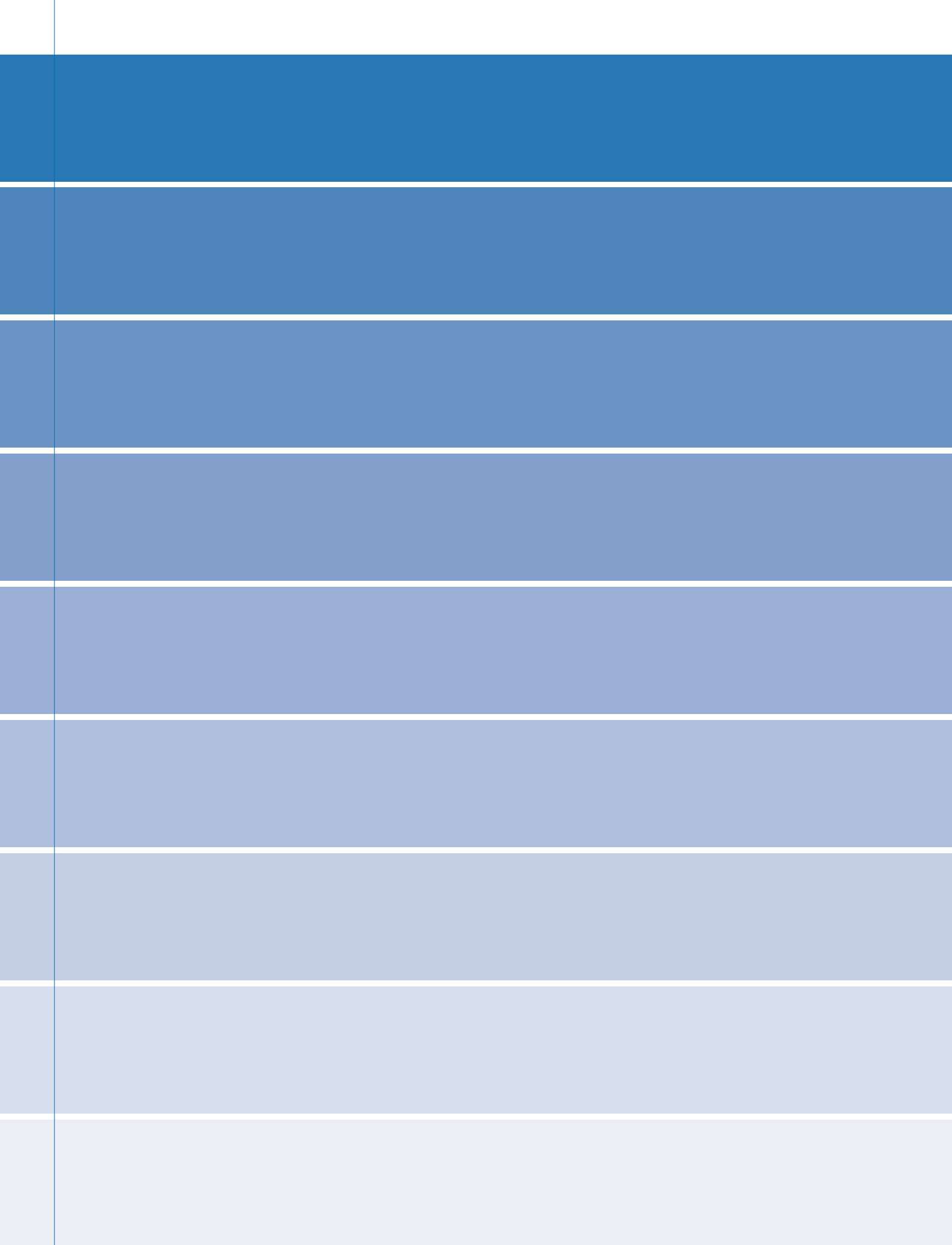


Verfassungs- schutz i n Hessen

Bericht 2000



Organi sation des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)	8-11
Rechtsextremi smus	12-43
Li nksextremi smus	44-69
Si cherheitsgefährdende und extremi s- ti sche Bestrebungen von Ausl ändern ..	70-88
Spi onageabwehr	89-91
Wi rtschafts- und Gehei mschutz	92-94
Sci entol ogy Organi sation (SO)	95-96
Öffentl i chkei tsarbei t	97-98
Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz	99-110

VORWORT – ZU DI ESER BROSCHÜRE	6
AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN	8
RECHTSEXTREMISMUS	12
Was wollen Rechtsextremisten ?	12
Überblick 2000	12
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	14
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	15
Die Republikaner (REP)	19
Deutsche Volksunion (DVU)	23
Gewaltbereite Rechtsextremisten/Skinheads	25
Neonazismus	30
Andere rechtsextremistische Organisationen	34
Was Rechtsextremisten lesen	35
Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel	38
Straf- und Gewalttaten	40
LINKSEXTREMISMUS	44
Was wollen Linksextremisten ?	44
Überblick 2000	45
Linksextremistisches Personenpotenzial	47
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	48
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	51
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	53
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	55
AUTONOME	56
Antifaschismus	58
Antimperialismus	60
Linksextremistische Einflussnahme im Zusammenhang mit aktuellen politischen Themen	62
Linksextremistischer Terrorismus	65
Nutzung des Internets durch Linksextremisten	66
Das Lesen Linksextremisten	67
Straf- und Gewalttaten	69
SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	70
Merkmale des Ausländerextremismus	70
Überblick 2000	70
Mitgliedschaften in extremistischen Ausländerorganisationen	72
KURDEN: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	73

Was ist Islamismus ?	78
TÜRKEN – Islamismus:	
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	79
Der Kalifatsstaat	81
TÜRKEN – Linksextremismus:	
Revolutionsäre Volksbefreiungspartei -Front“ (DHKP-C) und	
Türkische Volksbefreiungspartei /-front - Revolutionäre Linke	
(THKP/-C-Devrimci Sol)	82
Türkische Kommunistische Partei /Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	83
Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e. V. (DI DF)	84
TÜRKEN – Nationalismus:	
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine	
in Europa e. V. (ADÜTDF)	84
ARABER:	85
IRANER: Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	86
TAMILNADU: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	87
SIKHS:	87
Straf- und Gewalttaten	88
SPIONAGEABWEHR	
Allgemeine Lage	89
Nachrichtendienste der Russischen Föderation	89
Aufklärungsziele und Methoden	89
Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens	90
Nachrichtendienste der Volksrepublik China	91
Zusammenfassung	91
WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ	
Personeller Geheimschutz	92
Materieller Geheimschutz	92
Wirtschaftsschutz	93
SCIENTOLOGY ORGANISATION (SO)	95
ÖFFENTLICHEKTSARBEIT	97
GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ	99
PERSONEN- UND SACHWORTVERZEICHNIS	111
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	115
IMPRESSUM	116

Zu dieser Broschüre

Mit dem Verfassungsschutzbericht 2000 wird erstmals seit 10 Jahren die Öffentlichkeit wieder umfassend über verfassungsfeindliche Bestrebungen in Hessen informiert. Die Landesregierung hält die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über extremistische Bestrebungen – sei es von links, von rechts oder aus dem Ausland – für einen wesentlichen Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie.

Der Schutz unserer Demokratie ist nicht allein Aufgabe der Behörden. Die wehrhafte Demokratie lebt vor allem davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit unserer Verfassungsordnung identifizieren, sie verteidigen und vor allem den Gegnern dieser Ordnung entschlossen entgegentreten. Jeder Bürger kann sich anhand der dargestellten Fakten, Übersichten und Beurteilungen des vorgelegten Verfassungsschutzberichtes selbst ein Bild über Art und Umfang von verfassungsfeindlichen Bestrebungen machen und erhält somit Gelegenheit, sich an der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beteiligen.



Die Vorlage eines Verfassungsschutzberichtes ist aber auch deshalb wichtig, weil extremistische Organisationen sich nicht offen zu ihren wahren Zielen, nämlich der Abschaffung wesentlicher und grundlegender Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Ordnung bekennen. Sie verschleiern ihre Absichten und Methoden, ihre Zustimmung zum Grundgesetz sind Lippenbekenntnisse. In der Auseinandersetzung mit Extremisten ist es notwendig und zwingend geboten, die Missachtung demokratischer Ziele durch sie aufzuzeigen.

Für die Landesregierung ist das Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen ein unerlässlicher Faktor zum Schutz unserer Demokratie. Die Erkenntnisse und Informationen, die die Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gewinnen, sind für die Lagebeurteilung und die daraus sich ergebenden Maßnahmen notwendig. Wer unsere Demokratie wirksam schützen will, muss wissen, was ihre Feinde denken und planen.

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht 2000 fasst die Ergebnisse der Arbeit des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz zusammen. Zugleich gibt der Bericht auch einen allgemeinen Überblick über die verschiedenen extremistischen Organisationen.

Für Hessen kann festgestellt werden, dass Extremisten – gleich welcher Couleur – im Jahr 2000 unsere freiheitliche demokratische Grundordnung nicht ernsthaft gefährden konnten. Dies ist auch Ausdruck der guten Arbeit, die das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz leistet. Die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes trug wesentlich dazu bei, extremistische Aktivitäten in Hessen erfolgreich bekämpfen zu können. Die Zahl der in extremistischen Organisationen und Gruppierungen tätigen Personen sowie die insbesondere bei ausländischen Extremisten zunehmende Gewaltbereitschaft erfordern aber auch in Zukunft höchste Aufmerksamkeit.



Volker Bouffier
Hessischer Minister des Innern und für Sport

AUFGABEN UND ORGANISATION DES LANDESAMTES FÜR VERFASSUNGS- SCHUTZ HESSEN

Das Bundesverfassungsschutzgesetz sieht die Einrichtung besonderer Behörden für Zwecke des Verfassungsschutzes im Bund und in den Ländern vor. Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es in jedem Land eine Verfassungsschutzbehörde, in Hessen das **Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen**.

Schutz der
freiheitlichen
demokratischen
Grundordnung

Das **LfV** hat nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz vom 19. Dezember 1990 (GVBl.L.S. 753) – siehe Seite 99 bis 110 – den Auftrag, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind.

Ferner wirkt das **LfV**, auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen mit.

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen die in § 2 Abs. 4 des Gesetzes über das **LfV** (LFG) aufgeführten Prinzipien:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

Liegen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die gegen diesen Kernbestand der Verfassung gerichtet sind, werden sie vom **LfV** beobachtet. Diese Bestrebungen werden als extremistisch oder verfassungsfeindlich bezeichnet.

Aktivitäten, die zwar grundsätzliche Kritik an der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung äußern, aber nicht gegen die oben beschriebene freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, werden als radikal bezeichnet. Sie werden vom **LfV** nicht beobachtet.

Bestrebungen sind Aktivitäten, die sich durch Handlungen wie Agitation, Zusammenschluss zu Organisationen oder Straftaten ausdrücken. Die Gesinnung einer Person wird nicht beobachtet.

Ziel der Arbeit des Verfassungsschutzes ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen.

Ziel der Verfassungsschutzarbeit

Dies kann in erster Linie durch politisch geistige Auseinandersetzung mit den Zielen oder dem Verhalten extremistischer Bestrebungen geschehen. Gegebenenfalls kann aber auch ein Verbot eines Vereins durch das zuständige Innenministerium oder einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht in Betracht kommen.

Das **LfV** ist nur beobachtend und unterrichtend tätig. Ihm stehen polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse nicht zu. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden und darf Polizeibehörden auch im Wege der Amtshilfe nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Den überwiegenden Teil seiner Erkenntnisse gewinnt das **LfV** aus offenen Quellen, das heißt aus Informationen, die jedermann zur Verfügung stehen. Dazu zählen Publikationen, öffentliche Veranstaltungen oder sonstige Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

Offene Quellen

Die Sammlung offenen Materials reicht aber oft nicht aus, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von extremistischen Bestrebungen zu erhalten. Gerade Verfassungsfeinde arbeiten konspirativ, versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu ver-

Geheime Informations- beschaffung

schleiern oder geheim zu halten. Ihre Bekenntnisse zum Grundgesetz sind Lippenbekenntnisse.

Um den wahren Sachverhalt festzustellen, darf das **LfV** in solchen Fällen auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen.

Solche nachrichtendienstlichen Mittel sind z.B.

- die Observation,
- das Einschleusen oder Anwerben und Führen von Vertrauensleuten („Quellen“) in extremistischen Organisationen,
- das geheime Fotografieren oder Tonaufzeichnungen,
- die Nutzung nachrichtendienstlicher Hilfsmittel wie Tarnausweise oder -kennzeichen.

Die Voraussetzungen für den Einsatz dieser Mittel sind in § 5 LfVG (siehe Seite 102) näher geregelt.

Ein besonderes nachrichtendienstliches Mittel ist die Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Eingriffs in das Grundrecht des Art. 10 Abs. 1 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis), ist ein solcher Eingriff nur unter den engen Voraussetzungen des G 10-Gesetz zulässig. Voraussetzung für ihn ist eine Anordnung durch den Hessischen Minister des Innern und die vorherige Zustimmung der G 10-Kommission des Hessischen Landtags.

Auf nachrichtendienstlichem Weg gewonnene Informationen können im allgemeinen nicht öffentlich verwendet werden. Sie ermöglichen aber eine sachgerechte und qualifizierte Bewertung der öffentlich zugänglichen Informationen. Sie sind daher für das Lagebild verfassungsfeindlicher Bestrebungen notwendig und unverzichtbar.

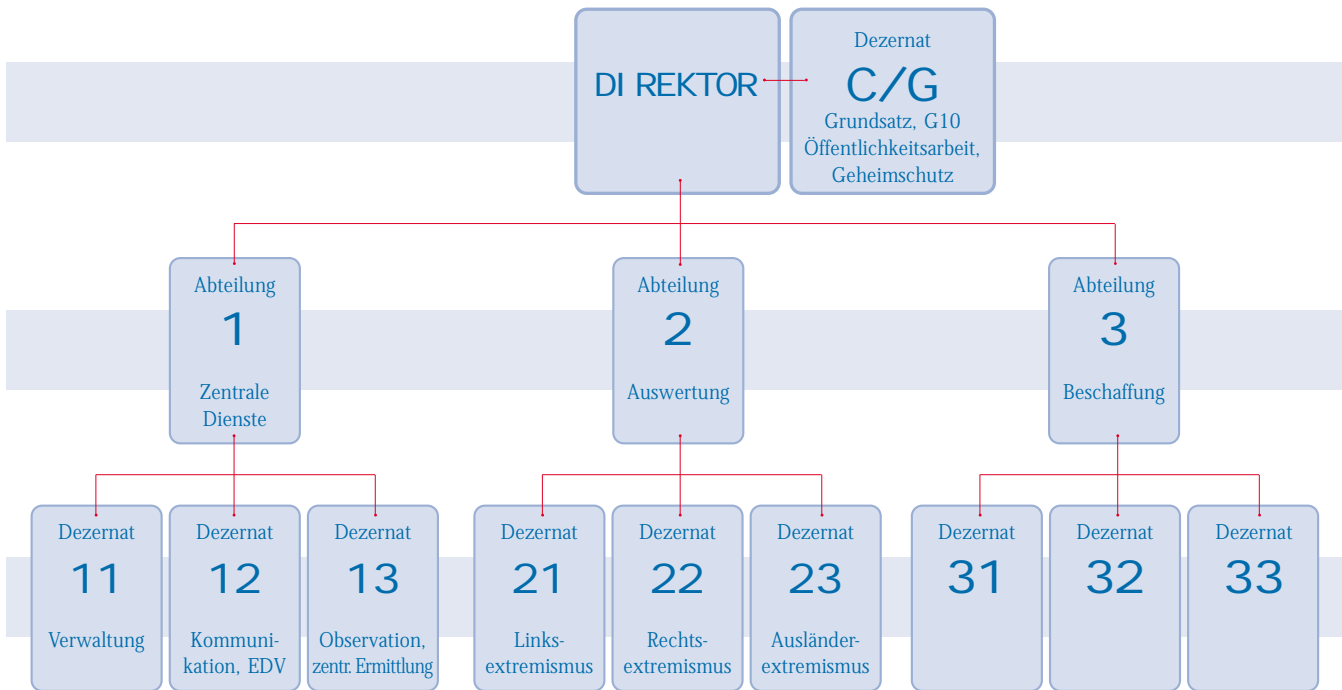
Bericht- erstattung

Das **LfV** informiert regelmäßig die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die obersten Landesbehörden über seine Erkenntnisse. Im Einzelfall dürfen auch andere Behörden, z.B. die der Strafverfolgung, zur Erfüllung ihres Auftrages durch das **LfV** über einschlägige Erkenntnisse unterrichtet werden.

Struktur des Verfassungsschutz

Das **LfV** ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Es nahm seine Tätigkeit aufgrund des Gesetzes vom 19. Juli 1951 auf.

Es ist wie folgt gegliedert:



Zur Erfüllung seiner Aufgaben standen dem **LfV** 182 Planstellen zur Verfügung. Der sächliche Haushalt betrug etwa 3,5 Millionen DM.

Das **LfV** ist zu erreichen unter der Adresse

Konrad-Adenauer-Ring 41-43, 65187 Wiesbaden

oder dem Postfach 3905, 65029 Wiesbaden

sowie per Telefon: 0611/720-0, E-Mail: poststelle@lfv.hessen.de

und über das Internet: <http://www.verfassungsschutz-hessen.de>

Kontrolliert wird das **LfV**

- vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht,
- durch die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz und die G 10-Kommission des Hessischen Landtages,
- vom Hessischen Datenschutzbeauftragten,
- durch den Hessischen Rechnungshof und nicht zuletzt
- durch die öffentliche Medienberichterstattung.

Kontrolle

RECHTSEXTREMI SMUS

Was wollen Rechtsextremisten ?

„Biologische,
genetisch
bedingte
Ungleichheit“

Rechtsextremisten lehnen tragende Grundsätze des Grundgesetzes ab: Die Würde und die individuelle Freiheit des Menschen und die politische Gleichheit aller Menschen. Stattdessen verweisen Rechtsextremisten immer wieder auf die „biologische, genetisch bedingte Ungleichheit“. Die eigene weiße „Rasse“ wird überhöht und die von ihr erbrachten „Fortschritte“ werden als die größten menschlichen Leistungen angesehen. Besonders alles Deutsche muss daher vor der „Rassenvermischung“ mit „fremden Elementen“ geschützt werden. Rechtsextremisten sind nationalistisch, ausländer-/minderheitenfeindlich und oft antisemitisch eingestellt. Aus diesem Grunde lehnen Rechtsextremisten Toleranz und Respekt gegenüber „andersrassigen“ Individuen und Völkern sowie Andersdenkenden und Minderheiten ab.

Parlamentari-
smuskritik

Orientiert an autoritären bzw. diktatorischen Herrschaftssystemen der Vergangenheit wollen Rechtsextremisten die angeblich alles vereinheitlichende „liberalistische Demokratie“ abschaffen. In einer von ihnen bestimmten politisch-gesellschaftlichen Ordnung besäße die blutsmäßig definierte deutsche „Volksgemeinschaft“ absoluten Vorrang vor dem Einzelnen. Die parlamentarische Demokratie sehen Rechtsextremisten in einer ständigen Krise. Vertreter dieses „Systems“ werden von ihnen regelmäßig beschimpft („Demokröten“), als unfähig und verlogen dargestellt. Ihnen wird vorgeworfen, keine deutschen, sondern ausländische bzw. jüdische Interessen zu vertreten. Rechtsextremisten lehnen Pluralismus und Mehrparteienprinzip ab, sie wollen vielmehr einen „autoritären Staat“.

Verharmlosung
des National-
sozialismus

Das nationalsozialistische Unrechtsregime wird unkritisch gesehen und in Teilen positiv bewertet. Sogenannte „Revisionisten“ verharmlosen die Untaten des Nationalsozialismus; manche leugnen die Ermordung der Juden und versuchen dies pseudowissenschaftlich zu belegen.

Einige Rechtsextremisten pflegen heidnisches, in der Natur verwurzelt Brauchtum. Hier steht der Sonnenkult mit entsprechenden Feiern im Vordergrund.

Zunehmend befürworten Rechtsextremisten den Einsatz von terroristischer Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele. Über verbale Äußerungen und das zielgerichtete Beschaffen von Waffen zum Zwecke von Vergeltungsaktionen sind entsprechende Bemühungen jedoch noch nicht hinausgekommen.

Überblick 2000

Rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten sind gegenüber 1999 drastisch angestiegen. Insbesondere die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) erzeugt aufgrund ihrer Veranstaltungen und Veröffentlichungen ein Klima aggressiver Fremdenfeindlichkeit, aus dem heraus Straftaten begangen werden. Außerdem arbeitet die NPD verstärkt mit gewaltbereiten Neonazis und Skinheads zusammen. Letztlich will die NPD, die sich an nationalsozialistisches Gedan-

kengut anlehnt, das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem abschaffen. Daher leiteten sowohl die Bundesregierung wie auch Bundestag und Bundesrat ein Verbotsverfahren gegen sie ein. Mit einem Verbot soll der **NPD** der legale Rahmen für ihre Aktivitäten entzogen werden. Unabhängig von einem Verbot der **NPD** ist es jedoch notwendig, die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im gesamten Spektrum des politischen Lebens, d. h. von Familie über Ausbildungsstätte bis zum Beruf, zu suchen.

NPD-Verbotsverfahren

Mit der **NPD**-Diskussion überschneidet sich das Verbot der neonazistischen **Skinhead**-Organisation **Blod & Honour** am 14. September durch den Bundesminister des Innern. Im **Skinhead**-Bereich ist ein Rückgang der Konzerte zu beobachten, in Hessen fand nur ein Konzert von Bedeutung statt. Bei der Auflösung von Konzerten wenden **Skinheads** zunehmend Gewalt gegen Polizeibeamte an. Nach wie vor besteht das Problem, dass - insbesondere bei noch nicht gefestigten Jugendlichen - das Hören von Musikstücken mit rechtsextremistischen Inhalten zu einem Weltbild führen kann, das von Hass auf andersaussehende und -denkende Menschen, insbesondere Ausländer und Juden, geprägt ist.

Blod & Honour verboten

Sprunghaft hat im Internet die Zahl der rechtsextremistischen Homepages zugenommen. Hier haben sich Rechtsextremisten ein wichtiges Propagandamittel geschaffen, mit dem sie entsprechende Texte, verbotene Abzeichen und Musik verbreiten. Dabei machen sich Rechtsextremisten die international höchst unterschiedlichen Rechtsauffassungen über die Meinungsfreiheit zunutze. Schätzungsweise 90 Prozent der Server, die Homepages weltweit anbieten, stehen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada. Einige Anbieter befinden sich aber auch in Russland und Asien.

Waffen und Sprengstoffe als latente Gefahr

Vereinzelt wurden bei Rechtsextremisten Waffen und Sprengstoffe gefunden. Besonders ein Fall in Sachsen erregte Aufsehen, so dass sich die Frage nach dem Vorhandensein terroristischer rechtsextremistischer Gruppierungen stellte. In Hessen sind keine Personen zu erkennen, die über entsprechende Konzepte und logistische Strukturen verfügen. Gleichwohl können spontane Einzeltaten nie ausgeschlossen werden. Waffen- und Sprengstoffsammlungen von Rechtsextremisten bilden eine potenzielle Gefahr.

Die Zahl der Mitglieder der rechtsextremistischen Parteien insgesamt stagniert seit Jahren. Ein- und Austritte halten sich in etwa die Waage.

Bei dem Landesverband der **REP** hat es – gegenüber einer rückläufigen Mitgliederzahl im Bund – keine Veränderung gegeben. Das dürfte auf eine besonders aktive Parteiarbeit, auch in kommunalen Vertretungen, zurückzuführen sein.

Die hessische **NPD** konnte vom bundesweiten Mitgliederanstieg nicht profitieren, da sie, mit wenigen Ausnahmen, keine besonderen Aktivitäten entfaltet.

Der bundesweite Mitgliederrückgang der **DVU** dürfte mit den schlechten Wahlergebnissen der letzten Jahren zusammenhängen.

Im Gegensatz zu dem Neonazibereich wurde bei den gewaltbereiten Rechtsextremisten/Skinheads eine Zunahme festgestellt. Ein Grund hierfür dürfte die verstärkte Mobilisierung anlässlich von Veranstaltungen sein.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial *

	2000	1999	1998
NPD			
Hessen	400	400	400
Bund	6.500	6.000	6.000
REP			
Hessen	1.900	1.900	1.900
Bund	13.000	14.000	15.000
DVU			
Hessen	1.700	1.700	1.700
Bund	17.000	17.000	18.000
Gewaltbereite/Skinheads			
Hessen	550	500	500
Bund	9.700	9.000	8.270
Neonazis			
Hessen	150	150	150
Bund	2.200	2.200	2.400
Sonstige			
Hessen	150	150	200
Bund	4.200	4.200	4.500
Summe **			
Hessen	4.850	4.800	4.800
Bund	50.900	51.400	53.600

* Die Zahlen sind gerundet.

** Wegen der Mehrfachmitgliedschaften ergibt sich die Gesamtsumme nicht aus der Addition

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Gründung:	1964
Hess. Landesvorsitzender:	Thomas Hantusch
Bundvorsitzender:	Udo Voigt
Mitglieder:	In Hessen 400, bundesweit 6.500
Jugendorganisation:	Junge Nationaldemokraten (JN)
Nebenorganisation:	Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
Publikationen (Auswahl):	Deutsche Stimme (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise monatlich) Klartext - Die deutsche Stimme von Ehrlinghausen (ohne Ang.)

Ihre erfolgreichste Zeit hatte die **NPD** Ende der sechziger Jahre. Sie war in verschiedenen Landtagen vertreten, verfügte über 28.000 Mitglieder und erzielte bei der Bundestagswahl 1969 ein Ergebnis von 4,3 Prozent. Da sie bei dieser Wahl die 5%-Hürde nicht überwinden konnte, brachen alte innerparteiliche Flügelkämpfe auf und eine Talfahrt setzte ein. Der ehemalige Parteivorsitzende Günter Deckert (1991-1995) manövrierte die **NPD** mit seiner einseitigen Konzentration auf die Themen Ausländerpolitik und Revisionismus in das politische Abseits. Nach seiner Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass wurde Deckert vom Parteivorstand seines Amtes enthoben.

NPD in den
90er Jahren im
Tief

Auf den Niedergang der Partei reagierte Udo Voigt, 1996 zum Bundesvorsitzenden gewählt, im wesentlichen mit zwei Maßnahmen: Er öffnete die **NPD** für **Neonazis** und **Skinheads** und band diese in die Parteitaktivitäten ein. Darüber hinaus entwarf Voigt das „Drei-Säulen-Konzept“: Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente, wobei der Kampf um die Straße wegen der Zusammenarbeit mit **Neonazis** und gewaltbereiten **Skinheads** in den Vordergrund rückte. Aufgrund dieser Neukonzeption gelang es der Partei, ihren Mitgliederstand von etwa 3.200 (1996) auf mittlerweile rund 6.500 zu erhöhen.

Kampf um
die Straße

Der hessische Landesverband steigerte seine Mitgliederzahl von 350 (1996) auf inzwischen 400. Laut der Entscheidungsgrundlage der Bundesregierung zum Verbotsantrag („Verfassungswidrigkeit der NPD“) interessieren sich bundesweit verstärkt Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren für die **NPD**. Dieser Trend ist auch in Hessen zu beobachten, wobei hier insgesamt die Partei, jedoch nicht deren Jugendorganisation **JN**, davon profitiert.

„Volks- gemeinschaft“

Das von der **NPD** vertretene Menschen- und Staatsbild ist unvereinbar mit unserer freiheitlichen demokratischen Verfassungsordnung, da sie die Würde des Menschen, das wichtigste Menschenrecht, von der biologisch-genetischen Zugehörigkeit zur „Volks-gemeinschaft“ abhängig macht. So erläuterte ein hoher **JN**-Funktionär, dieser Gemeinschaft könne man nur blutsmäßig durch Geburt angehören.

Die Missachtung der Menschenrechte seitens der **NPD** wird besonders deutlich bei antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen. In einer Beilage zur **Deutschen Stimme** war zu lesen: „Rassenvermischung ist gegen die Natur und Völkermord!“

Systemwechsel als Ziel

Da das „Volkswohl“ für die **NPD** an erster Stelle steht, hat sich der Einzelne diesem unterzuordnen. Freie Wahlen und repräsentative Demokratie lehnt die **NPD** daher ab. Die Partei will dagegen einen „grundlegenden Systemwechsel“ herbeiführen und definiert sich als „sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“. In einer **NPD**-Publikation aus dem Jahre 1998 heißt es:

„Wir wollen die absolute Macht in Deutschland, um unsere Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu verwirklichen und um das liberal-kapitalistische System durch unsere nationale, solidarische Volkswirtschaft zu ersetzen. Das, und nichts anderes, ist die deutsche Revolution“.

Posi ti ve Bezüge zum National - sozi al i smus

Die **NPD** richtet sich gegen die Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie leugnet teilweise den Völkermord an den Juden und bestreitet die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg. In „Hessen Report Stimmen der hessischen Nationaldemokraten“ 3/1996 war zu lesen:

„Wir wissen heute auch , dass der uns aufgezwungene und folgende II. Weltkrieg nicht unserer [...] und der Befreiung der Menschen, sondern der Vernichtung der europäischen Staatenordnung diene und zur Unterwerfung des Menschen unter das kapitalistische Zinsjoch geführt hat.“

I ntegrati on von Neonazi s und Ski nheads

Darüber hinaus zeigt sich eine Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus, sie verherrlicht die Jahre zwischen 1933 und 1945 und verwendet nationalsozialistisches Vokabular (z. B. „Bewegung“, „System“).



Die oben aufgeführten Ziele will die **NPD** aktiv-kämpferisch und aggressiv umsetzen. Deshalb soll die Straße mobilisiert, die angebliche „Wut des Volkes auf die Straße“ getragen werden, um eine außerparlamentarische Massenwirkung zu erzielen. Hierzu integriert die Partei **Neonazi s** und **Ski nheads** in ihre Demonstrationen. Diese sollen einen martialischen, aggressiven und furchteinflößenden Eindruck erwecken. Parolen, die „Überfremdungsfahr“ und einen damit angeblich einhergehenden Arbeitsplatzverlust zum Thema haben, sollen eine Krisenstimmung in der Bevölkerung erzeugen und somit das Fundament unserer Verfassungsordnung erschüttern. Noch konkreter in Bezug auf eine aktiv-kämpferische und aggressive Haltung heißt es in der **JN**-Publikation „Der Aktivist“ Nr. 1/1997:

„Wenn wir also unser Volk retten wollen, so müssen wir diesen Kampf bedingungslos aufnehmen und zwar auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen. [...] Tretet Schützenvereinen bei, besucht Kampfsportschulen, bildet Euch in Selbstverteidigung aus! Die Militanz unserer Gegner erfordert die Fähigkeit zum Selbstschutz! Nehmt an Orientierungsmärschen und Zeltlagern teil! Organisiert Euch im Ordnerdienst der **NPD/JN**! Nutzt die Möglichkeit, die Euch die Bundeswehr bietet! Laßt Euch zu qualifizierten Führungskräften ausbilden und lernt soldatische Führung! Tretet sonstigen Sportvereinen bei!“

Im Zusammenhang mit dem Anstieg rechtsextremistischer Straftaten und der teilweise besonders brutalen Vorgehensweise wurde im Sommer öffentlich über die Ursachen dieser Entwicklung und über staatliche Maßnahmen diskutiert. Als eine Maßnahme wurde das Verbot der **NPD** gefordert, da sie durch ihr aggressives Auftreten und der Verbindung mit der **Ski nhead**-Szene Grundlage für die Gewalttaten gebe.

Zu Beginn dieser öffentlichen Diskussion schränkte die Partei ihr öffentliches Auftreten, insbesondere Demonstrationen ein. Begründet wurde dies damit, potenziellen Provokateuren keine Möglichkeit zu bieten, Beweise für das Verbotsverfahren zu liefern. Diese Maßnahme des Parteivorstandes blieb nicht ohne Widerspruch an der Basis. Hatte doch die Partei zuvor besonders öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt. Im Januar hatte ein von der Partei organisierter Demonstrationenzug durch das Brandenburger Tor geführt. Damit war es Rechtsextremisten zum ersten Mal seit der nationalsozialistischen Diktatur gelungen, diese symbolträchtige Stätte für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Zum „2. Tag des nationalen Widerstandes“ in der Passauer Nibelungenhalle vermochte die **NPD** im Mai die hohe Zahl von 5.000 bis 6.000 Teilnehmern zu mobilisieren und innerhalb dieses rechtsextremistischen Personenspektrums eine Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Demonstrationenzug durch das Brandenburger Tor

Das interne Demonstrationsverbot wurde schließlich zurückgenommen. Am 25. November demonstrierten in Berlin etwa 1.400 **NPD**-Anhänger gegen das drohende Verbot. Obwohl die Teilnehmerzahl hinter den Erwartungen zurückblieb, wertete die **NPD** die Veranstaltung als „machtvolle Kundgebung gegen die beabsichtigte Ausschaltung der einzig wirklichen Oppositionspartei im Land“ (Pressemitteilung der **NPD**-Bundesgeschäftsstelle vom 26. November 2000).

Im Sommer trat Horst Mahler, eine der ehemaligen Galionsfiguren der Achtundsechziger und ehemaliger **RAF**-Terrorist, der **NPD** bei. Mittlerweile fungiert er als ihr Prozessbevollmächtigter beim anstehenden Verbotsverfahren und demonstriert damit seine enge Verbundenheit mit dem rechtsextremistischen Lager. (Siehe dazu auch **Bürgerbewegung für unser Land**.)



Neuer Landesvorstand

Der **NPD**-Landesverband Hessen wählte im Juli einen neuen Vorstand. Nachdem der langjährige Vorsitzende Hans Schmidt nicht mehr kandidierte, wurde der ehemalige Landesvorsitzende der **JN**, Thomas Hantusch, zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Den hiermit vollzogenen Generationswechsel trugen allem Anschein nach nicht alle Parteimitglieder mit, da Hantusch sich erst im zweiten Wahlgang durchzusetzen vermochte.

Die **NPD** ist in Hessen in sechs Gemeindeparlamenten vertreten. Die Kommunalwahlen 2001 änderten an dieser Zahl zwar nichts, doch verringerte sich der landesweite Stimmenanteil der Partei von 0,6 (1997) auf 0,2 Prozentpunkte. Damit hat sich der bereits in der Vergangenheit eingeleitete Trend zur bedeutungslosen Wahlpartei nochmals deutlich verstärkt. Hauptursache dürfte die Verbotsdiskussion sein, so dass die **NPD** selbst in ihren Hochburgen Verluste von bis zu 50 Prozent hinnehmen musste. Dieses Ergebnis lässt darauf schließen, dass sich besonders „Protestwähler“ von der Partei abgewendet haben.

Wie in den vergangenen Jahren hat der **NPD**-Landesverband Hessen zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt. Landesweit ist eine zunehmende Beteiligung und Einbeziehung von **Ski nheads** und **Neonazi s** zu beobachten. So versammelten sich im Januar in Ehringshausen bei einer von dem **NPD**-Kreisverband Lahn-Dill angemeldeten Demonstration sowohl **NPD**-Mitglieder als auch eine erhebliche Anzahl von **Ski nheads**. Am 1. Mai trafen sich in Wetzlar 140 Rechtsextremisten zu einer Demonstration unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre - stoppt die Globalisierung“. Der **NPD**-Bundesvorsitzende Voigt trat als Redner bei der Abschlusskundgebung auf. An der Veranstaltung nahmen viele **Ski nheads** teil, begleitet von Protesten von etwa 250 Demonstranten des linksextremistischen Spektrums.

Ski nhead- Beteiligung bei 1. Mai - Demonstration

Mit den **JN** verfügt die **NPD** zahlenmäßig (bundesweit etwa 350 Mitglieder) über eine aktive Jugendorganisation. Im Zuge des Öffnungsprozesses zur **Neonazi** - und **Ski nhead**-Szene verlor die **JN** jedoch etwas an Eigenständigkeit und orientiert sich zur Zeit mehr an der Mutterpartei. So stellte sich der **JN**-Landesverband Hessen auf seiner Internet Homepage wie folgt vor:

JN

„Der **JN** als Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (**NPD**) ist es eine der vornehmsten Pflichten, sich am politischen Kampf der Mutterpartei zu beteiligen. Dies gestaltet sich so, dass die **JN** hier in Hessen, in und neben den Wahlkampfzeiten, plakatiert, Flugblätter verteilt, in Diskussionen eingreift, um der Bevölkerung das ideologische Gedankengut unserer revolutionären Bewegung zu vermitteln.“



Die **JN** bezeichnet sich als „zukunftsorientierte, revolutionäre Jugendorganisation“, die die Wurzeln des deutschen Volkes pflege, nach alten Werten lebe und Traditionen aufrechterhalte. Diese Ansprüche vermochte die **JN** in Hessen aufgrund mangelnder Organisationsstruktur und einer verschwindend geringen Mitgliederzahl jedoch nicht in nennenswerte Aktivitäten umzusetzen.

Die Republikaner (REP)

Gründung:	1983 (Hessen 1987)
Hess. Landesvorsitzender:	Haymo Hoch
Bundvorsitzender:	Dr. Rolf Schlierer
Mitglieder:	In Hessen 1. 900, bundesweit 13. 000
Jugendorganisation:	Republikanische Jugend (RJ)
Publikationen (Auswahl):	Der Republikaner (Aufl. 20.000, Erscheinungsweise monatlich), REP-Hessen Info (ohne Ang.)

Von zwei aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten sowie dem Publizisten Franz Schönhuber gegründet, wird die Partei seit 1992 von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Obwohl 1994 Dr. Schlierer den damaligen Bundesvorsitzenden Schönhuber aus der Parteiführung mit dem Anspruch verdrängte, die REP vom „rechten Narrensaum“ („Der Republikaner“, Nr. 11/1994) abzugrenzen, liegen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen der Partei vor.



Seit 1993 versuchen die REP in Hessen flächendeckend kommunalpolitisch tätig zu werden, konnten dies jedoch bislang nicht realisieren. Bei der Kommunalwahl am 18. März 2001 trat die Partei in 3 kreisfreien Städten, in 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden und bei 17 Kreistagswahlen an. Bei einer Wahlbeteiligung von 53 Prozent erreichten die REP landesweit nur 2,5 Prozent der Stimmen und verloren somit 4,1 Prozentpunkte im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1997. Mit diesem aktuellen Wahlergebnis sind die REP augenscheinlich auf ihre eigentliche Stammwählerschaft reduziert worden. Auf das noch bei der letzten Kommunalwahl 1997 vorhandene Protestwählerpotenzial konnte die Partei nicht mehr zurückgreifen. Die anhaltende öffentliche Diskussion über den Rechtsextremismus dürfte dazu beigetragen haben, „Protestwählern“ zu verdeutlichen, dass die Stimme für eine rechtsextremistische Partei im Grunde eine verlorene Stimme ist. In Hessen hält sich die Mitgliederzahl der REP seit Jahren konstant, während sie bundesweit zurückgegangen ist. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt hierbei im Rhein-Main-Gebiet. Besonders die REP-Jugendorganisation RJ erfuhr einen Aufschwung. In kurzer Folge gründeten sich seit 1998 drei Kreisverbände der RJ, und innerhalb des Jahres 2000 erhöhte sich ihre Mitgliederzahl von 70 auf 150 Personen.

Jugend-
organisation
im Aufschwung

Wei ter hi n verfassungs- fei ndl i ch

Seit ihrer Gründung haben sich die **REP** in auffällig kurzen Zeitabständen mehrere Programme gegeben. Je intensiver in der Öffentlichkeit die Verfassungsfeindlichkeit der **REP** diskutiert wurde, desto gemäßigter fielen ihre Programme aus. Im aktuellen Bundes- und im hessischen Landesparteiprogramm bekennt sich die Partei zwar zu den fundamentalen Prinzipien des Grundgesetzes, Publikationen und Äußerungen von **REP**-Mitgliedern sprechen dagegen eine andere Sprache. Ohne zu differenzieren, führt die Partei Probleme in Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und innerer Sicherheit auf die Zuwanderung von Ausländern und Asylbewerbern zurück.



„Zerstörung unseres Vol kes“

Mit ihrer fremdenfeindlichen Agitation und mit der Betonung des Vorrangs alles Deutschen propagieren bedeutende Teile der **REP** eine gleichheitswidrige Trennung von Deutschen und Nichtdeutschen. Die Menschenwürde und die unveräußerlichen Menschenrechte stehen hierbei im Abseits. Der Begriff des deutschen Staatsvolks in einer sehr eingegrenzten, genetisch begründeten Definition rückt in den Mittelpunkt. Damit wird versucht, in der Öffentlichkeit irrationale Ängste gegen Fremde zu schüren. Dem liberalen Menschenbild des Grundgesetzes wird eine Absage erteilt. So heißt es in einem Mitteilungsblatt für Mitglieder der **REP**-Kreistagsfraktion Groß-Gerau, das „Phänomen der Einwanderung durch Geburt“ lege den „Grundstein zur Zerstörung unseres Landes und unseres Volkes“. Aus Deutschland werde „ein mit einem ethnischen Flickenteppich überzogenes multikulturelles Siedlungsgebiet“ („Main-Kinzig-Kreis-Report“, Nr. 1/1999). Von der Vorstellung geprägt, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse von größter Bedeutung für das Individuum sei, sagte ein führendes Mitglied der **RJ** Hessen anlässlich einer Sonnwendfeier:

„Wir müssen wieder zurück zu unseren Bräuchen, Sitten und Wurzeln finden. Denn ein Volk ohne Bräuche und Sitten ist ein Volk ohne Wurzeln. [...] Soll das Feuer, welches wir gleich entzünden werden, seine symbolische reinigende Kraft auf unser Volk entfalten. Reinigen von der Unkultur, die seit Jahren das Land überschwemmt und unsere eigene Kultur zurückdrängt.“

Verh äl tni s zum 3. Re i ch

Unverändert Schwierigkeiten bereitet den **REP** der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. So beschuldigte der **REP**-Landesverband Hessen den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, die „moralische Daumenschraube“ weiter anzuziehen und „Deutschland auf Auschwitz reduzieren“ zu wollen. „Monströse Denkmale, Sammelklagen gegen Unternehmen und die tägliche Überdosis Moralin der Marke 33/45“ (Pressemitteilung REP-LV vom 4.8.1999) seien die Ursache dafür, dass der Ruf nach einem Schlussstrich immer lauter werde. In der Präambel ihres Bundesparteiprogramms fordern die **REP** daher das Ende der „geistigen babylonischen Gefangenschaft der Deutschen“. Der angestammte Platz der Deutschen sei nicht der Pranger der Weltgeschichte. Das Lebensrecht des deutschen Volkes sei aus sich selbst begründet. Es bleibe unberührt von historischen Schuldzuweisungen.

Entgegen der vom Bundesvorsitzenden vertretenen Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Personen und Organisationen mehren sich Stimmen innerhalb der REP, die seinen Kurs kritisieren und einen radikalen Richtungswechsel verlangen. Hierunter befinden sich auch einzelne Kreisverbände in Hessen. In der Resolution „Aus Sorge um Deutschland“, verfasst von einem Mitglied des hessischen Landesverbandes und 1998 vom Bundesparteitag verabschiedet, heißt es: „ALLE konstruktiven und demokratischen Patrioten“ seien aufgerufen, „ihre Kraft bei den REPUBLIKANERN für Deutschland einzusetzen.“

„Um die Herzen der Jugend zu gewinnen“, unterstützte die hessische RJ diese Resolution und forderte, „sich in Zukunft den demokratisch-patriotischen Kräften dieses Landes als Partei der nationalen Sammlung anzubieten“ (Thesenpapier und Resolution der RJ vom Oktober 1999). Dass die RJ hierbei allem Anschein nach nicht nach bürgerlichem Verständnis an Demokraten, sondern in Wirklichkeit an Neonazi s und Ski nheads denkt, wird aus folgender Formulierung deutlich:

„Bei dem Bemühen, eine Plattform für die verschiedenen Strömungen des nationalen Lagers zu bilden, wird die Partei mit Persönlichkeiten konfrontiert werden, die von ihrem Auftreten und von ihrem Äußeren her grundsätzlich nicht dazu geeignet erscheinen, ein werbe- und medienwirksam positives Bild für die Partei abzugeben. [...] Falsche Berührungspunkte gegenüber Menschen, die 5 Millimeter ‚rechts‘ der Partei stehen oder aufgrund ihres unkonventionellen Äußeren zum ‚Bürgerschreck‘ taugen, sind fehl am Platze.“

Diesen Leitsatz praktiziert die RJ in Hessen erkennbar seit rund zwei Jahren. An RJ-Veranstaltungen beteiligen sich regelmäßig - neben Personen des übrigen rechtsextremistischen Spektrums - auch Neonazi s und Ski nheads.

Hierzu folgende Beispiele: Anlässlich einer Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“ in Kassel 1998, organisiert von der RJ Hessen, begrüßte der damals stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Christian Käs in seiner Ansprache



ausdrücklich neben „Patrioten aus dem bürgerlichen Lager“ auch jene „Patrioten“, die unter schwarz-weiß-roten Fahnen erschienen seien. Gegenüber den anwesenden Neonazi s und Ski nheads sprach sich Käs für einen parteiübergreifenden Zusammenhalt aus.

Öffnung für
Neonazi s und
Ski nheads

Demonstration
in Kassel am
8. Juni 1998

Zusammen-
schluss aller
„Patrioten“

Sonnwendfeier mit Ski nheads

Auch bei alljährlich stattfindenden **RJ**-Sonnwendfeiern nehmen vermehrt Personen aus der **Ski nhead**-Szene teil. Waren es 1999 in Freiensteinau (Vogelsberg-Kreis) rund 20 Prozent, so stieg der Anteil der **Ski nheads** im Jahr 2000 in Grünberg (Landkreis Gießen) auf fast die Hälfte an.

Die mangelnde Distanz der **REP** gegenüber anderen Rechtsextremisten zeigen weitere Beispiele:

Der Vorsitzende des Kreisverbandes Bergstraße forderte im **NPD**-Presseorgan **Deutsche Stimme**:

„Was wir brauchen ist eine Konzentration aller patriotischen Kräfte, die vor allen Dingen nur mit einer gemeinsamen Liste zu Wahlen antreten. Eine Zusammenarbeit auch mit der **NPD** ist nicht nur sinnvoll, sondern überlebenswichtig für alle nationalen und demokratischen Kräfte aus dem sogenannten rechten Lager.“ (Deutsche Stimme Nr. 11/1999)

Auf Initiative und Einladung der **REP**-Stadtverordneten-Fraktion Wiesbaden fand eine Veranstaltung mit dem Thema „Vergangenheitsbewältigung nur auf deutsche Kosten“ statt. An der Diskussionsrunde beteiligten sich Horst Mahler, Franz Schönhuber sowie der stellvertretende Vorsitzende der **DVU** in Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Klaus Sojka.

Die Bemühungen Dr. Schlierers, in der demokratischen Öffentlichkeit eine Akzeptanz für die **REP** zu finden, werden durch die genannten Beispiele vehement untergraben.

Dennoch wirkt derzeit das Allgemeinbild der Partei nach außen als sehr gemäßigt. Dies dürfte einerseits an einer Erwartungshaltung der **REP** bezüglich verschiedener Wahlen auf Landes- und Kommunalebene liegen und andererseits ein Ausfluss der politischen Diskussion über ein mögliches **NPD**-Verbot sein. Die Sorge um den Bestand der **REP** veranlasst auch die innerparteiliche Opposition, den „weichen“ Kurs Dr. Schlierers mitzutragen. Erfahrungsgemäß wird sich jedoch diese bereits mehrfach propagierte Strategie nach und nach auflockern und die rechtsextremistische Zielsetzung wieder in den Vordergrund treten.

RECHTS-
EXTREMI SMUS

Deutsche Volkunion (DVU)

Gründung:	1987
Hess. Landesvorsitzender:	Eugen Dux
Bundvorsitzender:	Dr. Gerhard Frey
Mitglieder:	In Hessen 1. 700, bundesweit 17. 000
Publikationen (Auswahl):	National Zeitung - Deutsche Wochenzeitung (gesch. Aufl. 48.000, Erscheinungsweise wöchentlich)

Die DVU ist, wenn auch mit abnehmender Tendenz, die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei. Aufgrund des selbtherrlichen und zentralistischen Führungsstils ihres Vorsitzenden Dr. Frey existiert in der DVU kein funktionierendes Parteileben. Bundesweit beschränken sich ihre Aktivitäten im Wesentlichen auf die Teilnahme an Wahlen und auf die Durchführung von Parteitag; in Hessen handelt es sich vorwiegend um einzelne regionale Stammtischtreffen. Ihren Landesparteitag führte die DVU am 12. November in Burghaun (Landkreis Fulda) durch. In den Parlamenten, in denen die DVU vertreten ist (Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt), erscheint ihre Arbeit zerfahren und ineffektiv.

Mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei



Fremden-
feindlichkeit
und
Antisemitismus

Die Bedeutung der DVU liegt darin, dass sie Protestwähler mobilisieren kann und komplizierte politische Probleme sehr plakativ auf einfache Ursachen reduziert. Die von Dr. Frey wöchentlich herausgegebene NZ spielt hierbei eine große Rolle. Das Blatt macht regelmäßig „Ausländer“ und „Juden“ für angebliche Missstände verantwortlich. Große Artikelüberschriften benennen in typisch rechtsextremistischer Weise die „Feinde“: „Wie Asyl-Betrüger absahnen“ oder „Wird Wiedergutmachung erpresst? Schwere Vorwürfe gegen jüdischen Weltkongress“. Hierdurch sollen bei den Lesern fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments geweckt bzw. gefördert werden. Zudem versucht die NZ, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren, indem sie das von Deutschen begangene Unrecht mit dem anderer Völker vergleicht und aufrechnet. Die in Anzeigen angebotenen verlagseigenen Bücher verfolgen das gleiche Ziel.

RECHTS-
EXTREMI SMUS

Gewaltbereite Rechtsextremisten/Skinheads

Szeneangehörige:	In Hessen 550, bundesweit 9.700
Regionale Schwerpunkte:	Nordhessen, Lahn-Dill-Kreis, Rhein-Main-Gebiet
Skinhead-Bands in Hessen:	Chaoskrieger, Hauptkampflinie, Violent Solution
Publikation:	Bembelsturm (ohne Ang.)

Die **Skinhead**-Szene entstand Ende der sechziger Jahre in Großbritannien als Protestbewegung. Heranwachsende Jugendliche aus der Arbeiterschicht begehrten gegen soziale Missstände und wachsende Arbeitslosigkeit auf. Für jederman sichtbar dokumentierten **Skinheads** ihre Protesthaltung durch ihr Äußeres: Kahlgeschorene Schädel, Bomberjacken, Doc Martens- bzw. Springerstiefel und breite Hosenträger. Mitte der siebziger Jahre spaltete sich diese Subkultur in einen (bis heute vorhandenen) unpolitischen und einen rechtsextremistischen Teil. Fast gleichzeitig vollzog sich diese Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn im Folgenden von **Skinheads** die Rede ist, sind ausdrücklich nur **rechtsextremistische Skinheads** gemeint.

Subkulturelle
Protestbewegung

Die Mehrzahl der **Skinheads** besitzt kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, sondern lehnt sich an diffuse rechtsextremistische Vorstellungen an. Rassismus und besonders die Verherrlichung des Nationalsozialismus stehen hierbei im Mittelpunkt. **Skinheads** sind an einer selbständigen politischen Umsetzung ihrer Gedanken wenig interessiert. Wichtig ist das Treffen im Rahmen der Gruppe, das gemeinsame Hören von szenetypischer Musik, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und der Besuch von **Skinhead**-Konzerten. Besorgniserregend ist ihre latente Gewaltbereitschaft, wenn sie sich – aufgeputscht durch Alkohol und von Fremdenhass getrieben – durch einen „Feind“ provoziert fühlen.

Verherrlichung
des National-
sozialismus

Ein wichtiges Element zur Identifikationsbildung innerhalb der **Skinhead**-Szene bilden Konzerte. Auf diesen Treffen erleben sich die **Skinheads** als Gemeinschaft mit einer eigenen „Kultur“. Sie knüpfen Kontakte, tauschen Informationen aus und verkaufen bzw. erwerben einschlägige CDs sowie andere **Skinhead**-Utensilien. Bei Konzerten skandieren die Teilnehmer häufig neonazistische Parolen und zeigen den „Hitler-Gruß“. Meistens „tanzen“ die **Skinheads** hierzu den sogenannten Pogo.

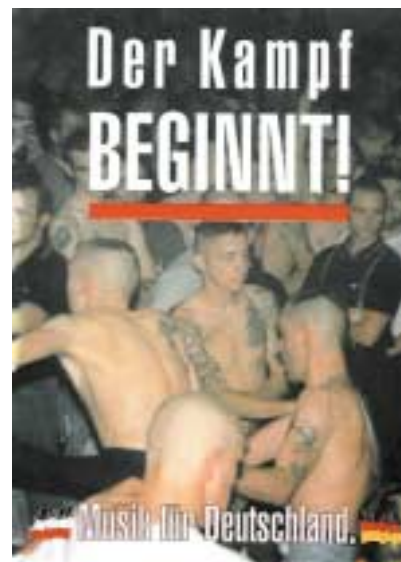
Skinhead-
Konzerte sind
identifikations-
bildend

Beim Pogo handelt es sich um einen „Tanz“, bei dem – entsprechend den harten und schnellen Rhythmen der Musik – versucht wird, einen imaginären Gegner durch Körperinsatz (z. B. Schubsen und Anrennen) anzugreifen und zu besiegen. In einer nationalrevolutionären Zeitung heißt es hierzu:

„Pogo, das ist ein bißchen wie ethnisch bereinigter Fightclub. Huldigung des Kampfes, mit trivial gewordenem Ritus: der Oberbekleidung pflegt man sich hierbei zu entledigen, dann ein beherzter Sprung ins Zentrum des Geschehens, dort einen anderen antreffen, ihn vor die Brust stoßen, selbst gestoßen werden, Körperkontakt, rangeln, wieder zurückstoßen.“

Motto: Je härter die Musik, je einpeitschender die Stimme des Sängers, desto heftiger der Tanz. Der Pogo hat ebenso wie die extreme Lautstärke der Musik auf die Konzertteilnehmer eine aufputschende und aggressionsfördernde Wirkung.

Aufgrund staatlicher Maßnahmen ist ein Rückgang der Konzerte festzustellen. Fanden 1999 bundesweit 109 Konzerte statt, waren es im Jahr 2000 76. In Hessen fand lediglich ein Konzert mit überregionaler Teilnahme in Freiensteinau-Radmühl (Vogelsberg-Kreis) statt. Etwa 500 **Ski nheads** waren anwesend, während die etwa gleiche Zahl aufgrund polizeilicher Kontrollen nicht zum Veranstaltungsort kam. Auf diesem Konzert trat die britische **Ski nhead**-Band **Warlord** auf. Maßgeblicher



Organisator dieses Konzerts war ein bekannter hessischer Skinhead, der schon im Jahre 1999 mitverantwortlich war, als sich in Lich-Langsdorf (Landkreis Gießen) etwa 400 **Ski nheads** zu einem überregionalen Konzert getroffen hatten. Während der Musikveranstaltung in Freiensteinau-Radmühl skandierten **Ski nheads** vereinzelt „Sieg Heil“-Rufe. Durch starke Polizeipräsenz wurden diese jedoch sofort unterbunden. Nach verschiedenen Rempelen zwischen den **Ski nheads** aufgrund übermäßigen Alkoholgenusses brach die Polizei das Konzert ab. Insgesamt überprüfte die Polizei 87 Fahrzeuge und etwa 350 Personen. 197 Platzverweise wurden ausgesprochen und gegen 24 **Ski nheads** Ermittlungsverfahren eingeleitet. An dem Konzert nahmen Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet, den Niederlanden und Frankreich teil.

Rückgang der Ski nhead- Konzerte

Aggressions- fördernde Ski nhead- Musik

Von den mehr als 100 **Ski nhead**-Bands in Deutschland stammen nur drei aus Hessen. Sie treten jedoch fast ausnahmslos in anderen Bundesländern und im Ausland auf. Als besonders zugkräftig gelten in der Szene bekannte ausländische Bands, zumeist aus den USA, Großbritannien und Skandinavien.

Die aggressive **Ski nhead**-Musik und die von primitiven Feindbildern geprägten Texte sind für Jugendliche, die sich sozial und wirtschaftlich benachteiligt fühlen, ein Anreiz, um in der rechtsextremistischen Szene Fuß zu fassen. Zahlreiche Liedtexte sind äußerst brutal, menschenverachtend und gewaltverherrlichend. Politische Gegner werden ebenso wie Ausländer und Juden beschimpft und verunglimpft. Viele **Ski nhead**-Bands bekennen sich zur „arisch-nordischen Rasse“. Als „politische Soldaten“ werden **Ski nheads** ermutigt, den „Rassenkampf“ zu bestehen. Auf der CD „Heil dem Führer“ der Band **Gestapo** heißt es:

„Ich mag Adolf und sein Reich, alle Juden sind mir gleich, ich mag Skinheads und SA, Türken klatschen ist doch klar. Ich mag Fußball auf dem Rasen, die SS, wenn sie gasen. All das mag ich, und ganz doll - NSDAP.“

Auf der CD „Die Härte - Nationale Deutsche Welle“ singt die Band **Die Härte** zur Melodie von „Hurra, hurra, die Schule brennt“:

„Es wird dunkel, es wird wieder mal Zeit, es versammelt sich der Ku-Klux-Klan. Die Kanister sind voll, kleine Nigger dabei, so tut sie in ein Bettchen fort. Holt nur noch das Kreuz, den Klan-Chef freut's. Und will gegrillt diesen Bastard sehen und jetzt brennt die Sau und rennt davon. Da tut ein Lied durch die Rund gehen. Das ist geil, das ist geil, hurra, hurra, ein Nigger brennt.“

In einer weiteren Textpassage des Liedes „Teppichficker“ der gleichen CD heißt es: „Das Pack, das Pack, das nennt man ja Kanaken, das Pack, das Pack, das hab' ich ja so satt ... ja du und dein Schweinevolk sind weniger wert als Nigger ... deine Peiniger kommen über dich, du lernst die Hacke kennen.“

Ähnlich singt die in der **Ski nhead**-Szene populärste Band **Landser** auf ihrer neu erschienenen CD „Ran an den Feind“:

„Irgendwer wollte den Niggern erzählen, sie hätten hier das freie Recht zu wählen. Das haben sie auch, Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“

Auf dem Sampler „Northeim live! Volume 3“ ist die hessische **Ski nhead**-Band **Hauptkampflinie** mit dem Titel „Kanaken raus“ vertreten. Daraus folgende volksverhetzende Textpassagen:

„In der Schule dann, da fing's schon an, der Ärger mit dem Türkenpack. Ihre miese Art und der Gestank ging mir schon damals auf den Sack. [...] Der Abschaum feiert schon den Sieg, doch euch Schweinen sei geschworn, wir haben erst eine Schlacht verlorn und noch nicht den ganzen Krieg. [...] Doch aus dem Grab ertönt der Ruf, der Ruf, Deutschland steh auf, zurück ans Gewehr zur Gegenwehr, schmeißt endlich die Kanaken raus.“

Hauptkampflinie hat von 1997 bis heute fünf Tonträger veröffentlicht. Die CD mit dem Titel „Völkermordzentrale“ ist von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) indiziert worden. Das oben zitierte Lied „Kanacken raus“ und der Sampler erfüllen die Straftatbestände der §§ 86a und 130 des Strafgesetzbuches (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung). Zu dem Sampler liegt auch ein Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Oldenburg vom 5. November 1998 vor. Auf Konzertauftritten der Band kam es häufig zum Skandieren von Parolen wie „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“, „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“.

Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden gehen vermehrt gegen diese Musikszene vor. So wurden bei zwei hessischen **Ski nheads** aus dem Rhein-Main-Gebiet Hausdurchsuchungen durchgeführt und eine umfangreiche Sammlung von CDs mit rechtsextremistischen Inhalten sichergestellt. In Osthessen wurde der CD-Laden eines **Ski nheads** durchsucht.



Landser

Hauptkampflinie

Neben der Musik bilden sogenannte Fanzines (zusammengesetzt aus „Fan“ und „Magazin“) ein Kommunikationsmittel innerhalb der Szene. Aufgrund staatlicher Maßnahmen ist die Anzahl strafrechtlich relevanter Fanzine-Texte deutlich zurückgegangen. Das bekannteste hessische **Ski nhead**-Fanzine, in unregelmäßiger Erscheinungsweise herausgegeben von einem **Ski nhead** aus dem Rhein-Main-Gebiet, ist der „Bembelsturm“. Häufig tritt der Herausgeber bei **Ski nhead**-Konzerten als „fahrender Händler“ auf, um das Fanzine sowie CDs zu verkaufen.

Auch wenn feste Strukturen in der **Ski nhead**-Szene nicht die Regel sind, vermitteln Namensgebung, Verwendung einheitlicher Kleidung, Abzeichen und Flaggen eine Gruppenzugehörigkeit.

Auf Bundesebene entstanden Anfang der neunziger Jahre zwei **Ski nhead**-Organisationen, die ihre Wurzeln im Ausland haben: **Bl ood & Honour** und die **Hammerski ns**.

Bl ood & Honour- Verbot

Bl ood & Honour und deren Jugendorganisation **Whi te Youth**, beide in Großbritannien gegründet, hat der Bundesminister des Innern im September verboten.

„Erst di e Rasse, dann di e Nati on“

Die in Deutschland zuletzt etwa 240 Mitglieder zählende Organisation verbreitete in Publikationen und auf CDs, Kassetten und Videos nationalsozialistisches Gedankengut. Allein der von den **Ski nheads** in altdeutscher Schrift verwendete Name **Bl ood & Honour** („Blut und Ehre“) deutet auf die Identifikation mit dem Nationalsozialismus hin: Eines der beiden Nürnberger Rassegesetze von 1935 hieß „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“.

Auch indem **Bl ood & Honour** ihre Zielsetzungen mit „25 Punkte-Programm“ bezeichnete, dokumentierte die Organisation ihre Nähe zum Nationalsozialismus: Diese Überschrift trug bereits 1920 das Programm der **Nati onal sozi a- l i s t i s c h e n D e u t s c h e n A r b e i t e r p a r t e i**. „Nur Völker, die der weißen Rasse angehören“, so **Bl ood & Honour** in ihrem Programm, seien als solche zu respektieren. Deshalb sei die Zusammenarbeit mit allen proweißen „Organisationen und Gruppierungen weltweit Pflicht“. Es gelte: „Erst die Rasse, dann die Nation.“

Rassi smus Ausl änderfei nd- l i c h k e i t Anti semi ti smus

Verschiedene **Bl ood & Honour**-Broschüren enthielten zahlreiche rassistische und ausländerfeindliche Artikel. In Anspielung auf die Ermordung der Juden während des Nationalsozialismus forderte die **Bl ood & Honour**-Publikation **Der Weg Vorwärts** heute ähnlich zu verfahren:

„Wir wissen, und es ist wissenschaftlich und statistisch erwiesen, daß die Flut farbiger Einwanderer - nicht jetzt, nicht morgen, aber sehr sehr bald, - die weißen Europäer zu einer Minderheit werden lassen. Das dreckige Gesocks wird dann über uns herrschen, während unsere jüdische

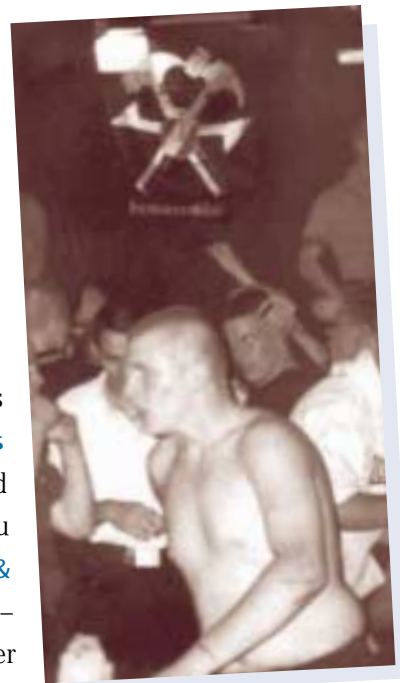


Regierung im Hintergrund wie immer die Fäden in der Hand hält. Falls es nicht bald einen weißen Gegenschlag in Form einer Endlösung gibt, um dieses Problem zu bewältigen, wird die eben beschriebene dunkle Zukunft unser Ende sein.“ (Aus den Gründen für das B&H-Verbot.)

Die Hauptaktivität von **Bl ood & Honour** bestand darin, Konzerte zu veranstalten. 1998 belief sich deren Anzahl auf 21, 1999 waren es 24 und im Jahr 2000 18 Konzerte. Nach dem Verbot von **Bl ood & Honour** kam es nur noch zu drei von Organisationsmitgliedern veranstalteten Konzerten in Deutschland. Ein 1999 erstmals in Hessen von **Bl ood & Honour**-Mitgliedern mit der britischen „Kultgruppe“ **Cel tic Warri or** geplantes Konzert verhinderte die Polizei. Zwei Ersatzveranstaltungen löste die Polizei auf.

Bl ood & Honour-Konzerte

Die oberste Organisationseinheit von **Bl ood & Honour** in Deutschland nannte sich Division. In Hessen existierten lediglich zwei regionale Untergliederungen, die Sektionen Hessen-Süd und Hessen-Nord mit insgesamt 20 bis 30 Mitgliedern. Bei den auch in Hessen aufgrund des Verbots durchgeführten Wohnungsdurchsuchungen bei führenden **Bl ood & Honour**-Mitgliedern stellte die Polizei umfangreiche Unterlagen und Materialien sicher.



Zunehmende Gewaltbereitschaft

Nach dem Verbot der Organisation ist damit zu rechnen, dass die ehemals zu **Bl ood & Honour** gehörenden **Ski nheads** weiterhin versuchen werden, einschlägige CDs zu vertreiben und propagandistisch, insbesondere auch im Internet, in Erscheinung zu treten. Es ist auch davon auszugehen, dass ehemalige **Bl ood & Honour-Ski nheads** versuchen werden – wie bereits geschehen – Konzerte zu veranstalten. Aufgrund hohen Alkoholkonsums der **Ski nheads** ist bei polizeilichem Einschreiten situativ vermehrt mit Gewalt zu rechnen.

Mit bundesweit etwa 100 Angehörigen haben die **Hammerski ns** in Deutschland weit weniger Zulauf. Ihnen ist es bisher nicht gelungen, eine flächendeckende Struktur aufzubauen. Von **Bl ood & Honour** unterscheiden sie sich vor allem durch ihr extrem ausgeprägtes Elitedenken. Das Symbol der **Hammerski ns** sind zwei gekreuzte Zimmermann-Hämmer, die in ihrem Ursprungsland USA als Zeichen der Kraft und Stärke der weißen Arbeiterklasse gelten. Ziel der Bewegung ist es, alle weißen **Ski nheads** in einer „Hammerskin-Nation“ zu vereinen, deshalb besitzen **Hammerski ns** gute Kontakte zu ausländischen **Ski nheads**.

El i tedenken der Hammerski ns

Nach wie vor uneinheitlich gestaltet sich das Verhältnis zwischen **Ski nheads**, **Neonazi s** und rechtsextremistischen Parteien. Es reicht von Integrationsbemühungen bis hin zur Ablehnung. Seit 1999 hat die Zahl der **Ski nheads** in rechtsextremistischen Parteien sowie neonazistischen Organisationen jedoch zugenommen.

RECHTSEXTREMI S

Neonazi smus

Szeneangehörige:	In Hessen 150, bundesweit 2.200
Hauptorganisationen:	Deutsche Bürgerini ti ati ve (DBI), Hi l f s o r g a n i s a t i o n f ü r n a t i o n a l e p o l i t i s c h e G e f a n g e n e u n d d e r e n A n g e h ö r i g e e. V. (HNG), K a m p f b u n d D e u t s c h e r S o z i a l i s t e n (KDS)

Neonazi s bekennen sich unverhüllt zum Nationalsozialismus. Sie propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage eines menschenverachtenden rassistischen Elite- und Führerprinzips. Nach zahlreichen Verboten neonazistischer Vereinigungen in den vergangenen Jahren, flankiert von weiteren staatlichen Maßnahmen (Durchsuchungen, Festnahmen usw.), organisieren sich Neonazis überwiegend in Kameradschaften.

Kameradschaften sind Personenzusammenschlüsse, die ähnlich wie ein Verein organisiert sein können (formale Mitgliedschaft, Mitgliedsbeiträge, „Satzung“). In Deutschland gibt es rund 150 Kameradschaften, ihnen gehören in der Regel 5 bis 20 Personen an. In Hessen sind derzeit keine Aktivitäten neonazistischer Kameradschaften bekannt.

Um die zersplitterte Szene handlungsfähig zu machen, versuchen **Neonazi s**, die Kameradschaften zu vernetzen und Aktionsbündnisse zu bilden. Am weitesten ist dieser Versuch bisher in Norddeutschland in Gestalt des **Nati onal en u n d S o z i a l e n A k t i o n s b ü n d n i s s e s N o r d d e u t s c h l a n d (F r e i e N a t i o n a l i s t e n)** gediehen. Das von dem Hamburger Neonazi Thomas Wulff und seinen Anhängern initiierte Aktionbündnis koordiniert Demonstrationen und Flugblattverteilungen. Insbesondere der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der 1995 verbotenen neonazistischen **Nati onal en L i s t e**, Christian Worch, fördert diese Aktivitäten.

Hauptanliegen der **Neonazi** -Szene war es in der Vergangenheit, alljährlich anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß (17. August) einen zentralen Gedenkmarsch durchzuführen. Aufgrund des konsequenten Vorgehens der Sicherheitsbehörden ist dieses Bemühen seit 1997 regelmäßig gescheitert. In Hessen erschöpften sich im Sommer die Heß-Aktionen in Schmierereien sowie im Verteilen und Anbringen von Plakaten, Aufklebern und Transparenten. Bereits im Vorfeld des Heß-Todestages stellte die Polizei große Mengen an Propagandamaterial sicher.

Die auffälligste neonazistische Organisation in Hessen ist die **DBI**. 1971 vom ehemaligen Rechtsanwalt Manfred Roeder gegründet und geleitet, gehören ihr etwa 20 Personen an. Roeder war in den achtziger Jahren wegen Rädelsführerschaft in der terroristi-

Vernetzung
der Neonazi -
Szene

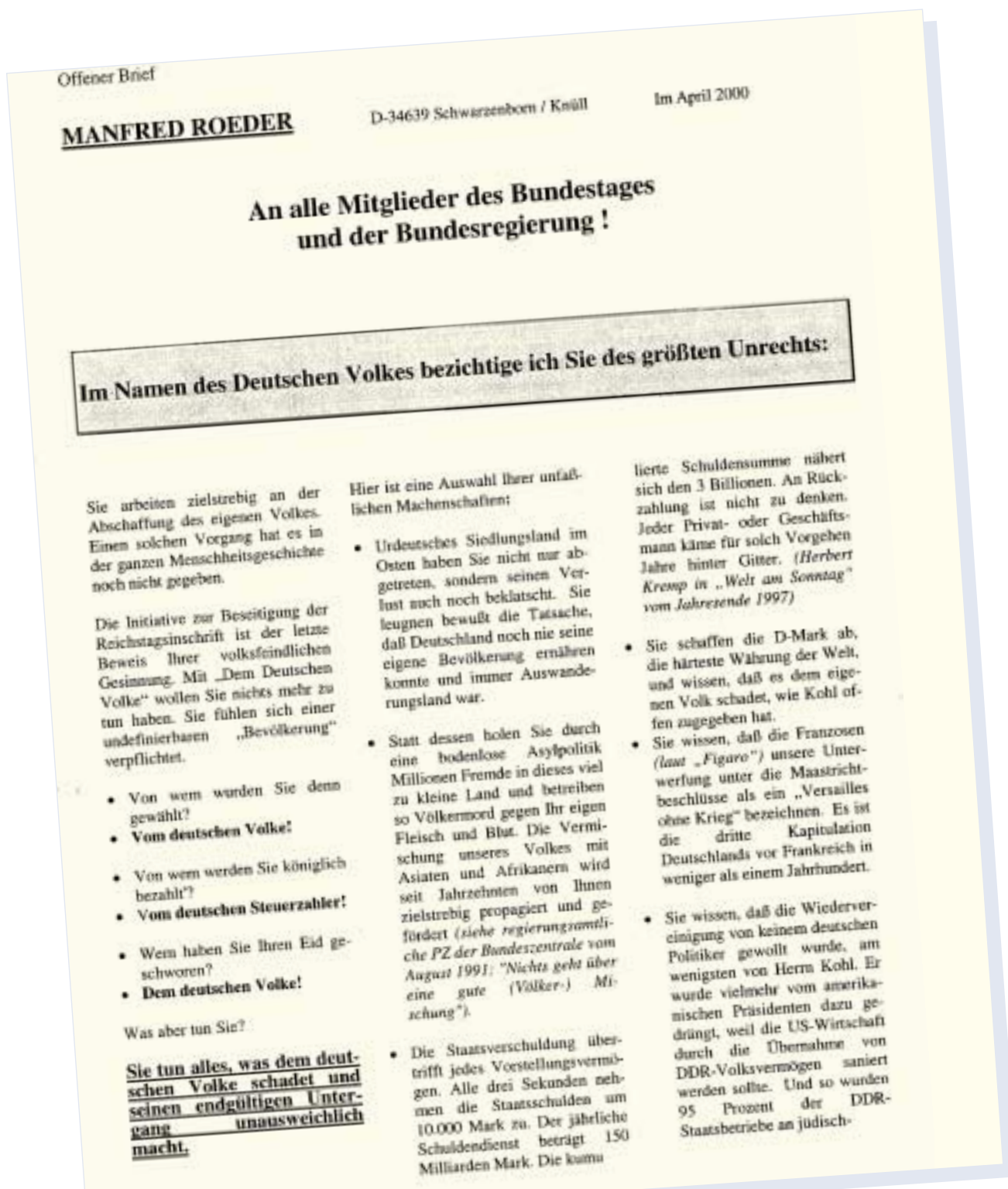
Rudol f - Heß -
Gedenktag

MUS

schen Vereinigung **Deutsche Aktionsgruppen** in Haft. Ein Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene ist Roeders Anwesen in Schwarzenborn/Knüll („Reichshof“), wo er einschlägige Treffen, darunter Sonnwendfeiern, veranstaltet.

Über die regelmäßig erscheinenden Schriften **Deutsche Bürgerinitiative** und **Deutscher Jahrweiser** verbreitet Roeder sein ausländerfeindliches, antisemitisches und revisionistisches Gedankengut und attackiert den Parlamentarismus sowie dessen Repräsentanten. „Im Namen des deutschen Volkes“ warf Roeder im April in einem „offenen Brief“ allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung vor, das eigene Volk abschaffen zu wollen:

Deutsche
Bürger-
initiative



„Das Reich muss wieder her“

„Sie haben unsere stolzen Gedenktage abgeschafft (wie den 17. Juni) und erfinden dafür immer neue zu unserer Schande (wie einen sogenannten Holocaust-Gedenktag). Sie leben in einem unverbindlichen Multi-Kulti-Wahn und sie wissen nichts von den entscheidenden Ereignissen unserer jüngsten Geschichte. Sie lernen nicht einmal (oder wollen sie nicht kennen) die rechtliche Grundlage der Bundesrepublik. Sie sind die erklärten Feinde eines souveränen, mächtigen Deutschen Reiches. Das Reich muß wieder her! – Das Reich muß uns doch bleiben.“

„Deutschland als Sklave amerikanisch-jüdischer Politik“

Bei rechtsextremistischen Organisationen, u. a. bei der **NPD**, tritt Roeder als Redner auf. Auf dem 2. Tag des nationalen Widerstandes der **NPD** in Passau diffamierte Roeder die Bundesregierung, bezeichnete das Grundgesetz als Besatzungsrecht und forderte



die Wiederherstellung des Reiches. Die Politik der Bundesregierung diene der Unterdrückung der Wahrheit mit der Folge, dass Deutschland der Sklave amerikanisch-jüdischer Politik sei.

ROEDER-Demonstration in Marburg „Jahrestag der Öffnung der Mauer“

Verschiedene Gerichte haben Roeder inzwischen wegen Volksverhetzung, hierunter auch das Leugnen der nationalsozialistischen Verbrechen, und Beleidigung zu Geldstrafen bzw. Haftstrafen mit Bewährung (z. T. noch nicht rechtskräftig) verurteilt.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene

Der mitgliederstärkste **Neonazi**-Zusammenschluss ist derzeit die 1979 von einem Frankfurter Neonazi gegründete **HNG** (bundesweit etwa 500, in Hessen rund 40 Personen). Nach eigener Aussage versteht sich die **HNG** als „Sammelbecken für Neonazis aller Richtungen“ und fungiert als Bindeglied zwischen verschiedenen neonazistischen Gruppierungen. Nach außen tritt die **HNG** kaum in Erscheinung. Ihr Ziel ist die materielle und ideelle Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten. Die **HNG**



verfolgt jedoch nicht nur „karitative“ Zwecke. Sie bemüht sich vielmehr, aus der Haft entlassene Rechtsextremisten wieder in die Szene einzugliedern. Diesem Ziel dient auch eine „Gefangenenliste“, die monatlich in der Publikation **HNG-Nachrichten** (Auflagenhöhe rund 500 Exemplare) erscheint. Diese Liste soll die Kontaktaufnahme und -pflege zwischen inhaftierten Rechtsextremisten ermöglichen und erleichtern. Darüber hinaus „dokumentieren“ die **HNG-Nachrichten** die angebliche „politische Verfolgung“ von **Neonazis** durch den Staat.

Geleitet wird die **HNG** seit 1991 von Ursula Müller (Mainz). Sie gehört seit vielen Jahren der neonazistischen Szene an und ist mehrfach einschlägig vorbestraft. Die Jahreshauptversammlung der **HNG** fand im März, zum wiederholten Mal, in Hessen statt. Von den rund 200 Teilnehmern war etwa die Hälfte **Ski nheads**. Dies ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass die Altersstruktur der **HNG**-Mitglieder im Wandel begriffen ist. Früher teilte die **HNG Ski nheads** lediglich als Saalschutz ein. Es bleibt abzuwarten, ob der hohe **Ski nhead**-Anteil auch in Zukunft erhalten bleiben wird und ob sich daraus Konsequenzen für die Zielsetzung der **HNG** ergeben.

Verstärker
Ski nhead-Zul auf

Der 1999 mit Sitz in Berlin gegründete **KDS** (etwa 30 Mitglieder) wird von dem hessischen Neonazi Thomas Brehl (Langen) und Michael Koth (Berlin) geleitet. Seine Aktivitäten bestehen hauptsächlich in internen Treffen und der Herausgabe der Publikationen **Der Gegenangriff** und **Wetterleuchten**. Der **KDS** will als partei- und organisationsunabhängiges Diskussions- und Kampfforum wirken. Die programmatische Grundlage hierfür bildet die „Langener Erklärung“ (14. Februar 1999). Hierin wird versucht, der traditionellen Feindschaft zwischen Links- und Rechtsextremisten entgegenzuwirken. In der Erklärung heißt es u. a.:

Kampfbund
deutscher
Sozialisten

„Vor dem Hintergrund jüngster politischer Entwicklungen und der mittlerweile erfolgten Annäherung ‚rechter‘ und ‚linker‘ Sozialisten, erscheint die Gründung [...] auf der Basis des gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Nation unabdingbar.“

Der **KDS** lehnt die von „interessierten Kreisen“ häufig vorgenommene Etikettierungen „rechts“ und „links“ ab: Alles sei diskussionsfähig, die politische Herkunft der Aktivisten spiele keine Rolle. Der **KDS** bekennt sich zu Volk und Heimat und verurteilt die angeblichen Gleichmachungsbestrebungen der sogenannten „One-World-Gesellschaft“. Den Globalisierungsbemühungen der angeblich weltweiten Verschwörung von Politik und Kapital wird das Modell eines auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus entgegengesetzt.

Gegen Gleich-
macherei und
Globalisierung

Andere rechtsextremistische Organisationen

Neben den bereits genannten Parteien sowie **Neonazi -** und **Skinhead-**Szenen bzw. -Gruppen gibt es eine Vielzahl anderer rechtsextremistischer Organisationen. Im folgenden eine Auswahl von Gruppierungen, die im vergangenen Jahr in Hessen in Erscheinung getreten sind:

In unregelmäßigen Abständen veranstaltete die **Bürgerbewegung für unser Land**, meistens in Frankfurt am Main, sogenannte „Montagsdemonstrationen“. Daran beteiligten sich Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum. Die Organisation wendet sich gegen eine angebliche Überfremdung und „Balkanisierung unseres Landes“ (Flugblatt zur 2. Frankfurter Montagsdemonstration am 31.5.1999).

Bürger-
bewegung für
unser Land
gegen die
„Überfremdung“

Obwohl Annemarie Paulitsch die Vorsitzende ist, dominiert eigentlich Horst Mahler die Organisation. Seinen Frontwechsel zum Rechtsextremismus erklärt er mit zum Teil abenteuerlichen Geschichtsklitterungen. Das Geschehen Ende der sechziger Jahre deutet Mahler in eine nationalrevolutionäre Revolte um. Das nationalsozialistische Terrorregime sieht er als Revolution gegen die Kapitalherrschaft. Wiederholt trat Mahler bei Veranstaltungen der **Bürgerbewegung für unser Land** als Redner auf.

Zusammen mit anderen rechtsextremistischen „Intellektuellen“ will Mahler das 1945 untergegangene Deutsche Reich wiedererrichten. In einem „Appell an die Bürger des Deutschen Reiches“ bezeichnete sich Mahler als Mitglied in der „Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich“ und rief dazu auf, der „Reichsbürgerpflicht zur Verteidigung von Volk und Reich“ nachzukommen. Besonders in der „Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen“ machte Mahler seine fremdenfeindliche und nationalistische Haltung deutlich:

Wieder-
errichtung eines
Deutschen
Reiches

„Der verordnete – und jetzt sogar strafrechtlich geschützte – Holocaust-Gedächtniskult ist verwurzelt in der Umerziehungsideologie, die den Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den westlichen Besatzungsmächten übergestülpt worden ist.“

Im Internet verbreitete Mahler abstoßende und den Holocaust verharmlosende antisemitische „Thesen über Juden und Deutschland“:

„Überwindung
des jüdischen
Geistes“

„Im Dritten Reich erhob sich der Nationalgeist der Deutschen zu dem Versuch, den Nationalgeist der Juden durch Verfolgung der jüdischen Menschen zu überwinden. [...] Die Überwindung des jüdischen Geistes ist eine Notwendigkeit.“

Im Januar richtete Mahler einen fünfzigseitigen „offenen Brief“ an den amerikanischen Historiker Daniel Goldhagen. Darin waren zahlreiche antisemitische Äußerungen („der Tod ein Meister aus Juda“ und „die Deutschen seien der Schwanz der Völkergemeinschaft, die Juden dagegen erschienen als deren Haupt“) enthalten. (Auszüge aus dem Internet.)

Die von dem früheren „Chefideologen“ der **NPD**, Dr. Rolf Kosiek, geleitete **Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GFP)** ist mit mehreren hundert Mitgliedern die größte rechtsextremistische „Kulturvereinigung“. Ihr gehören Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler an. Die **GFP** behauptet, sich für die Freiheit und Wahrheit des Wortes einzusetzen, über angebliche Geschichtsfälschungen (z. B. die Kriegsschuld des „Dritten Reichs“) aufzuklären und einseitige historische Verzerrungen richtigzustellen. Sie führte in Nordhessen, so in Kassel, Alsfeld und Hessisch-Lichtenau mehrere Vortragsveranstaltungen durch.

Gesellschaft
für Freie
Publizistik

Die 1991 gegründete **Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)** will eine „breite Bewegung des demokratischen Patriotismus“ ins Leben rufen. Diese soll das „nationale Bewusstsein“ ermutigen, der „Zerstörung deutscher Lebensgrundlagen“ solidarisch und aktiv zu begegnen. In einer Erklärung der Organisation heißt es:

Deutsche Liga
für Volk
und Heimat

„Die DEUTSCHE LIGA wendet sich entschieden gegen maßlose und unkontrollierte Einwanderung, Asylmissbrauch und Überfremdung. Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden. Die DEUTSCHE LIGA bekennt sich zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz. Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Versorgung müssen vorrangig den Einheimischen zur Verfügung gestellt werden.“

Die Aktivitäten der **DLVH** beschränken sich in Hessen im Wesentlichen auf das Verteilen von Flugblättern.

Der 1997 in Kassel gegründeten Partei **Ab jetzt... Bündnis für Deutschland** gehören etwa 150 Personen an. Sie relativiert den nationalsozialistischen Holocaust, indem sie ihm Verbrechen anderer Völker gegenüberstellt und die Zahl der Opfer miteinander vergleicht. Die Aktivitäten von **Ab jetzt... Bündnis für Deutschland** erschöpfen sich in der Regel in Mitgliederversammlungen. Am 25. November führte die Partei in Kassel eine Bundes- und Landesmitgliederversammlung mit Wahl des Bundes- und Landesvorstandes durch.

Was Rechtsextremisten Lesen

Außer rechtsextremistischen Parteien und Organisationen verbreiten auch Einzelpersonen, Verlage und Vertriebsdienste eine große Anzahl von Publikationen. Die Bandbreite reicht von einfachen Flugblättern bis zu drucktechnisch aufwendig hergestellten Zeitschriften. Im rechtsextremistischen Lager sind insbesondere von Bedeutung:

Bundesweit verbreitet Wolfgang Juchem Flugblätter und Kleinbroschüren der **Aktion freies Deutschland (AFD)**. Verlag- und Druckort ist Hessisch-Lichtenau. In seinen Publikationen prangert Juchem das „antidemokratische Zwangs-



Geschichts- revisionismus der Aktion Freies Deutschland

system von Maastricht“ und die „einseitige und verlogene Darstellung der europäischen Geschichte“ an. In einem Exemplar der Flugblattreihe **Volkstreue Stimme** leistet Juchem antisemitischen Resentiments Vorschub, wenn er über die „schamlosen Erpressungsversuche aus dem Finanzzentrum der amerikanischen Ostküste“ schreibt: „Je weiter wir uns zeitlich von dem Schreckensjahr 1945 entfernen, desto skrupelloser und dreister fordern machtbesessene und geldgierige Kreise jenseits des Atlantiks Milliarden über Milliarden von Deutschland.“ In typisch rechtsextremistisch-revisionistischer Manier negiert Juchem – wiederum mit antisemitischen Untertönen – die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg und versucht dies pseudowissenschaftlich zu beweisen:

„Längst haben britische, amerikanische und französische Historiker nachgewiesen, daß der Zweite Weltkrieg nicht von Deutschland, sondern von den späteren Siegermächten gewollt, geplant und eingefädelt wurde. DIE SKRUPELLOSESTEN UND ENTSCHEIDENSTEN KRIEGSTREIBER UND DAMIT DIE HAUPTSCHULDIGEN AN DER EUROPÄISCHEN KATASTROPHE VON 1939 BIS 1945 SAßEN IM ZENTRUM DER US-AMERIKANISCHEN FINANZ-, MEDIEN- UND RÜSTUNGSMACHT!“ (Volkstreue Stimme, verteilt im Dezember.)

Im rechtsextremistischen Spektrum, u. a. bei **NPD** bis **GFP**, tritt Juchem als Redner auf.

NSDAP/AO glorifiziert National- sozialismus

Im März 1999 ist der in den USA wohnhafte Leiter der **Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)**, Gary Rex Lauck, nach Verbüßung einer vierjährigen Freiheitsstrafe, aus deutscher Haft entlassen und in seine Heimat abgeschoben worden. Seitdem erscheint wieder verstärkt der **NS Kampfruf**. Die Zeitschrift verherrlicht den Nationalsozialismus und insbesondere Hitler. Die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft sie dagegen als „Bananen-Republik“ und deren gewählte demo-

kratische Repräsentanten als „Besatzungsknechte“. In einem Artikel über Reinhard Heydrich, einen der führenden Organisatoren des nationalsozialistischen Massenmords, heißt es:

„In erster Linie müssen wir die unveränderliche nationalsozialistische Lehre völlig bejahen und bereit sein, dasjenige zu tun, was für den Sieg der arischen Rasse notwendig ist. Es ist unsere heilige Pflicht, unsere Gegner mit aller Härte zu bekämpfen. Wenn nötig, werden wir uns konspirativer Kampfmethoden bedienen, während wir andernfalls zur Waffe greifen werden. Wir erkennen die Legitimität der demokratischen Systeme, die seit 1945 in Europa an der Macht sind, nicht an und unser Ziel ist demnach die restlose Vernichtung der Demokratien und das Ausschalten tongebender Politiker.“ (NS Kampfpruf Nr. 134 vom September/Oktober 2000.)

Die Zeitschrift **Nati on & Europa** (Coburg) ist das bedeutendste Theorie- und Strategieorgan des deutschen Rechtsextremismus. Laut Eigenangabe beträgt die monatliche Auflage 14.500 Exemplare, zielt also auf einen relativ großen Leserkreis. 1951 gegründet, ist **Nati on & Europa** die älteste rechtsextremistische Publikation. Sie bildet ein Forum für verschiedene Vertreter des rechtsextremistischen Lagers. Mit ihren zum Teil anspruchsvollen Grundsatzbeiträgen zu Fragen der politischen Theorie und mit ihren Kommentaren zur Tagespolitik (Europapolitik, Zuwanderung) nimmt die Zeitschrift großen Einfluss auf die ideologische Entwicklung des Rechtsextremismus. So machte **Nati on & Europa** bereits Anfang der siebziger Jahre das Thema Ausländerpolitik und „Überfremdung“ zu einem wichtigen Agitationsfeld. Seit Beginn der neunziger Jahre versucht die Zeitschrift im Rahmen von Veranstaltungen und Aktionen, die Einigung des rechtsextremistischen Parteienspektrums voranzubringen, bisher ohne Erfolg.

Der **Grabert-Verl ag** (Tübingen) gehört zu den größten rechtsextremistischen Verlagen. Er veröffentlicht revisionistische, speziell die Ermordung der Juden verharmlosende Titel („Der erzwungene Krieg“, „Der Auschwitz-Mythos“), führt aber auch Autoren der „Neuen Rechten“ im Programm. Dies ist insofern von Bedeutung, da sich diese „Denkschmiede“ an den Theoretikern der „Konservativen Revolution“ orientiert und versucht, sich in der Öffentlichkeit einen seriösen Anstrich zu geben. Unter dem Mantel der Kultur- und Zivilisationskritik attackieren diese „Intellektuellen“ den liberalen Verfassungsstaat und wollen ihn durch eine völkisch und nationalistisch geprägte Ordnung ersetzen. In Hessen sind besonders der **Kl osterhaus-Verl ag** (Wahlsburg-Lippoldsberg, Landkreis Kassel) und die ihm angeschlossene Versandbuchhandlung aktiv. Das Verlagsangebot enthält vor allem Werke des völkischen Schriftstellers und Nazi-Sympathisanten Hans Grimm (1875-1959), bietet aber auch Publikationen anderer rechtsextremistischer Verlage an. Zu erwerben sind auch einschlägige CDs und Videos. Für Veranstaltungen der **GFP** macht der **Kl osterhaus-Verl ag** regelmäßig Werbung.

**Nati on
& Europa -
bedeutendste
rechtsextre-
mi sti sche
Publ i kati on**

**Rechtsextre-
mi sti sche
Verl age**

Rechtsextremisten und Kommunikationsmittel

Wichtige
Medien:
Internet,
Handys,
Info-Telefone

Geprägt von einem starken Sendungsbewusstsein versuchen Rechtsextremisten, möglichst viele Menschen mit ihrem Gedankengut bekanntzumachen. Davon versprechen sie sich eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, eine entsprechende politische Aufwertung und personellen Zulauf. Daher schöpfen Rechtsextremisten alle Möglichkeiten der Vervielfältigung und Weitergabe von Informationen aus. Hierbei tritt besonders das Medium Internet zunehmend in den Vordergrund. Darüber hinaus spielt die Informationsübermittlung innerhalb einzelner rechtsextremistischer Gruppierungen eine wichtige Rolle.

Handys werden im Rahmen von Aktionsvorbereitungen und -durchführungen eingesetzt, um Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zu erschweren.



Die **Nationalen Infotelefon (NIT)** - 13 im Jahre 2000 - dienen innerhalb der Szene vor allem der Bekanntgabe wichtiger Termine. Außerdem kommentieren die **NIT**-Betreiber tagespolitische Themen. Die Texte werden auf einen Anrufbeantworter gesprochen und können so abgefragt werden. Im September ließ das **NIT** Hamburg verlauten:

„Die ‚Auschwitz‘- bzw. ‚Faschismus‘-Keule nutzt ab, immer mehr junge Deutsche sind dagegen völlig immun. Der Holocaust verliert an Bedeutung und kann nicht mehr instrumentalisiert werden. Schon 1994 sprach das NIT vom ‚Auschwitz-Mythos‘. [...] Die Feinde Deutschlands sind die Feinde Europas, ja die Feinde aller Völker. Ihre politisch-militärische Macht sind die USA, als Globalisierung, gesteuert durch die US-Ostküste, jenes Konglomerat der Banken, Medien und Großindustriellen, das sich aus einer ethnisch homogenen Elite zusammensetzt.“

Mailbox-Netze

Die beiden rechtsextremistischen Mailbox-Netze, das **Nordland-Netz** und das **Thule-Netz**, stellten 1999 ihre Aktivitäten ein. Es war nicht gelungen, Strukturen aufzubauen, mit denen konkrete politische Ergebnisse erzielt werden konnten. Als Nachfolger fungiert das bereits 1998 von ehemaligen Usern des **Thule-Netzes** gegründete **Thing-Netz**. Dem **Thing-Netz** sind derzeit drei identische Mailboxen angeschlossen. Die User, ehemals Aktivisten des **Thule-** und des **Nordland-**Netzes, orientieren sich an Themen des eingestellten **Nordland-** und **Thule-Netzes** (z. B. Musik/Skin, Parteien/NPD, Religion/Juden).

Zunahme der
Internet-
Homepages

Die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages im Internet ist auf mehr als 800 gegenüber 350 im Jahr 1999 gestiegen. Die rechtsextremistischen Parteien sowie eine Vielzahl rechtsextremistischer Einzelpersonen und Personenzusammenschlüsse – insbesondere aus der **Neonazi**-Szene – betreiben im Internet eigene Homepages.

Die rechtsextremistischen Parteien **REP**, **NPD** und **DVU** stellen auf ihren Internet-Seiten Textbeiträge, Pressemitteilungen, Aufrufe und Berichte zu Aktionen und Demonstrationen, Kontaktmöglichkeiten, Termine und aktuelle Inhalte ein.

Homepages der **Ski nhead**-Szene enthalten neben strafbarer Symbolik (z. B. Hakenkreuze) und volksverhetzenden Texten vor allem entsprechende Musik im MP3-Format. Diese Software ermöglicht es dem Internet-Nutzer, ohne großen Aufwand rechtsextremistische Musik auf den Heimcomputer herunterzuladen, abzuspielen, eigene CDs herzustellen und zu verbreiten.

Strafbares im Internet

Die noch existente Homepage des ehemaligen Mailbox-Netztes **Thul e-Netz** bietet die Rubrik „Strafbare Inhalte“ an. Dort können neben Büchern („Mein Kampf“, „Die Protokolle der Weisen von Zion“) antisemitische Computerspiele („Jewrats“, „Talmud“, „KZ-Rattenjagd“) auch „Witze“ und Karikaturen mit rechtsextremistischem Inhalt heruntergeladen werden. Auf der Hauptseite der Homepage schreibt der Betreiber:

„Die BRD mag es ‚Demokratie‘ nennen, wir nennen es eine **Gesinnungsdi ktatur**. Die BRD mag es ‚MultiKulti‘ nennen, wir nennen es einen **Völkermord an den europäischen Ureinwohnern**. Die BRD mag es ‚Kampf gegen Rechts‘ nennen, wir nennen es **Staats-Terrorismus**. Die BRD mag es ‚den freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat‘ nennen, wir nennen es eine **kriminelle Vereinigung**.“ (Hervorhebung im Original.)



Auf anonymen Internet-Seiten finden sich seit einiger Zeit vermehrt „schwarze Listen“ oder „Hass-Seiten“, auf denen politische Gegner und andere „unliebsame Personen“ benannt und deren Adressen sowie Telefonnummern veröffentlicht werden. Hiermit verbinden die Betreiber oft ausdrücklich oder zumindest indirekt die Aufforderung zur Anwendung von Gewalt gegen die Betroffenen. Auf den Internet-Seiten der **Arischen Bruderschaft 2000** schreiben die Betreiber:

Hass auf den politischen Gegner

„Terror-Sektion! Hier findet ihr Bombenbauanleitungen und andere nette Sachen, um eurem Haß mal freien Lauf zu lassen ... wer einen Verräter auf diese Liste setzen will, kontaktiert unseren Webmaster per E-Mail!“



Auf einem weiteren Link dieser Seite kann man eine „schwarze Liste“ aufrufen. Diese enthält eine „Todesliste“, in der „politische Gegner“, „ausländische

Bastarde“ (hier werden zwei Personen aus Hessen namentlich aufgeführt), sowie sonstige „Volksverräter“ mit Namen, Wohnort und Angabe der „Gesinnung“ genannt werden.

Straf- und Gewalttaten

Bundesweit ist die Anzahl der Straftaten gegenüber 1999 deutlich gestiegen, die Zahl der Straftaten hat sich in Hessen dementsprechend ebenfalls erhöht. Der Schwerpunkt liegt hierbei im Bereich der sonstigen Straftaten, d. h. insbesondere des Verbreitens von Propagandamitteln.

Anstieg der Straftaten

Das Hessische Landeskriminalamt erstellt jedes Jahr eine Übersicht der Straftaten. Hierbei unterscheidet die Polizei drei Deliktarten voneinander: Rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten.

Rechtsextremistische Straftaten umfassen Aktivitäten, die das Ziel haben, das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden. In der Regel handelt es sich um Delikte, die mit dem Vorsatz begangen werden, einen Führerstaat nationalsozialistischer Prägung zu errichten bzw. dazu beizutragen oder das „Dritte Reich“ zu verherrlichen. Schwerpunktmäßig sind hier die sogenannten Propagandadelikte (z. B. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) zu nennen, des Weiteren die Bereiche der Sachbeschädigung, Nötigung, Volksverhetzung, Verstöße gegen das Versammlungs- und Vereinsgesetz, aber auch Brandstiftungen, Körperverletzungen und Tötungsdelikte.

Rechtsextremi smus *

Straf- und Gewalttaten	2000	1999
Gewalttaten		
Tötung		
Hessen	0	0
Bund	1	0
versuchte Tötung		
Hessen	0	0
Bund	6	2
Körperverletzungen		
Hessen	9	4
Bund	279	228
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte		
Hessen	3	1
Bund	12	8
Landfriedensbruch		
Hessen	0	0
Bund	30	41
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen		
Hessen	757	383
Bund	9.785	6.160
Nötigung/Bedrohung		
Hessen	8	6
Bund	109	53
Andere Straftaten		
Hessen	13	64
Bund	757	445
Gesamt		
Hessen	790	458
Bund	10.979	6.937

* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Die Angaben für 2000 sind nur vorläufig.

Einzelfall: Am 24.01.2000 drangen unbekannte Täter in einen Kindergarten in Fulda ein und beschmierten Türen und Schränke mit Hakenkreuzsymbolen. Anschließend wurden Kleidungsstücke und Mobiliar in Brand gesetzt. Es entstand ein Sachschaden von ca. 150.000 DM.

Fremdenfeindliche Delikte begehen die Täter aus einer intoleranten Haltung heraus. Die Täter richten sich gegen Nationalität, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung und äußeres Erscheinungsbild des Opfers.

Fremdenfeindlichkeit *

Straf- und Gewalttaten	2000	1999
Gewalttaten		
Tötung		
Hessen	0	0
Bund	1	1
versuchte Tötung		
Hessen	0	1
Bund	9	11
Körperverletzungen		
Hessen	26	14
Bund	569	386
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte		
Hessen	0	1
Bund	34	29
Landfriedensbruch		
Hessen	1	1
Bund	28	24
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen		
Hessen	144	61
Bund	994	684
Nötigung/Bedrohung		
Hessen	20	6
Bund	182	143
Andere Straftaten		
Hessen	108	76
Bund	1.777	1.005
Gesamt		
Hessen	299	160
Bund	3.594	2.283

* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Die Angaben für 2000 sind nur vorläufig.

Einzelfall: Am 12.12.2000 beleidigten und bedrohten Rechtsextremisten in Schwalmstadt drei Schwarzafrikaner mit den Worten: „Scheiß Nigger, raus aus unserem Land“ und „ich stech Dich ab, du scheiß Nigger“. Einer der Rechtsextremisten bedrohte die Geschädigten zusätzlich mit einer Schreckschusswaffe. Die Täter wurden in Gewahrsam genommen; ein Ermittlungsverfahren wurde bei der zuständigen Staatsanwaltschaft eingeleitet.

Bei **anti semi ti sch** motivierten Straftaten handelt es sich um Delikte gegen jüdische oder israelische Personen, gegen entsprechende Institutionen, Objekte und Sachen. Motiv der Täter ist eine grundlegende Feindschaft oder Hass gegen alles Jüdische. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um Störungen der Totenruhe, Sachbeschädigungen, Propagandadelikte und Volksverhetzung.

Anti semi ti smus *

Straf- und Gewalttaten	2000	1999
Gewalttaten		
Tötung		
Hessen	0	0
Bund	0	0
versuchte Tötung		
Hessen	0	0
Bund	0	0
Körperverletzungen		
Hessen	3	1
Bund	26	16
Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte		
Hessen	0	0
Bund	2	0
Landfriedensbruch		
Hessen	1	0
Bund	1	0
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen		
Hessen	62	24
Bund	360	248
Nötigung/Bedrohung		
Hessen	7	6
Bund	29	24
Störung der Totenruhe		
Hessen	4	5
Bund	56	47
Andere Straftaten		
Hessen	67	58
Bund	904	482
Gesamt		
Hessen	144	94
Bund	1.378	817

* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Die Angaben für 2000 sind nur vorläufig.

Einzelfall: Ein unbekannter Täter beleidigte am 07.01.2000 in Rödermark (Kreis Offenbach) eine Frau und bezeichnete sie unter anderem als „Judenschwein“. Anschließend schlug er ihr mit einem Schlagring ins Gesicht.



LINKSEXTREMI SMUS

Was wollen Linksextremisten?

Ziel linksextremistischer Bestrebungen ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, um sie entweder durch ein totalitäres, sozialistisch-kommunistisches System oder durch die Anarchie zu ersetzen. Damit verbunden ist die utopische Vorstellung, dadurch eine Gesellschaft zu schaffen, in der der Einzelne ohne staatlich vorgegebene Regularien möglichst frei und eigenverantwortlich handeln kann.

Aus einer ökonomisch begründeten Klassentheorie heraus streben viele Linksextremisten die Macht der Arbeiterklasse durch den Klassenkampf, durch revolutionäres Handeln an.

Revolution

Unter Revolution verstehen Sozialisten eine stufenweise vollständige Umwandlung des gesellschaftlichen und politischen Systems: Zunächst übernehme die Arbeiterklasse in der Regel durch einen bewaffneten Aufstand, im Ausnahmefall friedlich, z.B. durch parlamentarische Arbeit, die Machtbefugnis in einem Staat. Nach einem solchen „Umsturz“ werde das politische und wirtschaftliche System eines Landes so umgewandelt, dass der Kapitalismus liquidiert und der Sozialismus realisiert würden. Daran schließe sich die „Weltrevolution“ an, d.h. die weltweite Umsetzung des Sozialismus.

Basis und Anleitung hierfür sind insbesondere die Lehren von Marx, Engels und Lenin. Orthodoxe Linksextremisten wie die **Deutsche Kommunistische Partei** oder die **Partei des Demokratischen Sozialismus** geben der Partei bzw. der Parteiführung die führende Rolle auf dem Weg zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaft. Gemäß ihren marxistisch-leninistischen Vorstellungen müsse die Partei die Macht im Staat erringen, um eine sozialistisch geprägte Ordnung zu errichten. Sie wird als notwendige Vorstufe für den Kommunismus angesehen, in dem Klassengegensätze überwunden, jede Unterdrückung und Ausbeutung abgeschafft, die vollständige Befriedigung aller Bedürfnisse und ein „problemfreies Leben“ sichergestellt werden. Erst nach der weltweiten Übernahme dieses Systems könne auf jede regulierende Staatsmacht verzichtet werden.

Sozialismus

„Der Sozialismus ist die gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem. Er ist zugleich der erste Schritt auf dem Weg zum Kommunismus, der Gesellschaft, in der es keine Klassen mehr gibt, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und in der das Prinzip ‘Jeder nach seinen Fähigkeiten - jedem nach seinen Bedürfnissen’ verwirklicht werden kann.“

Ein fertiges Rezept für eine sozialistische Gesellschaft gibt es nicht. Ihre konkrete Ausgestaltung hängt von dem Weg ab, auf dem sie erreicht wurde und von den Besonderheiten des Landes in dem sie aufgebaut wird. Trotzdem gibt es Grundbedingungen für eine sozialistische Gesellschaft. Die politische Macht muss in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten liegen. Alle wesentlichen Produktionsmittel müssen gesellschaftliches Eigentum sein und die Produktion muss nach einem gesellschaftlichen Plan erfolgen. ...

Damit wird der Sozialismus jedoch nicht automatisch zu einer problemfreien Gesellschaft. Auch im Sozialismus wird es zunächst noch verschiedene Klassen geben und der Klassenkampf wird sich fortsetzen. Die Überwindung der Herrschaft einer kleinen Minderheit von Ausbeutern bietet der großen Mehrheit der arbeitenden Menschen jedoch erstmals die Möglichkeit, Probleme im eigenen Interesse lösen zu können.“

(Zukunftspapier der SDAJ)

Auch Maoisten wie die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands** oder Trotzlisten wie die **Partei für Soziale Gleichheit** oder **Linksruck** sehen in der Partei das Instrument, eine kommunistische Gesellschaft zu erreichen. Ihr Handeln wird jedoch durch die Idee der permanenten Revolution bestimmt. Bei Maoisten gibt die Partei immer neue Ziele vor, um ein dauerhaftes revolutionäres Handeln sicherzustellen; Trotzlisten wollen zunächst das „verhasste System“ unterwandern und dann der Partei die Verwaltung des Staates übertragen.

In Abgrenzung zu diesen kommunistischen Organisationen lehnen anarchistische Gruppierungen jede institutionalisierte Form der Macht ab und wollen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse beseitigen. Zugleich wollen sie eine regelnde Ordnung beibehalten, die auf natürlicher Basis erzeugt worden ist bzw. „auf freier Selbstentscheidung“ beruht und in der Regel ohne Anwendung von Gewalt propagiert und realisiert werden soll.

Autonome wollen demgegenüber keinerlei wie auch immer vereinbarte Reglementierungen, sondern wirklich „herrschaftsfreie Räume“, die dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollen. Autonome legen Wert darauf, sich diese „Freiräume“ (schrittweise) zu erkämpfen. Dazu wenden sie auch Gewalt an.

Überblick 2000

Trotz zahlreicher Veranstaltungen sowie regelmäßiger Beteiligung an themenbezogenen Aktionen anderer Organisationen bzw. von Bündnissen fanden Aktivitäten von Linksextremisten nur wenig öffentliche Beachtung. Dies lässt sich damit begründen, dass Saalveranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Protest-, Plakat- und Flugblattaktionen fast immer friedlich verliefen. Außerdem nahmen häufig nur wenige Personen teil.

Größere Aufmerksamkeit bekamen lediglich Veranstaltungen mit Bezug zu aktuellen politischen Themen, insbesondere gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main und das Kernkraftwerk Biblis, bzw. Aktionen, die sich gegen „rechte“ Aufzüge und Veranstaltungen richteten. Selbst die intensiv vorbereitete Kampagne gegen die Weltausstellung EXPO in Hannover, an der sich auch Personen aus Hessen maßgeblich beteiligten, hatte wegen der mangelnden Mobilisierungsfähigkeit nicht den erwarteten Erfolg. Die

Straftaten

Aktivitäten beschränkten sich auf kleinste Veranstaltungen. Linksextremisten gestanden ein, dass es nicht gelungen sei, den Widerstand gegen die EXPO bundesweit zu vermitteln.

Besonders auffällig sind die fast ausschließlich von Autonomen begangenen Straf- und Gewalttaten. Durch Brandanschläge oder Sachbeschädigungen (zum Teil mit erheblicher Gewaltanwendung) verursachten Linksextremisten allein in Hessen schätzungsweise einen Schaden von zwei Millionen Mark. Im Gegensatz zu früher erläutern die Täter ihre Motive nicht mehr in jedem Fall in einem Bekenntnisschreiben.

Linksextremistische Parteien waren mit internen Diskussionen stark beschäftigt. Lediglich in Regionen, wo sie personell stark waren und auf größere Finanzmittel zurückgreifen konnten, engagierten sich diese Organisationen in öffentlichen Diskussionen über lokale politische Themen. Ansonsten bestimmten landes- und bundesweite Tagungen der jeweiligen Parteien und Organisationen deren Handeln.

Autonome führten keine größeren Aktionen durch. Den meisten Zulauf hatten Veranstaltungen gegen „Faschisten“ sowie eine Veranstaltung in Gießen, die aus Anlass der Schließung eines linksextremistischen Infoladens durchgeführt wurde (Teilnehmer: 350). Allerdings gelang es Autonomen, ihre Protestaktionen sehr konstant zu veranstalten. Sie beteiligten sich an den einmal pro Monat stattfindenden „Sonntagsspaziergängen“ am Atomkraftwerk Biblis. Im Bereich der Antirassismuarbeit nahmen Autonome an mehreren Demonstrationen u.a. am Flughafen Frankfurt am Main teil, gegen dessen Ausbau auch einige extremistische Gruppierungen agitieren.

Personen aus dem terroristischen Umfeld zeigten auch keine besonderen Aktivitäten, obwohl in Frankfurt am Main, Berlin und Stuttgart Prozesse gegen Mitglieder der **Rote Armee Fraktion** oder den **Revolutionären Zellen** stattfanden.

Die Zahl der Anhänger linksextremistischer Organisationen ist bundesweit rückläufig. Dies ist vorrangig auf Mitgliederverluste dogmatischer Gruppen wie der **Deutschen Kommunistischen Partei** sowie verschiedener Kleingruppen zurückzuführen. Demgegenüber ist die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten weiter konstant hoch. Die hessische Entwicklung entspricht weitergehend diesem Trend. Der leichte Rückgang der Zahlen Autonome/Antiimperialisten ist vor allem durch den Umzug von Personen in andere Länder zu erklären. Der geringfügige Anstieg der Anhänger der **Partei des Demokratischen Sozialismus** entspricht zwar dem Anwachsen der Mitglieder in den westlichen Ländern: Allerdings ist die Entwicklung des hessischen Landesverbandes langsamer als in anderen Landesverbänden. Dies hängt mit organisatorischen Problemen zusammen. So musste u. a. ein Kreisverband aufgrund finanzieller Schwierigkeiten (ausstehende Mitgliedsbeiträge etc.) aufgelöst werden.

Des Weiteren steht der hessische **PDS**-Landesverband vor dem Problem einer großen Mitgliederfluktuation, die Zahl der Parteieintritte ist nur geringfügig größer als die der Parteiaustritte.

Linksextremistisches Personenpotenzial *

	2000	1999	1998
DKP			
Hessen	550	550	600
Bund	4.500	5.000	6.500
MLPD			
Hessen	120	120	120
Bund	2.000	2.000	2.500
PDS**			
Hessen	550	500	400
Bund	88.600	94.000	96.500
Autonome/Anti imperialisten			
Hessen	500	550	650
Bund	7.000	7.000	7.000
Sonstige***			
Hessen	1.700	1.750	1.800
Bund	32.500	36.700	32.200
Summe****			
Hessen	3.320	3.320	3.420
Bund	45.000	49.700	48.200

* Die Zahlen sind gerundet.

** Bei der PDS ist davon auszugehen, dass nicht alle Mitglieder linksextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

*** Unter anderem Anhänger von **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Linksruck, Sozialistische Alternative Voran, Rote Hilfe, Jungdemokraten/Junge Linke, Internationalistisch-Sozialistische Organisation, Linksextremistische Hochschulgruppen, Marx-Engels-Stiftung, Partei für Soziale Gleichheit, Revolutionär Sozialistischer Bund, Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion/Internationale Arbeiterinnen Assoziation, Internationale Jugend.**

**** Mehrfachmitgliedschaften wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen. Die Summe Bund enthält nicht die Zahl der PDS-Mitglieder, da diese auf Bundesebene gesondert gezählt werden.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Gründung:	1968
Hess. Landesvorsitzender:	Mi chael Bel tz
Bundvorsitzender:	Hei nz Stehr
Mitglieder:	In Hessen 550, bundesweit 4.500
Publikationen (Auswahl):	Unsere Zei t (UZ) (Aufl. 8.500, Erscheinungsweise wöchentlich), Marxi sti sche Bl ätter (Aufl. 3.000, Erscheinungsweise zweimonatlich)

Die **DKP** steht nach eigenen Erklärungen in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „**Kommunistischen Partei Deutschlands**“ (**KPD**). Die **DKP** hält weiterhin an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Sie propagiert die Notwendigkeit eines „revolutionären Bruchs“ mit der bestehenden Gesellschaftsordnung:

Zi el e der **DKP**

„Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu.“

(Aus Aktionsprogramm der **DKP**, verabschiedet auf dem 13. Parteitag 3./4. Februar 1996 in Dortmund.)

Auf ihrem 15. Parteitag vom 2. bis 4. Juni in Duisburg verabschiedeten die Delegierten einen Leitantrag des Parteivorstands „Die **DKP** - Partei der Arbeiterklasse - Ihr politischer Platz heute“. Dieser soll mit „Thesen zur programmatischen Erneuerung“ und den „Sozialismusvorstellungen der **DKP**“ die Grundlage für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms bilden. In der Einleitung des Leitantrags heißt es:

„Das Ziel der **DKP** ist der Sozialismus als erste Stufe auf dem Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Sie strebt den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen an, orientiert auf die Arbeiterklasse als ent-



scheidende gesellschaftsverändernde Kraft. Grundlage ihres Handelns ist die wissenschaftliche Theorie von Marx, Engels und Lenin, die sie entsprechend ihrer Möglichkeiten weiterentwickelt.“

Sie gliedert sich in 14 Bezirksorganisationen (früher Landesverbände) mit 110 Kreisorganisationen und insgesamt 250 Grundorganisationen.

„Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft zur Rettung der menschlichen Zivilisation und zur Erkämpfung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Um diese Aufgaben zu realisieren, wird sie das Bündnis mit allen Klassen und Schichten suchen, deren Interessen oder Teilinteressen mit denen der Arbeiterklasse zusammenfallen. Wer seine Interessengemeinsamkeit mit der Arbeiterklasse erkennt, wird zum Verbündeten im Klassenkampf.“

(Aus Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP, beschlossen vom Mannheimer Parteitag 1993.)

In Hessen gibt es 15 Kreisorganisationen mit Wohngebiets-, Stadtteil-, und Ortsgruppen. **DKP**-nahe Hochschulgruppen existieren in Marburg und Frankfurt am Main. Die Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit wird insbesondere im Großraum Frankfurt am Main weiter geführt, spielt öffentlich aber eine kaum wahrnehmbare Rolle. Die verschiedenen **DKP**-Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus.

In Hessen stellt die **DKP** sowohl nach der Kommunalwahl 1997 als auch nach der Kommunalwahl 2001 in drei Städten und Gemeinden Stadtverordnete bzw. Gemeindevertreter. Besonders erfolgreich war sie dabei in Mörfelden-Walldorf, einer ihrer traditionellen Hochburgen, sowie in Reinheim. Darüber hinaus stellen **DKP**-Anhänger, die für andere Parteien und Listenverbindungen kandidiert hatten, drei weitere Gemeindevertreter sowie drei Kreistagsvertreter.

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 25. März in Frankfurt am Main wurde ein 34-köpfiger Bezirksvorstand gewählt. Der scheidende Bezirksvorsitzende ging in seinem Rechenschaftsbericht auf die aktuellen politischen Themen wie Spendenskandal der CDU und den geplanten Flughafenausbau ein. Die Delegierten verabschiedeten einen Antrag, in dem die **DKP** Hessen u. a. erklärt, dass sie einen weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens ablehnt und für ein absolutes Nachtflugverbot eintritt.

Wie auch andere linksextremistische Organisationen versucht die **DKP** in Bündnissen mit anderen politischen oder gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere nicht-kommunistischen Kräften, zu einem größeren politischen Einfluss zu gelangen. Dies entspricht der marxistisch-leninistischen Strategie von Aktionseinheit und Volksfront. So beteiligt sich die Partei z.B. an Aktionen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens oder in **Bündnissen gegen Rechts**.

„Die **DKP** ist immer bemüht, Bündnispartner davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, punktuelle Bündnisse zu umfassenderen demokratischen Bündnissen zu erweitern. Das ist ein gangbarer Weg zur Herausbildung einer allseitigen Zusammenarbeit

Struktur

Bündnisarbeit



aller fortschrittlichen Kräfte, zur Schaffung einer breiten programmatischen Plattform für tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen in der Bundesrepublik.“

(Aus dem noch heute gültigen Programm der DKP von 1978, Seite 81.)

Von sich aus engagiert sich die **DKP** seit Jahren in der „Friedensarbeit“. Dabei agiert sie gegen die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Einsätzen in Jugoslawien und Panzer- und Waffenlieferungen an die Türkei sowie gegen jede internationale Beteiligung der Bundesrepublik an „kriegerischen Unternehmungen“.

Die **DKP** wirkt bei der Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche (verantwortlich: **Zentral es Ostermarschbüro** in Frankfurt am Main) und an dem seit sechs Jahren veranstalteten **Friedenspolitischen Ratschlag** in Kassel mit (verantwortlich:

Bundesausschuss Friedensratschlag).

„Friedensarbeit“

Für die **DKP** ist die Friedensarbeit eine Form des Klassenkampfes. Sie behauptet, dass der Frieden dauerhaft erst mit der Überwindung des Imperialismus gesichert werden kann. Aus linksextremistischer Sicht zielt ein richtig verstandener „Friedenskampf“ daher sowohl innen- als auch außenpolitisch auf die „Abrüstung des Imperialismus“, der nach ihrem Verständnis nur von kapitalistischen Staaten ausgeht.

Dies wurde auch auf dem 7. Friedenspolitischen Ratschlag unter dem Motto „Die Politik zivilisieren“ im Dezember deutlich. Unter anderem wurden die Gefahren einer „Militarisierung der Europäischen Union“, die neue „interventionistische NATO-Strategie“ sowie der Umbau der Bundeswehr in eine „Interventionsarmee“ diskutiert.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Gründung:	1968
Bundesvorsitzende:	Jürgen Wanger und Tina Sanders
Mitglieder:	In Hessen 50, bundesweit 300
Publikationen (Auswahl):	Position (Aufl. 600, Erscheinungsweise unregelmäßig)

Die SDAJ ist mit der DKP eng verbunden. Sie sieht ihre vorrangige Aufgabe darin, sozialistisches Klassenbewusstsein unter Jugendlichen zu entwickeln und zu verbreiten.

„Der Weg zum Sozialismus führt nur über den Klassenkampf

Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung kann nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden. Er kann weder das Ergebnis von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems sein, noch kann er durch einen Putsch oder eine Verschwörung herbeigeführt werden. Die Macht des Kapitals kann nur durch den bewussten Klassenkampf der Arbeiterklasse zurückgedrängt und überwunden werden. Ein revolutionärer Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen kann nur erfolgreich erkämpft und verteidigt werden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit einer solchen Revolution überzeugt und darüber hinaus auch zur aktiven Beteiligung bereit ist. Um die Mehrheit der Arbeiterklasse von der Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs überzeugen zu können, ist es notwendig, reaktionäre Anschauungen (Rassismus, Sexismus, Konkurrenzdenken etc.) und den ideologischen Einfluss des Kapitals zurückzudrängen und Klassenbewusstsein, sowie Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Die Verbreitung von Klassenbewusstsein innerhalb der Arbeiterjugend betrachten wir als eine wesentliche Aufgabe der SDAJ.“

„Klassenkampf“
als Aufgabe

(Aus „Zukunftspapier“ der SDAJ.)

In ihrem ebenfalls auf dem 15. Bundeskongress verabschiedeten „Zukunftspapier“ heißt es dazu:

„Wenn wir Grundrechte für alle Jugendliche durchsetzen und sichern wollen, darf das kapitalistische System nicht nur in einzelnen Punkten oder kleinen Bereichen verändert werden, sondern es muss überwunden werden. Es bedarf tiefgreifender Eingriffe und der Umgestaltung des Systems und einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen.“

Unter dem Motto „rot, frech, radikal – die Zukunft muss sozialistisch sein“ stand der 15. SDAJ-Bundeskongress am 29./30. Januar in Gladbeck.

Als Gast zeigte der Vorsitzende der **DKP**, Heinz Stehr, in seinem Grußwort auf, wie **DKP** und **SDAJ** mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben und bestärkte die **SDAJ** vor allem in ihrem Bemühen, die Jugendpolitik zu stärken und an konkreten Projekten in diesem Bereich zu arbeiten.

Der Kongress beschloss die „Handlungsorientierung für die **SDAJ**“ als konkrete Richtlinie für die Arbeiten des Verbandes in den nächsten zwei Jahren. Bestandteile sind die Arbeit mit dem „Zukunftspapier“, das Pfingstcamp 2000 in Ahaus, das Weiterentwickeln der politischen Schwerpunkte „ArbeiterInnenjugendpolitik“, Antimilitarismus, Qualifizierung der Bildungsarbeit und Förderung des Verbandsmagazins **Posi ti on**.

Der neugewählte Bundesvorsitzende hob in seinem Referat die personelle und organisatorische Stärkung

des Verbandes in den letzten zwei Jahren hervor. Neue Mitglieder seien eingetreten, einige neue Gruppen hätten sich gegründet und Landesverbände hätten sich stabilisiert.

Der **SDAJ**-Landesverband Hessen wurde am 6. Dezember 1997 in Frankfurt am Main - nach über sechs Jahren „Zwangspause“ - neu gegründet. Diesem Landesverband gehören Gruppen in den Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Marburg und Wetzlar sowie eine „Rhein-Main-Gruppe“ an.



Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Gründung:	1989/90 (Hessen 1990)
Hess. Landesvorsitzender:	Heike Berg und Rolf Gensert
Bundesvorsitzender:	Gabriele Zimmer, bis Oktober 2000 Lothar Bisky
Mitglieder:	In Hessen 550, bundesweit 88.600
Publikationen (Auswahl):	Neues Deutschland (Aufl. 10.000, Erscheinungsweise täglich), Hessen Links (Erscheinungsweise unregelmäßig), Politische Berichte (Erscheinungsweise 14-tägig)

Der Sonderparteitag der **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)** im Dezember 1989 war die Geburtsstunde der **PDS**, als sich die **SED** in **SED/PDS** umbenannte. Seit ihrem 1. Parteitag im Februar 1990 heißt sie nur noch **PDS**, Sitz ist Berlin.

Innerhalb der Partei besteht eine Vielzahl verschiedener Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Plattformen mit sehr unterschiedlichen Zielen und Themen. Von Bedeutung sind die **Kommunistische Plattform der PDS (KPF)**, die an der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung festhält, das **Marxistische Forum der PDS**, ein orthodox-kommunistisch geprägter Zusammenschluss zur marxistischen Analyse der politischen Situation, und **['solid]**, ein **PDS**-naher sozialistischer Jugendverband. Auf internationaler Ebene pflegt die **PDS** die Zusammenarbeit mit sozialistischen und kommunistischen Parteien.

Die **PDS** will die „bestehende moderne kapitalistische Gesellschaft“ überwinden und strebt eine „sozialistische Gesellschaftsform“ an. Gesellschaftliches Endziel ist der Kommunismus. Die **PDS** beharrt darauf, „eine andere Republik zu wollen“ und „gesellschaftliche Opposition zu bleiben“. Ergänzend zu der parlamentarischen Tätigkeit in Bund, Ländern und Gemeinden will die **PDS** als „außerparlamentarische Opposition“ ihre Ziele durchsetzen. Dabei legt sie besonderen Wert auf die „Arbeit vor Ort“, das heißt in Gemeinden und Kommunen. Zur Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen arbeitet die **PDS** mit linksextremistischen Organisationen und Parteien zusammen und beteiligt sich auch an von ihnen initiierten bzw. gesteuerten Aktionen. Die grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen hindert die **PDS** nicht daran, auch die bereits derzeit möglichen konkreten Schritte der notwendigen Umgestaltung hin zu „einem

„Sozialismus schaffen“

demokratischen Sozialismus“ in Angriff zu nehmen. So will die PDS trotz Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern „unter allen Umständen eine sozialistische, antikapitalistische und systemoppositionelle Partei bleiben“.

Scheitern und Scheitern

In offiziellen PDS-Verlautbarungen und Veröffentlichungen vermeidet sie extremistische Äußerungen. Sie betont den Aspekt „sozialer Gerechtigkeit“, wodurch eine größere Akzeptanz der Partei beim Bürger geschaffen werden soll. Äußerungen von PDS-Funktionären enthalten dagegen extremistische Aussagen. In einem Interview mit der Zeitschrift *Jungl e Worl d* vom 2. Februar vertrat der stellvertretende Vorsitzende der PDS, Diether Dehm, Frankfurt am Main, die Meinung, dass die „West-GenossInnen die Kommunalparlamente als Tribüne des Klassenkampfes nutzen sollten“.

Der hessische PDS-Landesverband mit Sitz in Frankfurt am Main ist in zwölf Kreisverbände und zwei Basisgruppen gegliedert. In Hessen stellte die PDS nach der Kommunalwahl 1997 nur in Marburg vier Stadtverordnete. Bei der Kommunalwahl 2001 gewann die Partei in allen Stadt- und Gemeindevertretungen bzw. Kreistagen, für die sie kandidierte, mindestens ein Mandat (insgesamt 17 Mandate), wobei sie besonders in den Universitätsstädten Erfolge erzielte. Der 50 Mitglieder starke PDS-nahe Jugendverband [' sol i d] - di e Sozi al i sti sche Jugend Hessen identifiziert sich größtenteils mit den Zielen und Inhalten der PDS, ohne jedoch von ihr als Parteijugend integriert zu sein.

Bündnisarbeit

Im Rahmen einer PDS-Kampagne „Gegen die Macht des großen Geldes“ fand am 16. Juni vor etwa 500 Teilnehmern in Frankfurt am Main ein „Fest der Menschlichkeit“ statt, das vom Bündnis gegen Bankenmacht, unter Beteiligung des Frankfurter PDS-Kreisverbandes, veranstaltet wurde. Im Bündnis gegen Rassismus und Nazi terror war die hessische PDS an verschiedenen Kundgebungen in Hessen beteiligt. Weitere Themenschwerpunkte sind die Ablehnung der Erweiterung der Flughäfen von Frankfurt am Main und Kassel-Calden.

LINKS- EXTREMI SMUS

Marxistis ch-Leni nistis che Partei Deut schl and s (MLPD)

Gründung:	1982
Bund esvorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	In Hessen 120, bundesweit 2. 000
Publikationen (Auswahl):	Rote Fahne (Aufl. 7.500, Erscheinungsweise wöchentlich), Lernen und Kämpfen (Auflage: 1.000, Erscheinungsweise vierteljährlich) Rebel I (Erscheinungsweise zweimonatlich)

Die **MLPD** ist aus dem **Kommunistischen Arbeiterbund Deut schl and s (KABD)** hervorgegangen. Sie zählt zu den traditionell „revolutionär-marxistischen Organisationen“ und hält an den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung fest. Ziel ist „der Klassenkampf und revolutionäre Bruch mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen“. Dazu will die **MLPD** die Mehrheit der „Arbeiterklasse“ für sich gewinnen. Insbesondere wegen der Betonung maoistischer Positionen ist die Partei innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitgehend isoliert. Dennoch versucht sie mit einem ausgeprägten ideologischen Führungsanspruch, Bündnispartner zu finden.

I sol i erte Revol uti onäre

Das Zentralkomitee hat seinen Sitz in Gelsenkirchen. Bundesweit ist die **MLPD** in sieben Bezirke gegliedert; die hessischen **MLPD**-Mitglieder gehören dem Bezirk Mitte an. Kontaktadressen der **MLPD** in Hessen existieren in Darmstadt, Frankfurt am Main, Kassel und Rüsselsheim. Die **MLPD** unterhält einen Frauenverband **Courage**, einen Jugendverband **Rebel I** und eine Kinderorganisation **Rotfuchse**. Für ihre „Internationalismusarbeit“ bedient sich die **MLPD** ihrer Vorfeldorganisation **Solidari tät Internati onal (SI)**.



Autonome

Aktivisten:	In Hessen rund 400, bundesweit weniger als 6.000 Personen
Regionale Schwerpunkte:	Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Hanau, Kassel, Marburg, Wiesbaden
Publikationen:	Swi ng (Erscheinungsweise monatlich), Interim (Erscheinungsweise wöchentlich)

Autonome bekämpfen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Staat, um an deren Stelle eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu setzen, in der sie in absoluter Unabhängigkeit leben können.

Autonome Ziele

Die Zerschlagung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland soll durch die Selbstverwirklichung des Einzelnen im Kampf gegen das „Schweinesystem“ erfolgen. Eine eindeutige Definition der Mittel und Ziele ist jedoch ebenso schwer oder nicht möglich wie die Einordnung in Kategorien.

Gewaltberei t

Gemeinsam ist allen Autonomen eine latente Gewaltbereitschaft, die anlassbezogen zu Gewalt gegen Sachen umschlagen kann. Uneinigkeit besteht in Bezug auf die Gewaltanwendung gegen Personen. Einige nehmen während Demonstrationen z.B. Personenschäden bei Polizisten in Kauf, denn diese repräsentieren den verhassten Staat. Um gegen Transporte von Atomabfällen zu agieren, werden bundesweit sogenannte „Hakenkrallen“ in Oberleitungen von Gleisstrecken gehängt und damit einhergehend auch Personenschäden Unbeteiligter in Kauf genommen. Einig sind sich Autonome, wenn es um Angriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Neonazis geht. Hier werden Personenschäden eindeutig toleriert.

Schwerpunkte

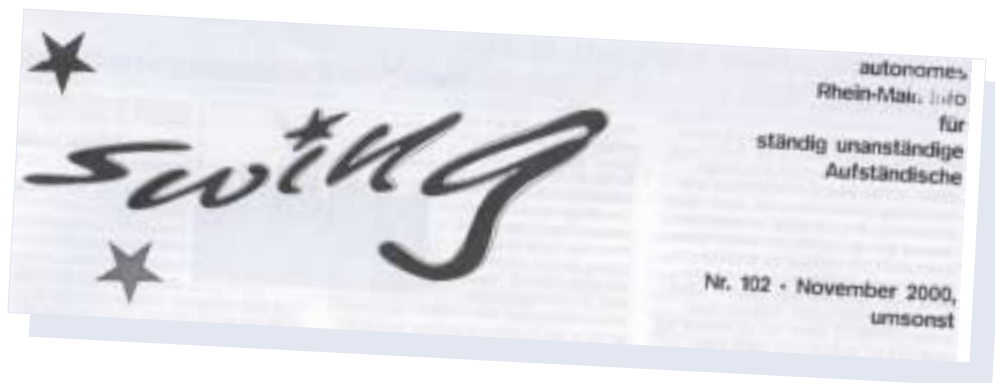
Autonome haben ihre Schwerpunkte in den Hochschulstädten mit jeweils unterschiedlichen thematischen Prioritäten. Während in Kassel und Gießen schwerpunktmäßig Antifa-Arbeit betrieben wird, sind in Marburg sowie Darmstadt Anti-Atomthemen vorrangig und in Wiesbaden wird hauptsächlich der Flughafenausbau thematisiert. Autonome in Frankfurt am Main beschäftigen sich vorzugsweise mit Antifaschismus, Antirassismus und Flughafenausbau.

LINKS

Die oben aufgezählten Themenschwerpunkte beschreiben allerdings auch das Problem, in dem sich Autonome derzeit befinden. Es sind Themen, die auch von einem großen Teil der Gesellschaft diskutiert werden und an denen sich Autonome zwar beteiligen, zur Zeit jedoch meist nicht selbständig agieren können. Autonome können sich so nicht profilieren und bekommen verstärkt Nachwuchsprobleme. Auch die Führungspersonen sind mittlerweile meist älter als 35 Jahre und werden deshalb von Jugendlichen nicht mehr akzeptiert. Jugendliche sind nicht mehr in dem Maße anzusprechen wie früher: sie halten nichts von theoretischen Diskussionen. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren erkannte oder vermeintliche „Spitzel“ in der Szene zu gegenseitigem Misstrauen führten, vor allem gegenüber Neueinsteigern.

So kommt es, dass unter Autonomen zwar gesellschaftliche Themen diskutiert werden, es aber an öffentlichkeitswirksamen Aktionen mangelt. Große Demonstrationen mit reger Beteiligung von Autonomen blieben in der letzten Zeit selbst in der einstigen Hochburg der Szene, in Frankfurt am Main, aus. Zudem debattieren Autonome bundesweit über tatsächliche oder vermeintliche Vergewaltigungen, die in der letzten Zeit innerhalb der autonomen Szene stattgefunden haben sollen. Diese Sexismusdebatte trägt dazu bei, dass Gruppen, von denen ein verdächtiger Mann nicht eindeutig ausgestoßen wird, von der weiteren Zusammenarbeit rigoros ausgeschlossen werden. So sind bereits einige bisher tonangebende Gruppen nur noch damit beschäftigt, sich gegen Sexismusvorwürfe zu verteidigen. Inhaltliche Arbeit können sie so nicht mehr leisten. Ein Ende dieser Situation ist derzeit nicht in Sicht. Obwohl damit ein weiterer Niedergang der Autonomen zu erwarten ist, bleiben sie handlungsfähig. Der überwiegende Teil der linksextremistisch motivierten Straftaten wurde von ihnen verübt. Von ihrem Selbstverständnis her legen sie dabei Wert auf „phantasievolle Aktionen“, von Farbschmierereien bis zu schweren Anschlägen gegen Personen und Sachen.

Lethargie und Stagnation



Anti faschi smus

„Kampf gegen Kapitalismus“

Das Thema „Antifaschismus“ ist im Hinblick auf die anhaltende Diskussion um rechtsextremistische Strukturen und Straftaten zwar besonders aktuell, aber schon seit vielen Jahren ein essenzieller Bestandteil linksextremistischer Agitation. Dabei wird der Faschismus als integraler Bestandteil des Kapitalismus gesehen: Aus dessen Widersprüchen entstünden faschistische Ideologien und Organisationen, die als Alternative zur Krisenbewältigung erschienen. „Der Faschismus an der Macht, ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ (Georgi Dimitroff, 1935) Der Kampf gegen Kapitalismus ist also immer ein Kampf gegen staatlichen Faschismus; beide müssten beseitigt werden.

Diese linksextremistische Argumentation tritt in der Auseinandersetzung mit von ihnen als faschistisch angesehenen Gruppen und deren Veranstaltungen in den Hintergrund. Gerade in diesem Zusammenhang arbeiten Linksextremisten mit nicht extremistischen Gruppen zusammen, was ihre verfassungsfeindliche Haltung verschleiert und ihr antifaschistisches Handeln akzeptabel erscheinen lässt.

Auseinandersetzung mit „Rechten“

Insbesondere Autonome wenden im direkten Kampf gegen „Faschisten“ Gewalt an. Demgegenüber üben Antifaschisten kommunistischer Prägung kaum Gewalt aus, distanzieren sich aber auch nicht von entsprechenden Straftaten. Als Aktionsschwerpunkte haben Antifaschisten Demonstrationen und Kundgebungen, die sie gerne auch gemeinsam mit anderen Gruppen als „**Bündnisse gegen Rechts**“ oder ähnlich benannten Zusammenschlüssen durchführen. So kam es im Herbst des Jahres zu zahlreichen Veranstaltungen, u.a. in Kassel, wo die „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“ eine Demonstration angemeldet hatte.



Wichtigste bündnispolitische Organisation der kommunistischen „Antifaschismus“-Kampagne ist die 1947 gegründete DKP-beeinflusste **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)**. Sie hat in Hessen 550, bundesweit 6.200 Mitglieder. Die **VVN-BdA** gibt seit 1991 viermal jährlich ihre Mitgliederzeitschrift **Anti fa-Rundschau** mit einer Beilage **Hessen Post** (Auflagenhöhe 9.000) heraus. Die Organisation tritt regelmäßig in Verbindung mit antifaschistischen Veranstaltungen als Anmelderin oder Veranstalterin auf.

„Wir fühlen uns solidarisch mit antifaschistischen Jugendbewegungen, die es in ihrer Besorgnis über bedrohliche Rechtsentwicklungen nicht bei verbalen Betroffenheitserklärungen belassen, sondern ihren Antifaschismus auf die Straße tragen und dafür dann aber in zunehmendem Maße kritisiert werden.“
(Aus antifa rundschau Nr. 43, Juli-September 2000, Seite 9.)



Die rechte „antifaschistische Aktionen“

Autonome sehen in direkten „antifaschistischen Aktionen“ gegen Rechtsextremisten und deren Organisationen ihren Agitationsschwerpunkt, der zugleich ein wichtiger Teil ihres Kampfes gegen die bestehende Gesellschaftsordnung ist. In diesem Zusammenhang stehen Veröffentlichungen von Namenslisten sogenannter faschistischer Personen (zum Teil mit Bild), in denen auch die Organisationszugehörigkeit, Adresse oder Personenbeschreibung enthalten ist. Daneben werden auch Listen veröffentlicht, in denen z. B. Busunternehmen, die „Faschisten“ zu deren Veranstaltungen gefahren haben, genannt werden. In der Regel sind solche Veröffentlichungen mit Aufrufen zu „kreativen Aktionen“ verbunden. Bundesweit nehmen autonome Antifaschisten an Demonstrationen teil, wobei ihre Anzahl und Gewaltbereitschaft oft nicht vorhergesagt werden kann. Die Gefahr geht besonders von konspirativ vorbereiteten Aktionen aus, bei denen „erkannte Rechtsextremisten“ tätlich angegriffen werden.

Vermutlich waren Autonome aus dem Rhein-Main-Gebiet für einen Brandanschlag auf ein Gebäude in der Nacht des 10. Januar in Frankfurt am Main verantwortlich. Dabei entstand ein Sachschaden von DM 100.000,—. In dem Gebäude sollte am 15. Januar eine Veranstaltung der rechtsextremistischen **Bürgerbewegung für unser Land** stattfinden.

Seit Mai 1998 wird von der autonomen Antifa bei Aktionen gegen „Fascho“-Veranstaltungen ein sogenanntes „dezentrales Konzept“ angewandt, das sich aus Sicht der Autonomen bestens bewährt hat. Kern dieses Konzepts ist der Einsatz von Kleingruppen, die mittels moderner Kommunikationstechnik gesteuert werden. So können z. B. bei Demonstrationen Kleingruppen über Handys auf Orte hingewiesen werden, an denen die im Vorfeld geplanten Aktionen besser als anderswo umsetzbar erscheinen.

„Bewaffneter Kampf“ als Methode

Anti imperialismus

Die unter dem Begriff **Anti imperialistischer Widerstand (AIW)** zusammengefassten Personenzusammenhänge (in Hessen rund 100 Anhänger) befürworten einen „bewaffneten Kampf zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern, in denen „staatliche Repression“ dominiert. Dazu arbeiten sie mit linksextremistischen „Befreiungsbewegungen“ im Ausland zusammen. Die Anhänger des **AIW** diskutieren, ob ein solcher Kampf in der Bundesrepublik Deutschland wieder aufgenommen werden soll bzw. unter welchen Umständen dies geschehen könnte. Sie wollen dabei aber die teilweise von früheren terroristischen Zusammenschlüssen eingestandenen „Fehler“ vermeiden und legen deshalb großen Wert auf die Vermittelbarkeit ihrer Aktionen und eine weltweite Vernetzung von revolutionären Zellen. Der **AIW** besitzt keine einheitliche Ideologie und verfügt zur Zeit nur über mäßig ausgeprägte Strukturen. Terroristische Aktivitäten sind daher nicht zu erwarten.

Die wichtigste Gruppierung ist die 1993 gegründete Initiative **Li bertad!** mit Sitz in Frankfurt am Main. Bei den führenden Personen handelt es sich überwiegend um ehemalige Angehörige bzw. Unterstützer der **Rote Armee Fraktion (RAF)**. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf den Gebieten „politische Gefangene“ und „staatliche Repression“. Diese Themen sowie Hintergrundinformationen aus Diskussionen von Linksextremisten in Deutschland und anderen Ländern bestimmen die Darstellung im Organ von **Li bertad!**, der Zeitschrift **So oder So**, die unregelmäßig viermal jährlich erscheint.



Mittelfristig strebt **Li bertad!** den Aufbau eines „internationalen Netzwerkes für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit“ an, um daraus „eine internationale Struktur gegen die Strategie und die Macht der imperialistischen Kräfte zu entwickeln“. Zu diesem Zweck unterhält die Gruppierung Kontakte zu zahlreichen linksextremistischen Gruppen und Organisationen im Ausland, die überwiegend in den oben angeführten Themenfeldern aktiv sind.

Am 18. März führten Angehörige der antiimperialistischen Szene zum fünften Mal einen bundesweiten Aktionstag „für die Freiheit der politischen Gefangenen“ und „gegen staatliche Unterdrückung“ durch. Ein „bundesweiter Koordinierungskreis 18. März 2000“, bei dem die Initiative **Li bertad!** maßgeblich beteiligt war, rief unter dem

Motto „das Schweigen brechen - die Initiative ergreifen - für die Freiheit der politischen Gefangenen“ zur Teilnahme an vielfältigen Aktionen auf.



Ende Juli startete **Li bert ad!** eine Kampagne gegen die Einführung eines neuen Gefängnistyps in der Türkei. Im Internet sowie in einer Extraausgabe ihres Organs **So oder So** verbreitete **Li bert ad!** unter dem Motto „Kein Stammheim am Bosphorus“ Argumente gegen die „Einführung von Einzel- und Isolationshaft in der Türkei“.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt antiimperialistischer Gruppen ist die sogenannte „Gefangenenarbeit“. Dabei geht es nicht nur um die Betreuung von „politischen Gefangenen“, sondern auch um die Verbesserung von Haftbedingungen oder die Forderung nach ihrer Freilassung.

„Gefangenenarbeit“

In diesem Zusammenhang dominiert seit Jahren der Fall des in den USA 1982 wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilten farbigen Journalisten und Aktivisten einer amerikanischen bewaffneten revolutionären Gruppe („Black Panther“), Mumia Abu-Jamal.

Sie betrachten ihn als politischen Gefangenen und fordern seine Freilassung. Sollte der Antrag des Anwalts Abu-Jamals auf Wiederaufnahme des Verfahrens negativ beschieden und ein neuer Hinrichtungstermin festgesetzt werden, so ist wieder mit verstärkten Aktivitäten des linksextremistischen Spektrums bis hin zu Sachbeschädigungen an US-amerikanischen Einrichtungen und Firmen in Deutschland zu rechnen.



Linksextremistische Ereignisnahme im Zusammenhang mit aktuellen politischen Themen

Kampf gegen das System

Neben den oben dargestellten traditionellen Aktionsfeldern von Linksextremisten nutzen sie auch verstärkt aktuelle politische Themen als Agitations- und Aktionsbereiche. Häufig wird der Protest von nichtextremistischen Gruppierungen und Bewegungen mitgetragen; Personen und Gruppierungen der linksextremistischen Szene beteiligen sich auch in herausragender Funktion oder an wichtigen Stellen platziert daran, wobei dies für Linksextremisten Widerstand gegen das System bedeutet. Linksextremisten artikulieren mit ihren Aktivitäten im jeweiligen Themenbereich immer ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie ziehen sie zur Begründung für militante Aktionen in ihrem „Kampf gegen das kapitalistische System“ heran.

Ausbau Flughafen Frankfurt

Linksextremisten agitieren nicht nur aus Umweltschutzgründen gegen einen **Ausbau des Frankfurter Flughafens**, sondern unter anderem auch wegen dessen Funktion als „größter Abschiebeflughafen der BRD“ (Interim, Nr. 513 vom 2. November). Sie stellen zur Zeit nur einen sehr geringen Teil der Protestbewegung. Allerdings streben Linksextremisten einen konstanten und aktiven Widerstand in der Region und am Flughafen selbst an. Vorbild ist der Kampf gegen die Startbahn 18 West, wobei eine Eskalation wie 1987 vermieden werden soll.

Von Seiten des linksextremistischen Protestpotenzials gegen die Flughafenerweiterung kam es im ersten Halbjahr zu keinen militanten Aktionen.

Bei einer Demonstration mit etwa 10.000 Personen gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens am 16. September in Wiesbaden beteiligten sich u.a. **DKP**, die **PDS**, die trotzkistische Gruppe **Linksruck** sowie **Autonome** aus dem Rhein-Main-Gebiet. Die Linksextremisten machten jedoch nur einen geringen Teil der Demonstranten aus.

Am 18./19. September wurde von bisher Unbekannten das denkmalgeschützte



Petrihaus im Brentanopark in Frankfurt am Main mit Parolen wie „Bender wir kriegen Dich!“ und „Kein Flughafenausbau!“ besprüht. Das beschädigte Haus war vom Förderverein Petrihaus saniert worden. Ein maßgebliches Mitglied dieses Fördervereins ist der Vorsitzende der Flughafen AG Dr. W. Bender. Die Art und Weise der Tatausführung entspricht dem Vorgehen von Autonomen.



Im Aktionsfeld **Anti rassi smus** bietet die Asylpolitik, insbesondere der Aspekt Abschiebungen verbunden mit Flughäfen bzw. Fluggesellschaften ein wichtiges Agitationsziel der Linksextremisten.

Fluggesellschaften sollen derart beeinflusst werden, dass sie keine Abschiebepassagiere mehr befördern. Dieses Ziel soll auch erreicht werden, indem Beschäftigte von Flughäfen bzw. Fluggesellschaften vermehrt über dieses Thema informiert werden. Durch Protestkundgebungen bzw. unangemeldete Demonstrationen, unter anderem am Flughafen Frankfurt/Main, sollen jedoch auch Passagiere sensibilisiert werden.



Solche Aktionen wurden im Rahmen der Kampagne „deportation class - gegen das Geschäft mit der Abschiebung“ des bundesweiten Netzwerks **Kein Mensch ist illegal** durchgeführt. Autonome Personen und Gruppen aus Hanau sind bundesweit federführend für die Kampagne tätig.

Die bundesweite Veranstaltung „Flüchtlingskongress“ vom 21. April bis 1. Mai in Jena wurde von einem führenden Hanauer Autonomen inhaltlich und organisatorisch mitvorbereitet.

Ein weiteres Aktionsfeld für Linksextremisten ist die **Anti - Atom - Arbeit**. Nicht nur bei der Durchführung von Transporten bestrahlter Brennelemente in Spezialbehältern (sog. CASTOR-Transporte), sondern auch unabhängig von bestimmten Terminen wurden Straftaten insbesondere gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG begangen.



So wurde in Hessen ein Anschlag auf abgestellte Baufahrzeuge der Deutschen Bahn AG in Frankfurt am Main mit einem Sachschaden in Höhe von etwa DM 50.000,- durchgeführt. In der Nähe des Tatorts wurde der Schriftzug „Rache für Phillippsburg – Castor Atomtransporte stoppen“ festgestellt.

Ein weiteres Ziel von Linksextremisten stellt in Hessen das Atomkraftwerk Biblis dar. Neben regelmäßigen Demonstrationen waren dort auch Straftaten zu verzeichnen. So zerstörten am 17. Februar militante Atomkraftgegner das werkseigene Zufahrtsgleis zum Atomkraftwerk Biblis. Es entstand Sachschaden von etwa DM 15.000,-. Eine Gruppierung **Club der toten Gleise** bekannte sich zu diesem Anschlag und forderte in ihrer Selbstbezeichnung „sofortige Stilllegung der Atomanlagen – Kapitalismus zerschlagen“.

Anti - Atom

Das Thema „Gentechnik“ hat in der jüngsten Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Bundesweit wurden Freilandversuche

Gen-Technik

mit gentechnischem Pflanzmaterial durch militante Gegner der Gentechnologie zerstört. Hierbei entstanden hohe Sachschäden.

Innerhalb des linksextremistischen Protestspektrums genießen derartige Widerstandsformen ein hohes Maß an Akzeptanz. Unmissverständlich erklärte ein unbekannter Verfasser eines in der Ausgabe Nr. 60/April 1999 der „Brüche - Linke Zeitung aus Kassel“ unter der Überschrift „Gentechnik - Life can be magic“ veröffentlichten Beitrages:

„Durch das Zusammenspiel von Demonstrationen, Ackerbesetzungen, -begehungen, öffentliche vorzeitige Abernteaktionen, Sit In's oder Blockaden von Firmen, Forschungseinrichtungen und Entscheidungsgremien, öffentlichkeitswirksame Aktionen in und vor Lebensmittelgeschäften, Ackerzerstörungen und Sabotageaktionen läßt sich das Thema in der öffentlichen Diskussion halten, dem System etwas Sand ins Getriebe streuen und der Druck auf die Mächtigen in diesem Land erhöhen.“



Herausragendes Ereignis war ein am 4. Mai in Gießen verübter Brandanschlag auf ein sogenanntes Biotech-Mobil.

Hierbei handelt es sich um einen umgebauten Sattelzug, der unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Information der Bevölkerung über Bio- und Gentechnologie eingesetzt wird. Es entstand Sachschaden von etwa DM 1,5 Millionen. Eine Gruppierung

Stadtpartei sanInnen Rhein-Main bekannte sich

zu dem Anschlag. In ihrem Bekenner schreiben üben die Verfasser Kritik an der Gentechnik und schreiben:

„Schluß. Aufhalten kann sie nur unser Widerstand. Heute gegen Symbole – die WTO, die Parteizentralen, das Biotech-Mobil, die EXPO und mehr. Und morgen gegen die Herrschaftsstrukturen selbst.“



Linksextremistischer Terrorismus

Obwohl die terroristische **Rote Armee Fraktion (RAF)** 1998 ihre Auflösung erklärt hat, befinden sich nach wie vor einige „ehemalige Militante“ dieser Terrorgruppe in der Illegalität. Darüber hinaus sind Straftaten der **RAF**, darunter der Mordanschlag auf Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, in Bad Homburg am 30. November 1989, bisher nicht aufgeklärt.

Ungeklärte
Straftaten

Erst jetzt konnte ermittelt werden, dass zwei wegen Mitgliedschaft in der **RAF** gesuchte Personen, die vormals als Aktivisten der antiimperialistischen Szene im Rhein-Main-Gebiet bekannt waren und sich um die Jahreswende 1989/90 der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden entzogen hatten, im Juli 1999 an einem Überfall auf einen Geldtransporter in Duisburg beteiligt waren. Bei diesem Raubüberfall, der auffallende Übereinstimmungen zur Vorgehensweise der aufgelösten **RAF** zeigte, erbeuteten die Täter über eine Million DM.

Am 28. November begann vor dem Oberlandesgericht Stuttgart der Prozess gegen die aus Wiesbaden stammende Andrea Klump wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Klump, die dies bestreitet, wird weiter vorgeworfen, 1988 an einem versuchten Sprengstoffanschlag gegen Angehörige der US-Marine in Rota (Spanien) beteiligt gewesen zu sein. Sie war am 15. September 1999 in Wien festgenommen worden. Ihr Begleiter wurde dabei nach einem Schusswechsel mit der Polizei tödlich verletzt. Beide hatten mehrere Jahre unter falschen Personalien in Wien gelebt.

Gerichts-
verfahren

Die **Revolutionären Zellen (RZ)** und ihre autonome Frauengruppe **Rote Zora** traten seit 1995 nicht mehr in Erscheinung. Aufgrund von Aussagen eines im November 1999 in Berlin festgenommenen Mitgliedes dieser Terrorgruppe konnten Ende 1999 in Berlin und Frankfurt am Main sowie im April in Berlin und im Mai in Kanada weitere mutmaßliche **RZ**-Mitglieder verhaftet werden.

Den Festgenommenen, darunter zwei Personen aus Hessen, wird vorgeworfen, spätestens seit 1976 Mitglieder der **RZ** und von 1985 bis 1993 an mehreren Schusswaffen- und Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Vor dem Landgericht Frankfurt am Main begann am 17. Oktober der Prozess wegen des Überfalls auf die „Konferenz der Erdölexportierenden Staaten“ (OPEC) in Wien im Dezember 1975. Angeklagt waren Hans Joachim Klein und Rudolf Schindler, der von Klein als Tatbeteiligter an dem o. a. Überfall, bei dem drei Personen getötet wurden, bezeichnet wurde.



OPEC-
Prozess

Im Januar wurde vom Landgericht Berlin Johannes Weinrich wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf das französische Kulturinstitut Maison de France in Berlin im Jahre 1983 verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Weinrich gehörte Anfang der siebziger Jahre ebenfalls zu den Gründern der **RZ** im Rhein-Main-Gebiet. 1977 schloss er sich der internationalen Terrorgruppe um Illich Ramirez Sanchez (genannt Carlos) an.

Nutzung des Internets durch Linksextremisten

In den vergangenen Jahren stieg die Anwendung von Informationstechnik im linksextremistischen Bereich erheblich an.

Internet und Mailboxen werden von Linksextremisten verstärkt und professionell zur Selbstdarstellung, Agitation und Mobilisierung genutzt. Anschauliche und für jedermann zugängliche Informationen werden im „World Wide Web“ bereitgestellt. Über kommerziell betriebene Mailboxen und Netzwerke führen politisch Gleichgesinnte oftmals einen internen „Informationsaustausch“. Vermehrt werden elektronische Nachrichtenverteiler, sogenannte Mailinglisten, sowohl in offener Form, als auch intern, zur Kommunikation genutzt. „E-Mail“ gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Ihre Informationen schützen Linksextremisten mit dem Verschlüsselungsprogramm Pretty Good Privacy (PGP) oder belegen sie mit Passwörtern. Im Vergleich zu Seiten aus dem rechtsextremistischen Forum sind linksextremistische Domains nicht so leicht auffindbar, unauffälliger gestaltet und erreichen nicht deren Besucherzahlen.



Information

Interessen

Den Vorteil des Internet sehen Linksextremisten u.a. in

- der optimalen nationalen/internationalen Verbreitung von Informationen (u.a. zur Propagierung politischer Ziele, Werbung neuer Mitglieder, Mobilisierung bei Aktionen),
- den günstigen Möglichkeiten der Kommunikation (insbesondere Schnelligkeit und jederzeitige Verfügbarkeit),
- der Archivierungsmöglichkeit,
- der Chance, deutsche Strafvorschriften zu umgehen.

Das seit 1994 von Autonomen aus Hamburg aufgebaute „nadir“-Projekt wird bundesweit genutzt und dient Linksextremisten als zentrale Suchmaschine. Neben umfangreichen Linklisten legen die Nutzer besonderen Wert auf die Nennung von Terminankündigungen und Aufrufen.

Insgesamt sind bundesweit mehrere 100 linksextremistische Homepages im Netz vertreten. Alle autonomen, marxistischen oder anarchistischen Gruppierungen stellen zu bestimmten Aktionsfeldern „Kampagneseiten“ kurz- und langfristig ein.

Parteien verfügen über gut ausgestattete Websites und veröffentlichen hauptsächlich ihre Veranstaltungsprogramme, Publikationen und ihre Satzungen.



Themenschwerpunkte linksextremistisch beeinflusster Aktionen bildeten in diesem Jahr der „antifaschistische Kampf“. Andere Kampagneseiten bezogen sich auf Anti-AKW, Antirassismus, Anti-Expo, Flughafenausbau Frankfurt/Main, den „kurdischen Befreiungskampf“ und die „Situation politischer Gefangener“.

Infoläden sind Kommunikationszentren, die die erforderliche Infrastruktur für eine nationale und internationale Kommunikation bereitstellen.

Das Lesen Linksextremisten

Zeitschrift	Verantwortliche	Erscheinungsweise/Auflage
AMS Assoziation Marxistischer Studenten	AMS-Gruppe Marburg	jährlich
Angehörigen Info	Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD	monatlich
Anti fa- Rundschau	VVN-Bund der AntifaschistInnen	vierteljährlich/6.500
Anti faschi s- ti sche Nach- ri chten	Personen aus: VVN-BdA, PDS, VSP u.a.	2 x pro Monat/800



Das Lesen Linksextremisten

Zeitschrift	Verantwortliche	Erscheinungsweise/Auflage
AVANTI - Zeitung des RSB des RSB	Revolutionär-Sozialistischer-Bund (RSB)	monatlich/500
Blitzpunkt	DKP-Mörfelden-Walldorf	monatlich
Der Rechte Rand	Der Rechte Rand, Hannover	zweimonatlich
Frankfurter Kurier	PDS, Frankfurt am Main	monatlich
Frikkorr	Bundesausschuß Friedensratschlag, Kassel/Frankfurt am Main	vierteljährlich
GegenStandpunkt	GegenStandpunkt Verlags GmbH,	München vierteljährlich/7.000
Gießener Echo	DKP, Gießen	monatlich
Graswurzel - revolution	GWR Heidelberg, Vertrieb+Druck Frankfurt am Main	10 x pro Jahr/3.800
Interim	Interim e.V., Berlin	(zwei)wöchentlich
Lernen und Kämpfen	ZK der MLPD (Organ der MLPD), Essen	unregelmäßig (vierteljährlich)/1.000
Marxistische Blätter	Essen	zweimonatlich/3.000
ÖkoLinX	ÖkoLinks Verlag, Frankfurt a. M.	unregelmäßig
Rote Fahne	MLPD/Rote Fahne, Gelsenkirchen	wöchentlich/7.500
Die Rote Hilfe	Bundesvorstand der Roten Hilfe, Göttingen	vierteljährlich/5.000
SOZ	Vereinigung für sozialistische Politik, Köln	zweiwöchentlich/2.000
Tendenz	JungdemokratInnen/Junge Linke, Berlin	vierteljährlich/30.000
Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung	Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurt am Main	vierteljährlich

Straf- und Gewalttaten	2000	1999
Gewalttaten		
Tötung		
Hessen	0	0
Bund	0	0
versuchte Tötung		
Hessen	0	0
Bund	4	0
Körperverletzungen		
Hessen	13	5
Bund	260	215
Brandstiftungen		
Hessen	3	2
Bund	58	68
Sprengstoffexplosion		
Hessen	0	0
Bund	1	0
Landfriedensbruch		
Hessen	4	3
Bund	321	269
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr		
Hessen	6	1
Bund	44	19
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen		
Hessen	75	89
Bund	1.292	1.246
Nötigung/Bedrohung		
Hessen	8	10
Bund	75	73
Andere Straftaten		
Hessen	82	37
Bund	1.118	1.165
Gesamt		
Hessen	191	147
Bund	3.173	3.055

* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes.
Die Angaben für 2000 sind nur vorläufig.

SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

Merkmale des Ausländerextremismus

Der Verfassungsschutz beobachtet ausländische Organisationen dann, wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern fundamental zu verändern. Dadurch können nicht nur auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdet werden, sondern auch die innere Sicherheit.

Zunehmend wollen ausländische Gruppierungen auch Einfluss auf Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nehmen, da ihre Anhänger langfristig in der Bundesrepublik Deutschland leben wollen. Das System der westlich geprägten Demokratie entspricht nicht ihren Vorstellungen.

Das Spektrum dieser Gruppierungen umfasst linksextremistische wie nationalistisch-rechtsextremistische Ideologien. Besondere Aufmerksamkeit ist auf religiöse Fundamentalisten, sogenannte Islamisten, zu richten.

Die Aktivitäten der Organisationen werden maßgeblich von politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Heimatländern mitbestimmt.



AUSLÄNDER

Überblick 2000

Die verbotene **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** hält auch nach dem noch nicht rechtskräftigen Todesurteil gegen ihren Vorsitzenden Abdullah Öcalan an ihrem Kurs offiziell fest, auf den bewaffneten Kampf zu verzichten, um damit die politische Anerkennung zu erhalten. Gleichwohl hält sie sich die Gewaltoption offen. An der Parteibasis war deutliche Unzufriedenheit mit dem, nach deutlicher militärischer Schwächung der **PKK** und der Festnahme von Öcalan angeordneten Friedenskurs festzustellen.

Die **PKK** bleibt mit ihrer Mobilisierungsfähigkeit und intakten Kaderstruktur im Ausländerextremismus die Organisation mit dem größten Gefährdungspotenzial für die innere Sicherheit. An ihrer Fähigkeit zu massenhafter Anwendung von Gewalttaten besteht kein Zweifel, wie zuletzt 1999 die schweren Ausschreitungen in Deutschland zeigten, auch wenn sie weiter auf einen politischen Kurs setzt.

Die türkische **Islami sche Gemei nschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)** stellt die stärkste Kraft im Islamismus dar. Ebenso wie in der Türkei versucht sie, die Macht nicht mit gewaltsam-revolutionären Mitteln, sondern auf politischem Wege zu erringen. Dabei verfolgt sie mit ihrer extremistischen Ideologie eine Doppelstrategie. Nach außen stellt sie sich als tolerant und verfassungstreu dar, intern agitiert sie gegen die westlich-demokratischen Werte. Ihre Mitglieder und Anhänger versucht sie mit möglichst umfassenden Betreuungsangeboten und Schulungsmaßnahmen einzubinden.

Der türkisch-islamistische **Kal i fatsstaat** agitierte weiter offen antidemokratisch. Der Leiter Metin Kaplan wurde wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Haftstrafe von vier Jahren, ein weiterer Funktionär wegen Mittäterschaft zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Obwohl die linksextremistischen türkischen Gruppen aus persönlichen und ideologischen Gründen zerstritten sind, führten sie einen gemeinsamen Kampf gegen die Veränderung der Haftbedingungen. Sie fürchten, ihren Einfluss auf die Häftlinge zu verlieren.

Arabische Gruppen, die sich sonst nach außen ruhig verhalten, demonstrierten anlässlich der gewalttätigen Auseinandersetzungen von Palästinensern mit israelischen Sicherheitskräften u.a. mit einem Protestmarsch von etwa 2.800 Personen in Frankfurt am Main.

An einer internationalen Großveranstaltung mit rund 10.000 Teilnehmern aus der islamischen Welt am 24./25. Juni in den Messehallen Kassel beteiligten sich zahlreiche Islamisten.

Die Zahl der erkannten Mitgliedschaften im Ausländerextremismus stieg in Hessen deutlich an. Dieser Zuwachs liegt im Wesentlichen im Bereich der islamistischen Türken, die mit deutlichem Abstand den zahlenmäßigen Schwerpunkt in diesem Extremismusfeld darstellen. Die erhöhten Mitgliederzahlen dürften im Wesentlichen mit verstärkten Aufklärungsbemühungen der Sicherheitsbehörden zusammenhängen und nicht mit einem tatsächlichen Anstieg der Anhänger.

Mitgliedschaften in extremistischen Ausländer-
organisationen *

	2000	1999	1998
Linksextremistische Kurden			
Hessen	1.300	1.300	1.000
Bund	12.400	12.400	11.900
Linksextremistische Türken			
Hessen	600	600	600
Bund	4.250	4.850	5.100
Islamistische Türken			
Hessen	3.200	2.700	2.700
Bund	28.100	28.150	28.400
Nationalistische Türken			
Hessen	500	500	500
Bund	7.800	7.800	7.500
Sonstige			
Hessen	400	300	300
Bund	6.200	6.500	6.200
Summe			
Hessen	6.000	5.400	5.100
Bund	58.750	59.700	59.100

* Die Zahlen sind gerundet.

KURDEN: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Gründung:	1978
Vorsitzender:	Abdullah Öcalan (in Haft) Leitung durch Präsidialrat
Mitglieder:	In Hessen 1. 300, bundesweit 12. 400
Publikationen (Auswahl):	Serxwebun (Erscheinungsweise monatlich), Kurdistan-Report (Erscheinungsweise zweimonatlich), Sprachrohr ist die Tageszeitung Özgür Politika

Die von Abdullah Öcalan als marxistisch-leninistische Organisation mitbegründete **PKK** kämpfte ursprünglich für die Errichtung eines unabhängigen Staates Kurdistan. Dazu führte sie seit 1984 im Südosten der Türkei einen blutigen Guerillakrieg, in dem über 30.000 Menschen ihr Leben verloren. Nachdem bundesweit massive Gewalttaten von **PKK**-Anhängern verübt worden waren, verhängte 1993 der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot über die **PKK**. Seitdem sind ihr jegliche Aktivitäten, auch gewaltfreie, untersagt und sind strafrechtlich zu ahnden.

Die straff organisierte und hierarchisch strukturierte **PKK** ist in Deutschland, das den eindeutigen **PKK**-Schwerpunkt in Europa bildet, in sieben Regionen gegliedert. Diese teilen sich in Gebiete, Teilgebiete und gegebenenfalls Stadtteile auf. In Hessen bestehen die **PKK**-Gebiete Kassel, Gießen, Frankfurt am Main, Mainz/Wiesbaden und Darmstadt. Sie gehören zur **PKK**-Region Süd bis auf Kassel (Region Nord). Ab der Gebietsebene aufwärts arbeiten hauptamtliche Funktionäre, die konspirativ vorgehen und häufig ausgetauscht werden.

Obwohl nur eine Minderheit der Kurden in Deutschland der **PKK** zuzurechnen ist, tritt die Organisation mit einem Alleinvertretungsanspruch für alle Kurden auf. Dabei versucht sie - und dies verstärkt nach der erklärten Aufgabe des bewaffneten Kampfes - sich als demokratische politische Kraft darzustellen.

Allein-
vertretungs-
anspruch



PKK-Zeichen bis 1995



PKK-Zeichen bis 2000



PKK-Zeichen ab 2000

Die Zusammenarbeit mit deutschen militanten Linksextremisten blieb begrenzt. Die **PDS** trat aktiv unterstützend auf, z.B. als Anmelderin einer zunächst für den 30. Dezember in Kassel geplanten **PKK**-Veranstaltung, die dann am 6. Januar 2001 stattfand.

YEK-KOM

Eine der auffälligsten der **PKK** zuzurechnenden Organisationen ist der Dachverband **Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM)**. Die **YEK-KOM** tritt als Anmelderin von **PKK**-Veranstaltungen auf, so bei der Demonstration von rund 20.000 **PKK**-Anhängern am 9. Oktober 1999 in Frankfurt am Main. Auch ist sie propagandistisch für die **PKK** tätig und versuchte, über mehrfache Eingaben bei den Innenministern/-senatoren die Aufhebung des **PKK**-Verbotes zu erreichen.

Weitere auffällige **PKK**-Organisationen sind u.a.:

- der „**Verband der StudentInnen aus Kurdistan**“ (**YXK**),
- die „**Union der Jugendlichen aus Kurdistan**“ (**YCK**) und
- die „**Partei der freien Frauen**“ (**PJA**, früher **EJAK** bzw. **PJKK**)

Auch der international tätige „Kurdische Nationalkongress“ (**KNK**) ist von der **PKK** dominiert.

PKK-Propagandaorgane

Für ihre Propaganda nutzt die **PKK** vor allem den Fernsehsender „**MEDYA-TV**“ und die Tageszeitung „**Özgür Politika**“.

„**MEDYA-TV**“ ist der Nachfolger von „**MED-TV**“, dem 1999 von der zuständigen britischen Aufsichtsbehörde wegen Gewaltaufrufen die Sendelizenz entzogen worden war. Seit dem 19. Juni sendet zusätzlich auf derselben Frequenz der Sender „**me tv**“.

Die türkischsprachige „**Özgür Politika**“, die an zahlreichen Zeitungsverkaufsstellen erhältlich ist, erscheint in Neu-Isenburg. Das Blatt veröffentlicht Hinweise und Aufrufe zu **PKK**-Veranstaltungen und berichtet distanz- und kritiklos über die **PKK**. Die Zeitung ist das Sprachrohr der **PKK**. Sie vermittelt den Lesern und Anhängern der **PKK** die Parteilinie, indem sie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Festnahme Öcalans 1999 die Schlagzeilen brachte: „Es gibt nichts mehr zu sagen.“ Danach begannen die gewalttätigen Aktionen der **PKK** in Europa.



Am 12. Januar durchsuchten Polizeibeamte die Redaktionsräume und die Wohnungen verschiedener Mitarbeiter. Ein mit Haftbefehl gesuchter **PKK**-Aktivist wurde festgenommen.

Nachdem Öcalan 1998 Syrien verlassen musste, konnte er am 15. Februar 1999 in Kenia nach Verlassen der griechischen Botschaft gefasst und anschließend in der Türkei wegen Hochverrats und mehrfachen Mordes zum Tode verurteilt werden. Nach Ausschöpfung des Rechtsweges klagte Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Das Gericht erklärte am 15. Dezember die Klage für zulässig. Bereits im Januar hatte die türkische Regierung den Beschluss gefasst, das eigene Verfahren (Bestätigung des Urteils durch das Parlament und den Staatspräsidenten) vorerst nicht weiter zu betreiben.

Unmittelbar nach der Ergreifung Öcalans kam es europa- und vor allem bundesweit zu einer Welle der Gewalt durch **PKK**-Anhänger. In einer Erklärung des **PKK**-Zentralkomitees wurde dazu aufgerufen, „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen Einrichtungen der Türkei vorzugehen. Der Feind müsse „aufgegeben“ werden. Auch in Hessen kam es zu schweren Ausschreitungen. In Frankfurt am Main wurden das griechische Generalkonsulat sowie das kenianische Fremdenverkehrsamt von jeweils 80 bis 100 **PKK**-Anhängern besetzt. Dabei drohten die Besetzer u.a., Angestellte aus dem Fenster des vierten Stockes zu werfen und die Räumlichkeiten und sich anzuzünden, wenn die Polizei eingreife.

Nach seiner Festnahme und deutlicher Schwächung der **PKK**-Guerilla durch die türkische Armee verstärkte Öcalan sein Abrücken von einer militärischen Strategie hin zu einer politischen Lösung. Der neu gebildete **PKK**-Präsidialrat folgte seinem Befehl, den 15-jährigen bewaffneten Kampf einzustellen und die Guerilla-Kräfte aus der Türkei zurückzuziehen.

Der 7. Parteikongress der **PKK** im Januar, der Öcalan einstimmig zum Vorsitzenden wiedewählte, bestätigte die neue Strategie. Anstelle der bisherigen bewaffneten Auseinandersetzung trete ein „demokratisch-politischer Kampf“, der militärische Arm bleibt jedoch bestehen. Die **PKK** hat keineswegs die Waffen niedergelegt, vielmehr wurden die bewaffneten Einheiten weitgehend aus der Türkei zurückgezogen. Der Präsidialrat erklärte den Fortbestand der militärischen Einheiten wie folgt: „Es wurde als angemessen erachtet, ihre Existenz in Verbindung mit der Demokratisierung in der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage zu sehen.“ Damit bleibt im Hintergrund die Option und versteckte Drohung erhalten, auch wieder Gewalt einzusetzen, falls bei der Lösung der Kurdenfrage keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden.

1999 schwere Ausschreitungen

Einstellung des bewaffneten Kampfes

Gewaltoption



Die Glorifizierung des Kampfes bleibt: **PKK-Guerilla** in den Bergen

Als politische Ziele werden jedoch nicht mehr ein separater Kurdenstaat, sondern Anerkennung einer kurdischen Identität, insbesondere der Sprache und Kultur, gefordert. Von besonderer Bedeutung ist hierbei das weitere Schicksal von Öcalan.

Interne Unzufriedenheit

Der Kurs der Partei führte zu starker Unzufriedenheit innerhalb der Anhängerschaft, da der bewaffnete Kampf, der so viele Opfer gekostet hat, trotz großer Zugeständnisse ohne Gegenleistung eingestellt wurde. Erkennbar ist, dass die **PKK**-Anhänger in Deutschland jederzeit bereit sind, einen bewaffneten Kampf zu unterstützen. Die **PKK** ist auch weiterhin in der Lage, in Deutschland und der Türkei schwere Ausschreitungen und Terrorakte zu verüben.

In einer sogenannten „Volksversammlung“, an der in Frankfurt am Main im Juni rund 450 Personen teilnahmen, wurden deutliche Drohungen ausgesprochen, da die **PKK** fast keine Hoffnung mehr auf eine friedliche Lösung in der Türkei habe. Man sei auf den Krieg vorbereitet.

Totalitäre Ausrichtung bleibt

Während die **PKK** sich nach außen als demokratischer Gesprächspartner aufführt, bekräftigen neue Parteistatuten die totalitäre Ausrichtung der Organisation nach innen. Danach ist das Mitglied eine Person, die „innerhalb eines Parteiorgans den ganzen Tag am Leben und den taktischen Durchführungen der Partei teilnimmt, eine Person, die ununterbrochen, ohne Vergütung, ohne Vorteile zu erlangen, mit tiefer Begeisterung und unendlicher Opferbereitschaft arbeitet.“ Jedes Mitglied „kämpft für den Sozialismus und ist ein Internationalist“.

Zu welchen brutalen Mitteln die **PKK** bereit ist, die Disziplin ihrer Anhänger zu erhalten, zeigt die Tötung eines ehemaligen Guerillakämpfers 1999, der nach im Einsatz erlittenen Verletzungen querschnittsgelähmt blieb und in Bremen lebte. Da seine Verbindung zu einer 18-jährigen **PKK**-Anhängerin von der Organisation nicht geduldet wurde, überfuhren **PKK**-Anhänger ihn mehrfach mit einem PKW und erschlugen ihn. Die 18-jährige wurde erstickt. Der Prozeß gegen die mutmaßlichen Täter begann im August.

Zur Finanzierung des Parteiapparates, der Propaganda sowie ihrer Aktivitäten benötigt die **PKK** erhebliche Geldsummen. Diese werden durch Mitgliederbeiträge, Einnahmen aus Veranstaltungen und den Verkauf von Publikationen erbracht. Darüber hinaus ist bekannt, dass die **PKK** auch bei kriminellen Kurden, z.B. bei Drogenhändlern, höhere Geldsummen abschöpft. In der erneut jährlich stattfindenden „Spendenkampagne“ werden den einzelnen Parteigliederungen hoch angesetzte Summen vorgegeben, die in der Vergangenheit auch mit Drohungen oder brutaler Gewalt eingetrieben wurden. Seit 1999 ist ein solches Vorgehen deutlich zurückgegangen. Nicht auszuschließen ist ein zumindest indirekter Druck durch das Erscheinen von **PKK**-Aktivisten, die z.B. als ehemalige Guerillakämpfer oder als mehrfache Gewalttäter bekannt sind. Die jedenfalls veränderte Sammelpraxis in Verbindung mit der Abkehr vom bewaffneten Kampf führte bereits 1999 zu einem massiven Einbruch bei den Spendenergebnissen, der sich in diesem Jahr fortsetzte.

Wie in der Vergangenheit mobilisierte die **PKK** ihre Anhänger zu Großveranstaltungen. Zum Jahrestag der Festnahme Öcalans wurde eine europaweite Demonstration in Straßburg mit rund 16.000 Teilnehmern durchgeführt. An einer Großdemonstration für Öcalan, für die auch mit einem Hinweis auf den schlechten Gesundheitszustand mobilisiert wurde, beteiligten sich am 24. Juni in Düsseldorf rund 25.000 **PKK**-Anhänger. Zu einem „Internationalen Festival für Demokratie und Frieden“, dem jährlich stattfindenden Kurdistanfestival, kamen am 2. September in Köln mehr als 50.000 Personen zusammen. Zu einer Großdemonstration anlässlich der Verhandlung von Öcalan vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, für die ebenfalls in mehreren europäischen Ländern mobilisiert worden war, erschienen am 21. November in Straßburg rund 20.000 **PKK**-Anhänger. Hier wurden „Entschuldigungsschreiben“ zur Abgabe an den Schulen bekannt, mit denen Schulkinder rechtswidrig an diesem Tag dem Unterricht fernblieben.

PKK-Großveranstaltungen

Auch wenn dies noch immer sehr große Teilnehmerzahlen sind, ist doch festzustellen, dass bei vergleichbaren Veranstaltungen in der Vergangenheit teilweise eine größere Beteiligung erreicht wurde. Auch hier zeigt sich die Unzufriedenheit der **PKK**-Basis.



Wie in den vergangenen Jahren führte die **PKK** auch in Hessen Veranstaltungen mit mehreren hundert Teilnehmern anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ im März durch. In Gießen beteiligten sich rund 600, in Frankfurt am Main an zwei Veranstaltungen rund 300 bzw. 250 und in Darmstadt rund 300 Personen. Zu einer zentralen Großveranstaltung kam es in Hessen in diesem Jahr nicht.

Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilte einen mittelhessischen **PKK**-Funktionär u.a. wegen Erpressung einer Geldspende für die **PKK** im Jahr 1998 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten. Das Gericht stellte fest, dass eine zur Bewährung ausgesetzte Vorstrafe den **PKK**-Funktionär „völlig unbeeindruckt“ gelassen habe.

Verurteilungen

Im August verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main zwei an der Besetzung des kenianischen Fremdenverkehrsamtes in Frankfurt am Main beteiligte **PKK**-Anhänger. Ein Verurteilter erhielt wegen Geiselnahme und Verstoß gegen ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot eine Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten. Gegen den Zweiten wurde wegen Freiheitsberaubung und Verstoß gegen ein vereinsrechtliches Betätigungsverbot eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren zur Bewährung verhängt. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt.

Was ist Islami smus ?

Islamismus (= Islamischer Extremismus) ist eine politische Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, in der auch jedes staatliche Handeln dem islamischen Gesetz unterworfen ist. Mit der Durchsetzung islamistischer Positionen in Deutschland wird versucht, Grundrechte von Muslimen einzuschränken und eine Parallelgesellschaft zu errichten.

Islamisten, die nur einen Teil der Muslime darstellen, glauben sich im Besitz einer allumfassenden Wahrheit. Mit ihrem doktrinären Anspruch auf Unveränderbarkeit des Islam treten sie für die Errichtung eines „Gottesstaates“ ein und lehnen die Rechtsordnung in der westlichen Welt ab. Die unser Rechtssystem prägenden Menschenrechte haben dem islamischen Gesetz zu weichen. Das Menschenrechtsverständnis des Grundgesetzes mit dem zentralen Wert der allen Menschen prinzipiell gleichen Würde und Gleichwertigkeit, der den Ausgangspunkt der anderen Grundrechte darstellt, steht im Gegensatz zum Islamismus. Entscheidend ist für diesen allein die Zugehörigkeit zur islamischen Glaubensgemeinschaft, die auch über den rechtlichen Status des Einzelnen entscheidet.

Die politischen Vorstellungen von Islamisten, wonach ihre Interpretation von Koran und Scharia entscheidend ist, alle Lebensbereiche umfasst und der staatlichen Verfassung übergeordnet ist, sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar.

Der Verfassungsschutz beobachtet nicht den Islam als Religion. Muslime genießen selbstverständlich, wie Anhänger anderer Religionen auch, den Grundrechtsschutz der Religionsfreiheit. Dieser deckt aber nicht verfassungsfeindliche Erscheinungsformen des Islam.

AUSLÄNDER-
EXTREMI SMUS

TÜRKEN – Islami smus:

Islami sche Gemei nschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Gründung:	1985
Hess. Vorsitzender:	Ibrahi m Gümüsogl u
Bundsvorsitzender:	Dr. Yusuf I si k (kommissarisch)
Mitglieder:	In Hessen 3. 000, bundesweit 27. 000
Publikationen:	Milli Görüs & Perspekti ve (Erscheinungsweise monatlich), Sprachrohr ist die Tageszeitung Milli Gazete

Die I G M G ist mit Abstand die mitgliederstärkste und einflussreichste islamistische Organisation in Deutschland. Sie ist weltweit vertreten und hat ihren Schwerpunkt in Deutschland. Sie ist eng verbunden mit der von ihr unterstützten islamistischen **Tugendpartei (FP)** in der Türkei. Diese ist die Nachfolgeorganisation der 1998 verbotenen islamistischen **Wohlfahrtspartei (RP)**, die die in der Verfassung festgeschriebene laizistische Staatsordnung der Türkei (Trennung von Staat und Religion) beseitigen und ein auf Koran und Scharia basierendes Staats- und Gesellschaftssystem errichten wollte. Wie in der Vergangenheit nahmen auch im Berichtsjahr zahlreiche **RP/FP-Funktionäre** aus der Türkei an I G M G-Veranstaltungen in Deutschland teil. So besuchte eine frühere **FP-Abgeordnete**, die wegen Verstoßes gegen das Kopftuchverbot ihren Parlamentsitz in Ankara verloren hatte und deswegen als Symbolfigur des Islamismus gilt, die „Islamische Föderation Hessen“, die als Landesverband der I G M G anzusehen ist.

Stärkste
islami stische
Organi sati on

Ebenso wie in der Türkei will die I G M G als wichtigste Kraft im Islamismus die Macht nicht mit gewaltsam-revolutionären Mitteln, sondern auf politischem Wege erringen. Sie verfolgt dabei eine Doppelstrategie. Nach außen spricht sie von Toleranz, Religionsfreiheit, stellt sich gemäßigt, dialogbereit dar und gibt verbale Bekenntnisse zum Grundgesetz ab, nachdem in der Vergangenheit offen islamistische und auch antisemitische („zionistische Vampire“, so das I G M G-Sprachrohr; am 14. Oktober erschien „Milli Gazete“ mit der Schlagzeile „Verflucht sei Israel!“) Aussagen und Forderungen auf Kritik gestoßen waren. Aus taktischen Erwägungen vermeidet sie in der Öffentlichkeit nach Möglichkeit extremistische Aussagen – nicht zuletzt auch, um gegenüber den Verfassungsschutzbehörden keine Angriffsflächen zu bieten.



Doppel -
strategi e

Intern agitiert sie – basierend auf einer islamistischen Interpretation von Koran und Scharia – gegen die westlich-demokratischen Werte. Sie versucht, auf das Leben ihrer Anhänger möglichst umfassend Einfluss zu nehmen und ihren Vorstellungen nach zu gestalten.

Für einzelne Zielgruppen unterhält die I GMG eigene Organisationen, wobei sie einen besonderen Schwerpunkt auf Einflussnahme bei den türkischen Jugendlichen setzt, die sie auch mit zahlreichen Freizeitangeboten und Aktivitäten an sich zu binden versucht. So bietet sie in den Sommerferien mehrwöchige „Sommer Schulen“ an, um die „kulturelle und religiöse Struktur“ der Jugendlichen zu schützen.

Geschickt und erfolgreich agiert die I GMG, die nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland repräsentiert, im politischen und gesellschaftlichen Raum, wobei sie sich als seriöser Ansprechpartner präsentiert. Sie nimmt Einfluss auf islamische Dachverbände, unter deren Deckmantel sie nach außen wirkt. Im Islamrat für Deutschland, dem auch mehrere nicht extremistische Organisationen angehören, hat sie eine dominierende Stellung. Der ehemalige stellvertretende Generalsekretär der I GMG, Hasan Özdoğan, ist Vorsitzender. Im „Zentralrat der Muslime Deutschlands“ (ZMD) ist Ibrahim El-Zayat als Vorsitzender der islamistischen „Muslimbruderschaft“ (MB) zuzurechnenden „Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e. V.“ (MSV) vertreten.

Agi tati on
i m pol i ti schen
Raum



Ti tel sei te der
I GMG-Publ i kati on
„Mi l l i Görüş
& Perspekti ve“:
I GMG-Genera l -
versamml ung am
3. Juni i n Köl n

Symbollfigur der I GMG ist Prof. Necmettin Erbakan, früher langjähriger Vorsitzender der RP und ehemaliger türkischer Ministerpräsident, der in der Türkei im März wegen Volksverhetzung zu einem lebenslangen Verbot politischer Betätigung verurteilt wurde. Dr. Mehmet Sabri Erbakan, ein Neffe Prof. Erbakans, ist der Generalsekretär der I GMG.

An einer europaweiten Funktionärsversammlung am 30. April in Frankfurt am Main beteiligten sich rund 2.000 Personen. Über den türkischen TV-Sender „Kanal 7“ sprach Prof. Erbakan zu den Anwesenden.

An der 6. Generalversammlung der I GMG am 3. Juni im Müngersdorfer Stadion in Köln beteiligten sich rund 30.000 Personen (im Vorjahr 40.000), darunter auch Besucher aus dem Ausland. Der Auftritt von Prof. Erbakan wurde begeistert gefeiert. Bei der Veranstaltung, die unter dem Motto „Weltweite Menschenrechte“ stand, wurde streng nach Geschlechtern getrennt. Transparente enthielten u.a. die Aufschriften: „Wir wollen islamischen Religionsunterricht“ und „Wir wollen (k)ein Aus(in)länderrecht“. Auf türkisch wurde skandiert: „Ich bin stolz, ein Türke zu sein.“

Am 5. Europäischen Jugendtag der I GMG am 14. Oktober in Essen nahmen rund 5.000 Jugendliche aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland teil. Der ehemalige türkische Justizminister Sevkett Kazan machte als Gastredner in seinem Vortrag die Juden für die desolante Wirtschaftslage in der Türkei verantwortlich.

Die I GMG empfahl ihren Mitgliedern die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, um größeren Einfluß zugunsten der I GMG ausüben und so besser islamistische Positionen durchsetzen zu können.

Der Kalifatsstaat

Gründung:	1984
Vorsitzender:	Metin Kaplan
Mitglieder:	In Hessen 200, bundesweit 1. 100
Publikation:	Ümmet-i Muhammed (Erscheinungsweise wöchentlich)

Der Kalifatsstaat wurde vom Vater des jetzigen Leiters als **Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (ICCB)** gegründet. Nach dessen Tod übernahm Metin Kaplan 1995 die Führung der Organisation. Der Organisation steht für ihre Propaganda mit „HAKK-TV“ (Wahres Islamisches Fernsehen) auch ein eigener Satelliten-Fernsehsender zur Verfügung.

Offen erklärte Ziele des isoliert-abgeschotteten **Kalifatsstaates** sind der Umsturz in der Türkei, die Errichtung eines islamistischen Staates („Kalifatsstaat“) auf der Grundlage von Koran und Scharia und schließlich die Weltherrschaft des Islam. Der Verband agitiert strikt antidemokratisch („Es lebe die Hölle für die Ungläubigen! Und nieder mit allen Demokratien und allen Demokraten!“, Ümmet-i Muhammed, 24. Februar) und antisemitisch.

In seiner Propaganda schreckt der **Kalifatsstaat** auch nicht vor dem Einsatz von Kindern zurück. So trug in „HAKK-TV“ am 30. April ein Junge ein Gedicht vor, in dem es u.a. heißt:

„Indem Du mich ins Gefängnis wirfst, kannst Du mich nicht zum Schweigen bringen, denn ich trage Glauben in meinem Herzen... Auch wenn Du meinen wertlosen Körper im Gefängnis verfaulen lässt, kannst Du die auf diesem Weg Marschierenden nicht vernichten... Auch wenn Du mich in Ketten legst, werde ich diesen Weg bis zum Ende gehen und nicht abweichen, ich habe Allah versprochen, dass ich Soldat des Kalifatsstaates bin. Du solltest wissen, dass mein Wunsch das Märtyrertum ist.“

Am 15. November verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Kaplan wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren. Ein weiterer Funktionär, der sich dem Urteil durch Flucht entzog, wurde in Abwesenheit wegen Mittäterschaft zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. 1996 hatten die beiden **Kalifatsstaat**-Funktionäre zur Tötung eines Kaplan-Konkurrenten aufgefordert.

Anti demokratische
agitation

Agitation auch
mit Kindern:



Demonstration von „Kalifatsstaat“-Anhängern am 4. November in Düsseldorf

Während des Prozesses führte der als Zeuge vernommene Jugendmir von Hessen aus:

„Wenn eine Gesetzesbestimmung der Scharia entspricht, wird sie befolgt. Wenn nicht, wird sie nicht befolgt... Der Koran ist das Maß aller Dinge. Denn er beinhaltet Gottes Gesetz. Alle anderen Gesetze sind nur von Menschen gemacht... Ein Muslim kann sich nicht an Gesetze halten, die nicht von Gott sind... Unser Bestreben ist, dass sie es mit Nachsicht behandeln, wenn wir ihre Gesetze nicht einhalten.“

Vor der Urteilsverkündung hatten am 4. November etwa 4.000 Anhänger des **Kalifatsstaates**- strikt nach Geschlechtern getrennt - in Düsseldorf für die Freilassung Kaplans protestiert. Etliche Kinder trugen Schilder mit den Aufschriften: „Auch wird sind Metin Kaplan!“, „Verhaftet auch uns!“

TÜRKEN – Linksextremi smus:

Revoluti onäre Volksbefrei ungspartei -Front“ (DHKP-C)
und Türki sche Volksbefrei ungspartei /-front-
Revoluti onäre Linke (THKP/-C-Devri mci Sol)

Beide revolutionär-marxistische Organisationen sind verfeindete Flügel der verbotenen **Devri mci Sol** (Revolutionäre Linke). Ihr Ziel ist die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates. Der Bundesminister des Innern verbot 1998 die mitgliederstärkere **DHKP/-C** als Ersatzorganisation der **Devri mci Sol** und erließ gegen die **THKP/-C-Devri mci Sol** ein Betätigungsverbot.

Die bis 1998 blutig und mit großer Gewalt, teilweise mit Schusswaffen, ausgetragenen Auseinandersetzungen der beiden Gruppierungen wurden in dieser Form nicht weitergeführt. Entscheidend dafür dürfte - neben der zurückgegangenen Bedeutung der **THKP/-C- Devri mci Sol** - der sehr starke Strafverfolgungs-

Verfol gungs- druck

druck sein. Es erfolgten zahlreiche Festnahmen und Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen von **DHKP/-C-** Aktivisten und hochrangigen Führungsfunktionären.

Aufgrund des Organisationsverbotes und des starken Drucks der Strafverfolgungsbehörden fand auch die diesjährige Großveranstaltung der **DHKP/-C** mit rund 4.000 Teilnehmern in Belgien statt.

Agi tati ons- thema Kl ei nzel I en

Beherrschendes Agitationsthema der türkischen Linksextremisten war eine Kampagne gegen die Einführung von Kleinzellen in türkischen Gefängnissen anstelle der Unterbringung in Massensälen. Dadurch fürchten sie die Einflussmöglichkeiten auf ihre einsitzenden Anhänger zu verlieren. In der Türkei kam es zu großangelegten Hungerstreiks von inhaftierten Linksextremisten. Durch bewaffnete Häftlinge gab es Gefängnisbesetzungen, deren Beendigung durch türkische Sicherheitskräfte im Dezember zahlreiche



Tote forderte. In Deutschland kam es durch türkische Linksextremisten zu Besetzungen, Kundgebungen und „Solidaritäts-Hungerstreiks“. Hauptorganisatoren waren die Vorfeldorganisationen „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (DETUDAK), in dem die DHKP/-C mit anderen türkischen linksextremistischen Organisationen zusammenarbeitete, sowie das von der DHKP/-C gebildete „Komitee gegen Isolationshaft“ (IKM). Überwiegend verliefen die Aktionen gewaltfrei. Eine der größten Demonstrationen wurde in Frankfurt am Main am 16. Dezember mit rund 1.600 Teilnehmern aus dem Bundesgebiet durchgeführt.

Polizeikräfte konnten während des Hessentages acht Devrimci Sol - Anhänger kurz vor einem Treffen des hessischen Ministerpräsidenten mit dem türkischen Minister für die Auslandstürken und dem türkischen Generalkonsul am 16. Juni in Hünfeld festnehmen. Die Devrimci Sol -Aktivisten, die u.a. bereits wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Freiheitsberaubung und Verstoßes gegen das Vereins- und Waffengesetz in Erscheinung getreten sind, führten u.a. Farbbeutel und Agitationsmaterial mit sich.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte am 8. Juni zwei Devrimci Sol -Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und drei Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten. Bei ihrer Festnahme war in ihrem Fahrzeug u.a. eine Maschinenpistole mit 25 Schuss Munition aufgefunden worden.

Türkische Kommunistische Partei /Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Ziel der linksextremistischen TKP/ML, die sich zum Marxismus-Leninismus und Maoismus bekennt, ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft. Ihr militärischer Arm, die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO), verübt terroristische Guerillaaktionen in der Türkei.

Seit Jahren ist die TKP/ML in organisatorisch voneinander unabhängige und rivalisierende Flügel gespalten: den dominierenden „Partizan“-Flügel und das Ostanatolische Gebietskomitee (DABK). Beide Flügel unterhalten auf deutscher und europäischer Ebene Basisorganisationen. Zum „Partizan“-Flügel gehören die Konföderation der Arbeiter



Revolutionär-marxistisch:
Glorifizierung
des TKP-ML
Gründers Ibrahim
Kaypakkaya

Festnahmen

aus der Türkei in Europa (ATI K) und die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATI F).

Beide Flügel, die sich auch an den Solidaritätsaktionen zugunsten hungerstreikender Häftlinge in der Türkei beteiligten, führten wie alljährlich Gedenkveranstaltungen für den Parteigründer Ibrahim Kaypakkaya mit rund 6.000 („Parti zan“-Flügel) bzw. 3.000 (DABK) Teilnehmern durch.

In Hessen fanden Veranstaltungen von ATI K und ATI F statt, darunter in Frankfurt am Main der ATI K-Jahreskongreß vom 21. bis 23. April mit rund 350 Personen und eine ATI K-Propagandaveranstaltung mit der Jugendorganisation Neue Demokratische Jugend (YDG) am 4. November mit mehr als 1.000 Teilnehmern.

Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e. V. (DI DF)

Die revolutionär marxistische DI DF, Basisorganisation der Revol uti onären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP), feierte am 6. Mai in der Dortmunder Westfalenhalle ihr 20jähriges Bestehen mit mehr als 10.000 Teilnehmern.

Die Diskussion über den Rechtsextremismus nutzte sie zur Agitation: Rassismus werde auch durch die Ausländerpolitik der Bundesregierung gestärkt, das Ausländergesetz sei rassistisch. Der Grund allen Übels sei jedoch der Kapitalismus.

TÜRKEN – Nationalismus:

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)

Mitgliederstärkste extrem-nationalistische türkische Organisation in Deutschland ist die 1978 gegründete ADÜTDF, deren bundesweit etwa 7.800 Anhänger auch als Graue Wöl fe bezeichnet werden.

In der Juni-Ausgabe des Verbandsorgans erschien ein Artikel mit rassistischer und nationalistischer Agitation. Die „türkische Rasse“ wird als „Herrenrasse“, andere dagegen als defekt und missgestaltet dargestellt. Jeder, der versuche, dem türkischen Volk zu schaden, werde zerstört.

Der ADÜTDF-Vorsitzende Cemal Cetin mahnte, die im Ausland lebenden Türken müssten ihre türkische Identität bewahren, eine Assimilation müsse verhindert werden.

Im Rahmen der von der ADÜTDF bundesweit organisierten Veranstaltungsreihe „Einheits- und Gemeinsamkeitsabend“ fanden im Februar Musik- und Kulturveranstaltungen statt, u.a. in Michelstadt mit rund 2.500 Teilnehmern.

Rassisti sche
Agi tati on

ARABER

Die meisten arabisch-islamistischen Gruppierungen konzentrieren sich auf die politischen Verhältnisse und aktuellen Ereignisse in den Heimatländern. Im Hinblick auf den dort oft mit terroristischen Mitteln geführten Kampf ihrer islamistischen Brüder wird Deutschland primär als Ruheraum gesehen. Die 1928 in Ägypten gegründete multinationale **Muslimbruderschaft (MB)** ist in Deutschland vor allem durch die **Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)** vertreten. Sie unterhält bundesweit **Islamische Zentren**, darunter auch in Frankfurt am Main.

Die Terrororganisation **Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)** ist der palästinensische Zweig der **Muslimbruderschaft**. In Deutschland tritt sie nach außen als **Islamischer Bund Palästina (IBP)** auf. Ziel ihrer Terroraktionen im Nahen Osten ist die Vernichtung Israels. Ein führendes **HAMAS**-Mitglied erklärte im Oktober während der Unruhen in den israelisch besetzten Palästinenser-Gebieten: „Wir kommen nach Tel Aviv. Wir kommen an jeden Ort Palästinas, um es von Juden zu reinigen.“

Vernichtung
Israels



Die libanesische **Hizb Allah (Partei Gottes)**, die eng mit dem iranischen Regime verbunden ist, verübt im Heimatland Terroranschläge gegen Israel. **Hizb Allah**-Anhänger beteiligen sich am jährlich in Berlin stattfindenden Ghods-(Jerusalem) Tag. Dort nahmen an einer Kundgebung im Dezember rund 2.500 Islamisten teil.

Die **Islamische Heilfront (FIS)**, der Zweig der **MB** in Algerien, verfolgt weiter islamistische Ziele, auch wenn ihr bewaffneter Arm, **Islamische Heilsarmee (AIS)** z.Zt. keine Gewaltaktionen durchführt. Die algerische **Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)** verübt im Heimatland grausamste Morde an der Zivilbevölkerung. Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilte im Juni einen 22 Jahre alten Algerier wegen vierfachen versuchten Mordes zu 14 Jahren Freiheitsstrafe. Der mutmaßliche **GIA**-Anhänger hatte 1999 bei einer Fahrzeugkontrolle durch die Polizei ohne jede Warnung geschossen. Vier Beamte wurden teilweise schwer verletzt.



Web-Site
Hizb Allah

Die **Arabischen Mudjahedin** bilden ein internationales Netzwerk von Islamisten, die zum Teil in Afghanistan gekämpft haben oder dort ausgebildet wurden und im Rahmen des bewaffneten „Heiligen Krieges“ u.a. in Bosnien und Tschetschenien im

Waffenfunde in Frankfurt am Main

Einsatz waren. Es gibt Hinweise auf Verbindungen zur Terrororganisation **Al Qai da** des von Afghanistan gestützten saudischen Multimillionärs Usama Bin Laden. In Frankfurt am Main konnten im Dezember bei einer Gruppe arabischstämmiger Islamisten unterschiedlicher Nationalität Waffen, Munition und erhebliche Mengen Chemikalien zur Sprengstoffherstellung sichergestellt werden.

Anlässlich der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften seit Ende September führten Angehörige islamistischer bzw. palästinensischer Gruppierungen in mehreren Städten der Bundesrepublik Protestveranstaltungen und Demonstrationen durch. An einer Veranstaltung gegen die israelische Politik beteiligten sich in Hessen u.a. am 7. Oktober an einem vom **Islami-schen Zentrum** initiierten Protestmarsch in Frankfurt am Main rund 2.800 Personen. In Essen bewarfen etwa 200 Personen Polizeibeamte und die „Alte Synagoge“ mit Steinen. Bereits in der Nacht zum 3. Oktober war von zwei jungen Männern arabischer Herkunft auf die Synagoge in Düsseldorf ein Brandanschlag verübt worden.

IRANER: Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)



Der **NWRI** ist eine von Massoud und Maryam Radjavi, die von den Anhängern kultartig verehrt werden, straff geführte Kaderorganisation. Er ist der politische Zweig der **Volksmodj ahedin Iran**, die im Irak eine mehrere tausend Kämpfer umfassende Guerillaarmee zur Bekämpfung des iranischen Regimes unterhalten und im Iran terroristische Anschläge verüben. Obwohl die Organisation kaum Rückhalt in der iranischen Bevölkerung besitzt, tritt sie in ihrer Propaganda als „einzige demokratische Alternative“ zum derzeitigen iranischen Herrschaftssystem auf. Zur Finanzierung sammeln Tarnorganisationen des

NWRI seit längerem für vorgeblich humanitäre Zwecke.

Groß- demonstration in Berlin

Gegen den Deutschlandbesuch des iranischen Staatspräsidenten Khatami wurde eine bundesweite Unterschriftenkampagne durchgeführt. Zu einer Großdemonstration am 10. Juli in Berlin wurden rund 7.000 Anhänger aus mehreren europäischen Ländern mobilisiert. Versuche, den Besuchsablauf durch militante Aktionen zu stören, konnten durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Mehrmals kam es vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main zu Protestaktionen von **NWRI**-Anhängern.

TAMILIEN: Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Die revolutionär-marxistischen LTTE führen auf Sri Lanka zur Errichtung eines eigenen Tamilenstaates einen blutigen Guerillakrieg, in dem bisher über 60.000 Menschen umgekommen sind. Dabei verüben die LTTE, die auch Kinder zum Kampfeinsatz rekrutieren, Bombenanschläge und Selbstmordattentate mit zahlreichen zivilen Opfern.

In Deutschland ist die wichtigste Aktivität der Organisation das Sammeln von Geldspenden unter Landsleuten zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka. An dem jährlich stattfindenden „Heldengedenktag“ beteiligten sich in Dortmund rund 12.000 Tamilen. Nach außen treten die LTTE unter den Bezeichnungen von Hilfs- und Tarnorganisationen wie der World Tamil Movement (WTM) auf.

SIKHS

Ziel der Sikh-Organisationen International Sikh Youth Federation (ISYF), Babbar Khalsa International (BK) und Kamagata Maru Dal International (KMDI) ist die Errichtung eines unabhängigen Staates „Khalistan“ auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab. Diese Sikh-Gruppierungen in Deutschland unterstützen den terroristisch geführten Kampf im Heimatland vor allem durch die Beschaffung von Finanzmitteln. Weiter führten sie wie alljährlich eine gemeinsame Demonstration vor dem indischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main anlässlich des indischen Nationalfeiertages am 26. Januar durch. An einer Propagandaveranstaltung in dem wichtigen Versammlungszentrum in Frankfurt am Main beteiligten sich am 10. September rund 400 Personen.

Straf- und Gewalttaten *	2000	1999
Gewalttaten		
Tötung		
Hessen	0	0
Bund	1	1
versuchte Tötung		
Hessen	0	0
Bund	0	7
Körperverletzungen		
Hessen	0	2
Bund	40	83
Brandstiftungen		
Hessen	1	7
Bund	8	101
Sprengstoffdelikte		
Hessen	0	0
Bund	0	3
Landfriedensbruch		
Hessen	0	9
Bund	28	103
Freiheitsberaubungen		
Hessen	1	2
Bund	4	20
Raub/Erpressungen		
Hessen	0	0
Bund	35	73
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen		
Hessen	5	17
Bund	89	317
Nötigung/Bedrohung		
Hessen	4	15
Bund	61	303
Andere Straftaten		
Hessen	30	4
Bund	525	1.525
Gesamt		
Hessen	41	56
Bund	791	2.536

* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes sowie des Hessischen Landeskriminalamtes. Die Angaben für 2000 sind nur vorläufig.

SPI ONAGEABWEHR

Allgemeine Lage

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Europa im letzten Jahrzehnt waren für Hessen von besonderer Bedeutung. Durch seine „Grenzlage“ standen Land und Bürger seit Ende des Krieges im Blickpunkt fremder Nachrichtendienste. Mit Überwindung des Ost-West-Konfliktes ist die Gefahr, Zielperson eines Nachrichtendienstes zu werden, zwar deutlich gesunken, jedoch nicht gebannt.

Die Bundesrepublik Deutschland als eine der führenden Industrienationen ist nach wie vor Zielland zahlreicher Spionageaktivitäten. Der Entspannung in Europa stehen weltweit der Ausbruch neuer Krisen, die Eskalation alter Konflikte und verschärfter internationaler Wettbewerb gegenüber. Länder aus Krisenregionen streben die Stärkung ihrer Rüstung und den Besitz von Massenvernichtungswaffen an.

Die Aktivitäten von Nachrichtendiensten im Zusammenhang mit dem Thema Wirtschaftsspionage haben daher für die Spionageabwehr an Bedeutung gewonnen. Gleiches gilt für die Ausforschung und Unterwanderung hier lebender oppositioneller Personen und Organisationen durch Nachrichtendienste ihrer Herkunftsländer.

Deutschland
bleibt
bevorzugtes
Ausspähungs-
ziel

SPIONAGE - Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Mit Bildung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) zum Jahresende 1991 hörte die UdSSR auf zu existieren. Die Russische Föderation übernahm im Bereich der Nachrichtendienste die sowjetische Hinterlassenschaft. Nach Jahren des Umbaus sind sie wieder elementarer Bestandteil russischer Sicherheitsstrategie. Wladimir Putin, ehemals Angehöriger des **KGB**, wurde zum Präsidenten gewählt und erklärte öffentlich, auf die Hilfe ehemaliger oder aktiver Kollegen des Geheimdienstes vertrauen zu wollen.

Russland:
KGB weiterhin
Vorbild

Wichtigste Auslandsnachrichtendienste der Russischen Föderation sind **SWR** und **GRU**. Ihre Aufgaben sind zivile und militärische Auslandsaufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär sowie Gegenspionage. Der „**Föderalen Agentur für Regierungsfernmelwesen und Information**“ (**FAPSI**), wurde die Fernmelde- und elektronische Auslandsaufklärung übertragen. Dem innerstaatlichen Abwehr- und Sicherheitsdienst **FSB** obliegen die Spionageabwehr, die Bekämpfung von Terrorismus und die organisierte Kriminalität.

Russische
Nachrichten-
und
Sicherheits-
dienste

Aufklärungsziele und Methoden

Die Aufklärungsziele Russlands entsprechen den Bedürfnissen nach Erhalt seiner Großmachtstellung und Erlangung wirtschaftlicher Stärke.

NATO- und EU-Erweiterung sowie die mit der Sicherheit Europas befassten Organisationen WEU und OSZE sind hierbei von besonderem Interesse.

Aufklärungs-
ziele: Nato-
und EU-
Erweiterung

ABWEHR

Wirtschafts- spionage

Wirtschaftsspionage, seit 1992 gesetzlicher Auftrag der Auslandsaufklärung, soll den anhaltend desolaten Zustand im eigenen Wirtschaftsbereich überwinden helfen.

Informationen über wissenschaftlich-technische Entwicklungen, die Grundlagenforschung, Kredit- und Devisenmärkte sind ebenso erforderlich, wie die Kenntnis über Produkte, Produktionsoptimierung und Preiskalkulation von Mitbewerbern am Weltmarkt.

Methoden der Aufklärung

Annäherung und Zusammenarbeit in vielen Bereichen haben die Möglichkeiten „offener Gesprächsabschöpfung“ begünstigt. Tagungen, Messen, wissenschaftliche Symposien und Vorträge werden neben allgemein zugänglichen Datenbanken und Datenetzen zur Informationsbeschaffung genutzt.

Die ausgeprägte Überwachung im innerstaatlichen Bereich ermöglicht Auswahl und Kontakt zu nachrichtendienstlich interessanten Personen. Geschäftsreisenden aus den führenden Industrienationen gilt die besondere Aufmerksamkeit. Sie sind häufig auf „Hilfestellungen“ von Vermittlern oder privaten Sicherheitsdiensten angewiesen und geraten so in Kontakt zu hauptamtlichen oder sonstigen Mitarbeitern der Nachrichtendienste.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens

Rüstungswettlauf: Nachrichtendienste im Einsatz zur illegalen Technikbeschaffung

Die anhaltende Krisensituation im Nahen und Mittleren Osten führt zu verstärkten Rüstungsbemühungen der dortigen Staaten. Neben konventioneller Waffentechnik streben sie den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen an. Zur eigenen Entwicklung häufig nicht in der Lage, versuchen sie notwendiges Wissen, Ausgangs- und Zwischenprodukte zu beschaffen. Die Bundesrepublik Deutschland, nicht im Besitz von Massenvernichtungswaffen, ist bevorzugtes Zielland solcher Versuche. Zahlreiche Produkte z.B. der chemischen Industrie sowie Entwicklungen der Luft- und Raumfahrt sind sowohl zivil als auch militärisch nutzbar (Dual-Use Güter). Den internationalen Bemühungen, die Weiterverbreitung (Proliferation) solcher Waffen zu unterbinden, begegnen zum Beispiel Iran, Irak, Libyen und Syrien mit verstärktem Einsatz ihrer Nachrichtendienste und konspirativ arbeitender Beschaffungsorganisationen.

Der Umgehung hiesiger Exportkontrollen dienen u.a. die Gründung von geheimdienstlich gesteuerten Handelsfirmen, die Verschleierung von Endabnehmern, Firmengründungen in Drittländern und die gezielte Nutzung von im Export unerfahrenen Lieferanten.

Neben anderen Behörden haben die Verfassungsschutzbehörden den Auftrag, zur Verhinderung und Aufdeckung dieser illegalen Geschäfte beizutragen.

Aufklärungsschwerpunkt: Oppositionelle

Weiteres Ziel einiger nah- und mittelöstlicher Nachrichtendienste ist die Kontrolle hier lebender und in Opposition zum Heimatland stehender Personen und Organisationen. Besonders der Iran versucht seit Jahren im westlichen Ausland lebende Oppositionspolitiker zu bekämpfen. Die gewaltorientierte „*Volksmodjahedin Iran-Organisation*“ (MEK) und deren politischer Arm, der „*Nationale Wider-*

standsrat Iran“ (NWRI) sowie hier lebende nicht regimetreue Iraner sind Ziel nachrichtendienstlicher Maßnahmen.

Nachrichtendienste der Volksrepublik China

Die VR China, um schnellen Anschluss an den Stand moderner Industrieländer bemüht, nutzt hierzu auch ihre Nachrichtendienste. Der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militärtechnik dienen neben diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch Wirtschaftsdelegationen, Journalisten und hier ansässige chinesische Firmen.

Überwiegend werden im Ausland lebende Chinesen, Studenten, Wissenschaftler und Geschäftsleute angeworben. Dies schließt jedoch die nachrichtendienstliche Anbahnung von „Ausländern“ nicht aus. Die Überwachung von Auslandschinesen, insbesondere der Dissidentengruppen, zählt zum weiteren Schwerpunkt chinesischer Geheimdienstarbeit.

Nachrichtendienste sollen Großmachtstreben untermauern

Zusammenfassung

Trotz veränderter weltpolitischer Lage halten die Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland weiter an. Auch ohne die konfrontative Komponente vergangener Jahre ist das Verlangen ungebrochen, durch Informationen die eigene Position im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu stärken.

Die Nachrichtendienste haben ihre Methoden den Gegebenheiten angepasst. Internationale Zusammenarbeit begünstigt die Beschaffung von Informationen durch „offene Gesprächsabschöpfung“. Technische Möglichkeiten erlauben das Eindringen in Informations- und Kommunikationsnetze. Ein häufig minimiertes Sicherheitsbewusstsein erleichtert den nach wie vor unverzichtbaren Kontakt zu nachrichtendienstlich interessanten Personen. Ohne Überzeichnung ist daher auf die anhaltenden Gefahren nachrichtendienstlicher Aktivitäten hinzuweisen und ein gesundes Misstrauen im privaten und geschäftlichen Bereich anzuraten.

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur durch die Aufmerksamkeit Betroffener möglich. Das LfV Hessen bietet, auch bei bestehender nachrichtendienstlicher Verstrickung, seine Hilfe an.

Beweisbare Fälle von staatlich gelenkter Ausspähung sind im Berichtszeitraum in Hessen nicht angefallen. Verdachtsfälle werden vom LfV zur Zeit überprüft und einer methodischen Bearbeitung nutzbar gemacht. Vertrauensvolle Kontakte zur hessischen Wirtschaft sind notwendig, um diese Verdachtsfälle mit Vergleichsmaterial zu untermauern.

Für die Spionageabwehr ist das Bundesamt für Verfassungsschutz nach wie vor die Auswertungszentrale und damit federführend für die allgemeine Lageeinschätzung, da es sich regelmäßig um einen Angriff einer ausländischen Macht handelt. Das gilt auch für nachrichtendienstliche Übergriffe befreundeter Mächte.

WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ

Aufklärungs- ziele

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein bevorzugtes Aufklärungsziel fremder Nachrichtendienste. Zielbereiche sind unter anderem Politik, öffentliche Verwaltung, der Verteidigungsbereich und die Rüstungsindustrie.

Dem Rhein-Main-Gebiet als Verkehrs- und Wirtschaftsachse kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

Schutz vor Ausspähung

Es gilt daher insbesondere, diejenigen Behörden und Wirtschaftsunternehmen, die mit geheimschutzbedürftigen Angelegenheiten in Berührung kommen, durch vorbeugende Maßnahmen - präventiver Geheim- und Sabotageschutz - vor einer Ausspähung zu schützen.

Zugang zu diesen schutzwürdigen Informationen sollen nur vertrauenswürdige und zuverlässige Personen erhalten. Die hierfür notwendigen Maßnahmen umfassen die zwei wichtigen Bereiche des personellen und des materiellen Geheimschutzes.

Personeller Geheimschutz

Überprüfungs- arten

Im Rahmen des personellen Geheimschutzes müssen sich Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingesetzt werden, einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Grundlage hierfür sind die Hessischen Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Landesbediensteten. Personen, die an sicherheitsempfindlicher Stelle von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen (z.B. der Flughafen Frankfurt/Main) eingesetzt werden, unterliegen einer Zuverlässigkeitsüberprüfung. An beiden Überprüfungsarten wirkt das LfV im Auftrag der zuständigen öffentlichen Stelle mit.

Eine wichtige Rolle bei diesen Überprüfungen kommt dem Geheimschutzbeauftragten der Behörde bzw. dem Sicherheitsbevollmächtigten eines Unternehmens zu.

Materieller Geheimschutz

Beratung durch den Verfassungsschutz

Aufgabe des materiellen Geheimschutzes ist es, unbefugten Personen den Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen zu verwehren. Der materielle Geheimschutz befasst sich insbesondere mit der sicheren Aufbewahrung von Gegenständen oder Erkenntnissen, unabhängig von der Darstellungsform. In diesem Sinne berät der Verfassungsschutz hessische Behörden und Wirtschaftsunternehmen über Sicherheitsmaßnahmen, zu denen

- mechanische Schutzeinrichtungen,
 - technische Überwachungseinrichtungen und
 - organisatorische Maßnahmen
- zählen.

Besonders wichtig ist es, sich gerade in Zeiten der Entspannung nicht zur Vertrauensseligkeit verleiten zu lassen und dadurch Zugangsmöglichkeiten zu schutzbedürftigen Informationen zu eröffnen.

Ein bedeutender Bereich des materiellen Geheimschutzes ist die Informations- und Kommunikationstechnologie. Eine ständige Anpassung von Sicherheitsmaßnahmen ist aufgrund der schnell fortschreitenden Entwicklung dieser Technologien erforderlich. Insbesondere im Bereich der Wirtschaft kommt diesen Technologien ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen mit schwerwiegendem Einfluss auf Schlagkraft und Erfolg weltweit auf den globalen Märkten zu.

Die einzelnen Komponenten der sich immer mehr ausweitenden globalen Vernetzung weisen zum Teil erhebliche Schwächen auf. Weil Sicherheit schon in der Phase der Entwicklung in erster Linie überwiegend nur als Betriebssicherheit gesehen wird, ist ein Teil dieser Schwächen nachträglich kaum noch zu beheben.

Angriffe auf elektronische Datensysteme, etwa durch Computerviren, können unter bestimmten Umständen die Arbeitsfähigkeit der betroffenen Behörde oder Firma – wie in der Vergangenheit schon mehrfach geschehen – lahmlegen oder erheblich erschweren. Hier gilt, es das Sicherheitsbewusstsein der Anwender zu schärfen und ihr Datensystem wirksam vor Angriffen zu schützen.



IT-Sicherheit

Dies gilt auch für moderne Kommunikationsanlagen. Dort hat der technische Fortschritt zur Digitalisierung und damit zu einer veränderten Gefährdungslage geführt. Unberechtigter Zugriff auf einzelne Komponenten einer Telefonanlage, wie z.B. Administrationsschnittstellen, Leistungsmerkmale, Konfigurations- und Systemdaten u.ä. stellt hier eine besondere Gefahr dar. Dieser Gefahr muß durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen entgegen gewirkt werden.

Ähnliche Sicherheitsaspekte sind bei der Benutzung von Mobilfunkgeräten zu berücksichtigen.

Wirtschaftsschutz

Die Bundesrepublik Deutschland als exportorientierte Industrienation ist durch Wirtschaftsspionage in besonderem Maße gefährdet. Davon sind sowohl die Großindustrie als auch mittelständische Unternehmen gleichermaßen betroffen. Die Hessische Landesregierung hat deshalb den Wirtschaftsschutz zu einem Aufgabenschwerpunkt für das LfV erklärt. Um dieser Gefahr wirksam entgegenzutreten zu können, erfolgt eine intensive Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und den Wirtschaftsunternehmen.



Ziel einer solchen Schwerpunktsetzung ist es, die nicht geheimschutzbetrente Wirtschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für dieses Thema differenziert und sachlich zu sensibilisieren, um zu einer sogenannten Sicherheitspartnerschaft zu kommen. Das LfV hatte aus diesem Grunde Vertreter der Wirtschaft, der Verbände und der hessischen Industrie- und Handelskammern zu Informationsgesprächen (Round-Table-Gespräche) eingeladen. Die positive Resonanz dieser Gespräche war Beweis dafür, dass an der Thematik großes Interesse besteht. Diese Gesprächsrunden sollen fortgesetzt werden.

Sensibilisierung der nicht betreuten Wirtschaft

Wissen ist wertvoll:

Technisches Know-how und wirtschaftliche Geschäftsgeheimnisse interessieren Konkurrenten im In- und Ausland

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, auf diesen Gebieten beratend tätig zu werden und, falls notwendig, kompetente Gesprächspartner zu vermitteln, um die Sicherheit und das Sicherheitsbewusstsein zu stärken.

WIRTSCHAFTS- UND GEHEIMSCHUTZ

SCI ENTOLOGY ORGANISATION (SO)

Eigenbezeichnung:	Church of Scientology
Gründung:	1954 in den USA, 1970 in Deutschland
Anhänger:	In Hessen 800, bundesweit 5.000 bis 6.000 (die SO behauptet höhere Zahlen, 30.000)
Zentrale Verwaltung:	Religious Technology Center (RTC) in Los Angeles
Hauptpublikationen:	Freiheit, Impact, Source

Seit 1997 wird die SO von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Ziel der SO ist die „Übernahme des Planeten“. Die Organisation, die sich selbst als Religionsgemeinschaft definiert, will eine perfekt funktionierende Welt schaffen. Grundlage dieser Ideologie sind die unverändert gültigen Schriften des SO-Gründers L. Ron Hubbard (1911-1986). In ihr hat der „vollkommene Mensch“ („Clear“) alle Rechte, während dem „Aberrierten“, einem Menschen, der vom scientologischen Denken abweicht, die Bürgerrechte verwehrt werden. Damit wird gegen tragende Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen: die Menschenwürde und die Gleichheit aller Menschen.

Ziele

In dem streng hierarchisch gegliederten weltweiten Netzwerk der SO übt das RTC die oberste Befehlsgewalt aus. Für das Management in Europa ist das **Kontinentale Verbindungsbüro** in Kopenhagen zuständig. Auf der unteren Ebene bieten in den einzelnen Staaten die sogenannten „Kirchen“ (Orgs) und die ihnen angeschlossenen „Missionen“ dem „Kunden“ kostspielige Dienste an. Diese bestehen aus einem komplizierten Kurssystem, das als „Brücke zur völligen Freiheit“ dienen soll. Hierbei wird u. a. die Technik des Auditings angewendet.

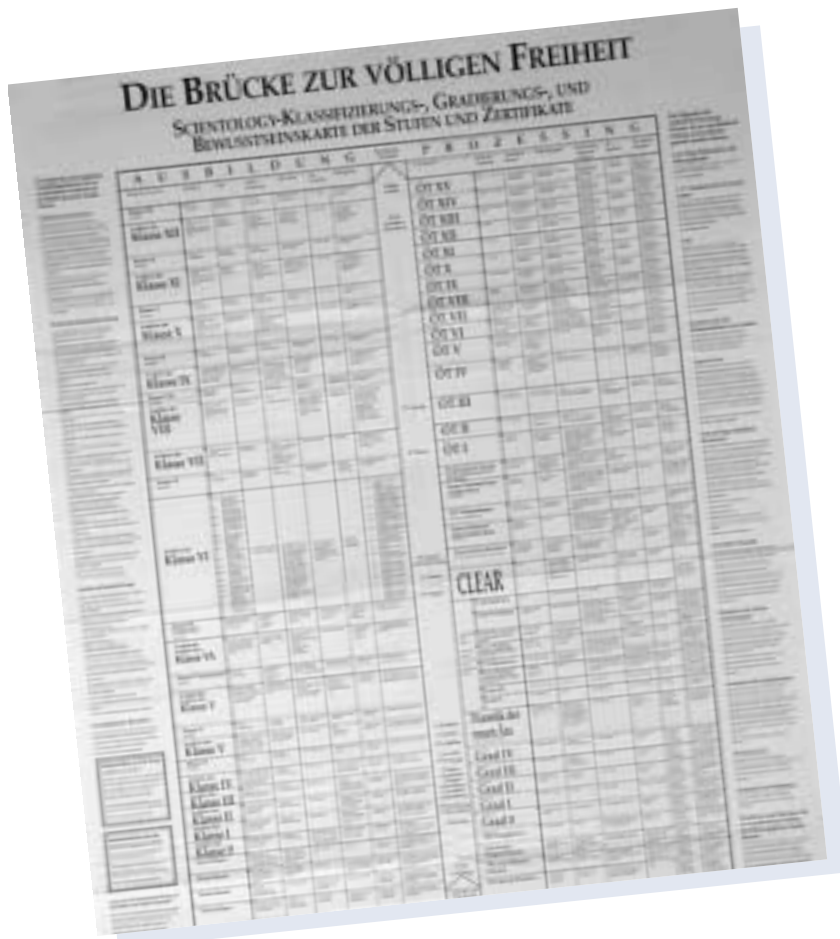
Netzwerk

Auditing ist eine pseudowissenschaftliche Technik, um Menschen zu manipulieren. Mit Hilfe eines Frage-Antwort-Verfahrens zeigt ein Scientologe einem Interessierten dessen angebliche Defizite („Ruin-Punkte“) auf, zu deren Beseitigung allein die SO in der Lage sein soll.

In Hessen gibt es eine „Kirche“ in Frankfurt am Main sowie eine „Mission“ in Wiesbaden. Aktuell gibt es in Deutschland neben der als „Dachverband“ auftretenden **Scientology Kirche Deutschland e. V.** (München) zehn „Orgs“ und elf Missionen. Die Gesamtorganisation gliedert sich - neben dem für den interessierten „Kunden“ erkennbaren Sektor **Church** („Kirche“) - in drei weitere Bereiche: **WI SE** (Internationaler Wirtschaftsverband), **ABLE** (Lebensbewältigung und -hilfe) und **OSA** (Geheimdienst der SO).

WI SE ist ein internationaler Wirtschaftsverband. Hier haben sich Unternehmen zusammengeschlossen, die Lizenznehmer der scientologischen Verwaltungstechnologie sind. **WI SE** will die von Hubbard entwickelte Verwaltungstechnik auf breiter Basis vertreiben,

Wirtschafts-
infiliation



um die Wirtschaft mit scientologischem Denken zu infiltrieren. Hierbei handelt es sich bevorzugt um die Bereiche Unternehmens- und Personalberatung, Managementtraining, Public Relations, Verlagswesen, Versicherungswesen, Computer- und Softwarehandel sowie Immobilienhandel.

ABLE versucht für die **SO** den sozialen Bereich der Gesellschaft mit sogenannten „Reformgruppen“ zu durchdringen und scientologische Denk- und Lösungsansätze zu realisieren. Bereits die Namen einiger dieser Organisationen verraten die jeweilige Zielrichtung der Beeinflussung: **Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM)**, **Mitbürger unterstützen Toleranz - Initiative zur Wahrung der Menschenrechte in Deutschland (MUT)**, Drogenrehabilitation (**NARCONON**).

OSA, eine von der **SO** für die breite Öffentlichkeit u. a. als „Büro für öffentliche Angelegenheiten“ getarnte Abteilung, ist ein eigenständiger Bereich innerhalb der Gesamtorganisation, der wie ein Geheimdienst operiert und auch für die Kritikerbekämpfung zuständig ist.

In Hessen trat die **SO** nur mit wenigen von der Öffentlichkeit wahrgenommenen Aktionen und Veranstaltungen in Erscheinung. So führte sie vom 28. Februar bis 1. März in Frankfurt am Main im Café Schirn eine auch in anderen deutschen Städten gezeigte, aufwändig gestaltete Informationsveranstaltung „Was ist Scientology“ durch. Im Mai lud die **SO** in Wetzlar zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung „Scientology - die am schnellsten wachsende Religion in der Geschichte“ ein. Darüber hinaus verteilten einzelne **SO**-Anhänger wiederholt in den Fußgängerzonen hessischer Städte Werbematerial.

ÖFFENTLICHE ARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes findet in verschiedener Form statt, zum einen durch Pressearbeit wie Interviews und Hintergrundgespräche zu aktuellen Ereignissen oder Entwicklungen. Zum anderen beteiligt sich das LfV im Rahmen „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ aktiv an der geistig politischen Auseinandersetzung mit den Gegnern unseres Verfassungssystems. Im Einzelnen geschieht dies durch Vorträge, Arbeitstagungen und repräsentative Diskussionsveranstaltungen wie das Herbstgespräch. Letzteres stand unter dem Motto „Neue Medien – das Trojanische Pferd der Moderne? Die Bedeutung der IT-Sicherheit für Gesellschaft und Wirtschaft“.

Des Weiteren ist das LfV auf dem Hessentag mit einer eigenen Ausstellung, die sich mit der aktuellen politischen Lage, wie z.B. der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus befasst, vertreten.

Neben der Unterrichtung der Regierung und des Parlamentes will das LfV einen Beitrag leisten, die Bürgerinnen und Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen regelmäßig zu informieren.

Unabhängig von der Betreuung von Industrieunternehmen im Rahmen des Geheimschutzes nutzt das LfV Hessen verstärkt die Öffentlichkeitsarbeit, um auch mit anderen Wirtschaftsunternehmen in Kontakt zu treten und sie über die Gefährdung durch den Extremismus sowie über Ausspähung gegnerischer Nachrichtendienste zu informieren.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes werden Informationsmaterialien (Faltblätter, Broschüren) kostenlos zur Verfügung gestellt, u.a. zu den Themen Skinheads, Islamismus, Proliferation und IT-Sicherheit.

Formen der
Öffentlichkeits-
arbeit

Information
von Regierung
und Parlament,
Bürgerinnen
und Bürgern

Publikationen



ÖFFENTLICHE ARBEIT



Das Informationsmaterial kann beim
Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
– Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit –,
Postfach 39 05, 65029 Wiesbaden
(Telefax: 0611/720 140) angefordert werden.
Weitere Informationen im Internet unter
www.verfassungsschutz-hessen.de

ÖFFENTLICHE ARBEIT

GESETZ ÜBER DAS LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

vom 19. Dezember 1990 (GVBl. I S 753) geändert durch Art. 3 Nr. 4 DatenschutzG-
ÄndG vom 05.11.1998 (GVBl. I S. 421)

ERSTER TEIL

Aufgaben und Befugnisse

§1 Organisation

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde dem Ministerium des Innern. Es darf mit Polizeidienststellen organisatorisch nicht verbunden werden.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen in Hessen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

§2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu treffen.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Es sammelt zu diesem Zweck Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen, über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten und wertet sie aus.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes sind

a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;

- b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
- c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Abs. 4 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen

Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder auf Grund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu schädigen.

(4) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Gesetzes zählen:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Hessen konkretisierten Menschenrechte.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist auch zuständig für die Zusammenarbeit Hessens mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3 Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 die erforderlichen Informationen erheben und weiterverarbeiten, soweit nicht der Zweite Teil dieses Gesetzes besondere Bestimmungen für personenbezogene Daten enthält. Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen unbeschadet des § 4 Abs. 1 personenbezogene Daten von Personen, bei denen keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie selbst Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 2 nachgehen (Unbeteiligte), nur erhoben, verarbeitet oder genutzt werden, wenn

1. dies für die Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorübergehend erforderlich ist,
2. die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre und
3. überwiegende schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht entgegenstehen.

Daten Unbeteiligter dürfen auch erhoben werden, wenn sie mit zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen untrennbar verbunden sind. Daten, die für das Verständnis der zu speichernden Informationen nicht erforderlich sind, sind unverzüglich zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Löschung nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall dürfen die Daten nicht verwertet werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf mit nachrichtendienstlichen Mitteln, insbesondere durch den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen und die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen Informationen verdeckt erheben. Die nachrichtendienstlichen Mittel sind in einer vom Ministerium des Innern zu erlassenden Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift ist der Parlamentarischen Kontrollkommission zu übersenden. Die Behörden des Landes sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz technische Hilfe für Tarnungsmaßnahmen zu leisten.

(3) Besteht die Sicherheitsüberprüfung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 lediglich in der Auswertung des bei Behörden oder der Beschäftigungsstelle bereits vorhandenen Wissens, ist es erforderlich und ausreichend, daß die betroffene Person von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Im übrigen ist die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit der betroffenen Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, mit einbezogen werden.

(4) Sind für die Erfüllung der Aufgaben verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige auszuwählen, die die davon betroffene Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme hat zu unterbleiben, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

(5) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Polizeibehörden auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(6) Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

ZWEITER TEIL

Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 4

Erhebung

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten aus allgemein zugänglichen Quellen erheben, um zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen.
- (2) Liegen bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vor oder wird das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 5 oder § 3 Abs. 1 Satz 2 tätig, darf es Auskünfte bei öffentlichen Stellen oder Dritten einholen, wenn die Daten nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Würde durch die Erhebung nach Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder die betroffene Person unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Landesamt für Verfassungsschutz Akten und Register öffentlicher Stellen einsehen.
- (3) Das Landesamt für Verfassungsschutz muß Ersuchen auf Auskunft oder Einsicht nicht begründen, soweit dies dem Schutz der betroffenen Person dient oder eine Begründung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Abs. 2 Satz 2 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; der Nachweis ist gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten.
- (4) Zur Beantwortung von Übermittlungsersuchen nach § 11 Abs. 1 Nr. 4 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten nur erheben, soweit das zur Überprüfung dort bereits vorliegender Informationen erforderlich ist.
- (5) Werden Daten bei der betroffenen Person oder bei Dritten außerhalb des öffentlichen Bereichs offen erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Die Befragten sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 5 Nr. 1 oder 2 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

§ 5 Erhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn
 1. bei der betroffenen Person tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen und anzunehmen ist, daß auf diese Weise zusätzliche Erkenntnisse erlangt werden können, oder
 2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß auf diese Weise die zur Erforschung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder

3. dies dem Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände oder Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(2) Das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort darf mit technischen Mitteln nur heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden, wenn es im Einzelfall zur Abwehr einer gegenwärtigen gemeinen Gefahr oder einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einzelne Personen unerlässlich ist und polizeiliche Hilfe für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann. Satz 1 gilt entsprechend für einen verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen.

(3) Die Erhebung nach Abs. 1 und 2 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die betroffene Person weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Die Anwendung des nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann. In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 dürfen nachrichtendienstliche Mittel gegen Unbeteiligte nicht gezielt eingesetzt werden; im übrigen gilt § 3 Abs. 1 Satz 3 bis 5.

(4) Bei Erhebungen nach Abs. 1, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, insbesondere durch Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes mit dem verdeckten Einsatz technischer Mittel, sowie nach Abs. 2 ist der Eingriff nach seiner Beendigung der betroffenen Person mitzuteilen, sobald eine Gefährdung des Zwecks des Eingriffs ausgeschlossen werden kann. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn diese Voraussetzung auch nach fünf Jahren noch nicht eingetreten ist. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist zu unterrichten. Die durch Maßnahmen im Sinne des Satz 1 erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes Artikel 10 Grundgesetz verwendet werden.

§ 6 Speicherung

(1) Umfang und Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind auf das für die Aufgabenerfüllung des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderliche Maß zu beschränken.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Daten über Minderjährige, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Minderjährige eine der in § 2 des Gesetzes Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten Minderjähriger, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, nicht zulässig.

(3) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse angefallen sind, die eine Fortdauer der Speicherung rechtfertigen.

(4) Personenbezogene Daten, die erhoben worden sind, um zu prüfen, ob Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 vorliegen, dürfen in Dateien erst gespeichert werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für derartige

Bestrebungen oder Tätigkeiten ergeben haben. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen auch keine Akten angelegt werden, die zur Person geführt werden.

(5) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 5 dürfen in automatisierten Dateien nur personenbezogene Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden.

(6) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und im übrigen nach von ihm festgesetzten angemessenen Fristen, spätestens jedoch nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung noch erforderlich sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 3 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu sperren, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall die Entscheidung, daß sie weiter gespeichert bleiben. Soweit Daten automatisiert verarbeitet oder Akten automatisiert erschlossen werden, ist auf den Ablauf der Fristen nach Satz 1 und 2 hinzuweisen.

§ 7 Zweckbindung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nur zum Zwecke des Verfassungsschutzes im Sinne des § 2 übermitteln.

(2) Zu anderen Zwecken dürfen personenbezogene Daten nach Maßgabe von § 11 Abs. 1 Nr. 2 oder 3 sowie § 13 Satz 1 Nr. 2 übermittelt werden.

(3) Personenbezogene Daten dürfen auch zur Ausübung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken übermittelt und in dem dafür erforderlichen Umfang verwendet werden.

§ 8 Übermittlung von Daten an das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Die Behörden des Landes dürfen von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkt dafür bestehen, die die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes erforderlich ist. Das gleiche gilt für die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(2) Die in Abs. 1 genannten Stellen sind zur Übermittlung verpflichtet, wenn im Einzelfall ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz nach § 4 Abs. 2 vorliegt. Es dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 haben die Staatsanwaltschaften des Landes auch ohne Ersuchen Anklageschriften und Urteile an das Landesamt für Verfassungsschutz zu übermitteln, die Polizeibehörden vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis auch sonstige personenbezogene Daten. Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, nach denen personenbezogene Daten nicht für andere als die

dort genannten Zwecke verwendet werden dürfen, stehen einer Übermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz nicht entgegen.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nach den Vorschriften des Abs. 1 und 2 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes in Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

(4) Hält die ersuchte Stelle das Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme nach § 4 Abs. 2 nicht für rechtmäßig, so teilt sie dies dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. Besteht dieses auf dem Verlangen nach Auskunft oder Einsichtnahme, so entscheidet die für die ersuchte Stelle zuständige oberste Aufsichtsbehörde, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. Die Vernichtung unterbleibt, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall unterliegen die personenbezogenen Daten einem Verwertungsverbot.

§ 9 Übermittlung an übergeordnete Behörden, Veröffentlichung

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Ministerien und die Staatskanzlei über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2, die für ihren Zuständigkeitsbereich von Bedeutung sind. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten übermittelt werden.

(2) Das Ministerium des Innern darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten zum Zweck der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 2 öffentlich bekanntgeben, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhangs oder der Darstellung von Organisationen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegen.

§ 10 Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden in Staatsschutzangelegenheiten

Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und den Polizeibehörden des Landes die ihm bekanntgewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhütung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind in den §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Tatverdächtigen oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

§ 11 Übermittlung innerhalb des öffentlichen Bereichs

- (1) Die Übermittlung ist über die §§ 9 und 10 hinaus zulässig an
1. Behörden, die ein Ersuchen nach § 2 Ab. 5 Nr. 1 oder 2 an das Landesamt für Verfassungsschutz gerichtet haben;
 2. Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Verfolgung der in § 100a der Strafprozeßordnung genannten oder sonstiger Straftaten im Rahmen der organisierten Kriminalität;
 3. Polizei- und Ordnungsbehörden, wenn dies zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlich ist und die Übermittlung der Abwehr einer im Einzelfall bestehenden erheblichen Gefahr oder zur Verhütung der in Nr. 2 genannten Straftaten sowie von Verbrechen, für deren Vorbereitung konkrete Hinweise vorliegen, dient;
 4. andere öffentliche Stellen, wenn diese die personenbezogenen Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung benötigen.

In den Fällen des Satz 1 Nr. 2 und 3 ist das Landesamt für Verfassungsschutz zur Übermittlung verpflichtet.

- (2) Hält das Landesamt für Verfassungsschutz das Ersuchen des Empfängers nicht für rechtmäßig, so teilt es ihm dies mit. Besteht der Empfänger auf der Erfüllung des Ersuchens, so entscheidet das Ministerium des Innern.
- (3) Der Empfänger darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden.

§ 12

Übermittlung an Stationierungstreitkräfte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikpaktes über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) verpflichtet ist.

§ 13

Übermittlung an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- oder zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben oder
2. zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung hat zu unterbleiben, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegend schutzwürdige Belange

der betroffenen Person entgegenstehen. Die Übermittlung ist nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zulässig. Sie ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 14 Übermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs

Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und das Ministerium des Innern im Einzelfall seine Zustimmung erteilt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr seiner Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für den Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 15 Übermittlungsverbote

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Teils hat zu unterbleiben, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der personenbezogenen Daten und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

§ 16 Minderjährigenschutz

(1) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 6 Abs. 2 und 3 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Personenbezogene Daten über das Verhalten Minderjähriger, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 17 Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn dies zu einer anderen Bewertung der Daten führen könnte oder zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

§ 18 Auskunft

(1) Der betroffenen Person ist vom Landesamt für Verfassungsschutz auf Antrag gebührenfrei Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung zu erteilen.

(2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das Auskunftsrecht der betroffenen Person gegenüber dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz oder einem überwiegenden Geheimhaltungsinteresse Dritter zurücktreten muß. Ein Geheimhaltungsinteresse liegt dann vor, wenn

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftspflicht erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist die betroffene Person auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß sie sich an den Hessischen Datenschutzbeauftragten wenden kann. Mitteilungen des Hessischen Datenschutzbeauftragten dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 19 Geltung des Hessischen Datenschutzgesetzes

(1) Das Hessische Datenschutzgesetz bleibt unberührt, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Vorschriften des Hessischen Datenschutzgesetzes über das Recht des Betroffenen auf Gegenvorstellung auf Grund eines schutzwürdigen besonderen persönlichen Interesses und über die Beteiligung der datenverarbeitenden Stelle an

gemeinsamen Verfahren finden keine Anwendung. Personenbezogene Daten sind nicht zu löschen, sondern nur zu sperren, wenn

1. Grund zu der Annahme besteht, daß schutzwürdige Belange der betroffenen Person beeinträchtigt würden
2. die Daten zur Erhebung einer bestehenden Beweisnot unerlässlich sind oder
3. die Verwendung der Daten, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu anonymisieren sind, zu wissenschaftlichen Zwecken erforderlich ist.

(2) In dem Verfahrensverzeichnis über automatisierte personenbezogene Textdateien ist die Zugriffsberechtigung auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind; dem die Textdateien zugeordnet sind; Auszüge aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

DRITTER TEIL

Parlamentarische Kontrolle

§ 20 Parlamentarische Kontrolle

(1) Die Landesregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der parlamentarischen Kontrolle. Sie wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission ausgeübt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Die Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es die Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Kontrollkommission ausscheidet.

(4) Im übrigen bleiben die Rechte des Landtags unberührt.

§ 21 Geheimhaltung

Die Beratungen der Parlamentarische Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarische Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 22 Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

- (1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Landesregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.
- (2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes der Quellen durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.
- (3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. Diese hat den Anspruch auf entsprechende Unterrichtung durch die Landesregierung.
- (4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann im Einzelfall beschließen, daß ihr Akteneinsicht zu gewähren ist.

VIERTER TEIL

Schlußvorschrift

§ 23 Aufhebung von Vorschriften

Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Gesetz vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213) wird aufgehoben.

§ 24 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der Dritte Teil tritt am 5. April 1991 in Kraft.

PERSONEN- UND SACHWORTVERZEICHNIS

A	
Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland	35
ABLE	95
Abu-Jamal, Mumia	61
Aktion freies Deutschland (AFD)	35
Al Qaida	36
Anarchismus	44
Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD	67
Angehörigen Info	67
Anti-AKW-Arbeit	67
Antifa-Rundschau	56
Antifaschismus	56/58
Antifaschistische Nachrichten	67
Antiimperialistischer Widerstand	60
Antiimperialismus	60
Antirassismus	63
Arabische Mudjahedin	85
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	70
Arische Bruderschaft 2000	39
Assoziation Marxistischer Studenten (AMS)	67
Autonome	45/56/62/67
Avanti-Zeitung des RSB	68
B	
Babbar Khalsa International (BK)	87
Beltz, Michael	48
Bembelsturm	28
Berg, Heike	53/68
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)	85
Bin Laden, Usama	86
Bisky, Lothar	53
Black Panther	61
Blickpunkt	68
Blood & Honour	12/28
Brehl, Thomas	33
Brüche – Linke Zeitung aus Kassel	64
Bundesausschuss Friedensratschlag	50/68
Bündnis gegen Bankenmacht	54
Bündnis gegen Rassismus und Naziterror	54
Bündnis gegen Rechts	49/58
Bürgerbewegung für unser Land	17/34/59
C	
Carlos (= Sanchez, Illich Ramirez)	66
Celtic Warrior	29
Cetin Cemal	84
Chaoskrieger	25
Courage	55
D	
Deckert, Günter	15
Dehm, Diether	54
deportation class - gegen das Geschäft mit der Abschiebung	63
Der Rechte Rand	68
Deutsche Aktionsgruppen	31
Deutsche Bürgerinitiative (DBI)	30
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	44/48
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	35
Deutsche Stimme (DS)	15
Deutsche Volksunion (DVU)	23/39
Deutscher Jahrweiser	31
Devrimci Sol	82
Die Rote Hilfe	47/68
Dux, Eugen	23
E	
EJAK	74
El-Zayat, Ibrahim	80
Engel, Stefan	55
Erbakan, Prof. Necmettin	80
Erbakan, Dr. Mehmet Sabri	80
F	
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	84
Förderung der demokratischen Arbeitervereine e.V. (DIDF)	84
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	84
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	74
Forum Marxistischer Erneuerung	68
Frankfurter Kurier	68

Freie Arbeiter- und Arbeiterinnen/Internationale		Islamische Gemeinschaft	
Arbeiterinnen Assoziation (FAU)	47	in Deutschland e.V. (IGD)	85
Freiheit	95	Islamische Gemeinschaft	
Frey, Dr. Gerhard	23	Milli Görüs e.V. (IGMG)	71/78
Friedenspolitischer Ratschlag	50	Islamische Heilsarmee (AIS)	85
Frikorr	68	Islamische Heilsfront (FIS)	85
		Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	85
G		Islamische Zentren	85
Der Gegenangriff	33	Islamischer Bund Palästina (IBP)	85
GegenStandpunkt	68		
Gensert, Ralf	53	J	
Gentechnik	63	Juchem, Wolfgang	35
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	35	Jungdemokraten / Junge Linke	47
Gießener Echo	68	Junge Nationaldemokraten (JN)	15
Grabert-Verlag	37		
Graswurzelrevolution	68	K	
Gümüsoglu, Ibrahim	79	Der Kalifatsstaat	70/81
		Kamagata Maru Dal International (KMDI)	87
H		Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)	30/33
Die Härte	27	Kanal 7	80
HAKK-TV	81	Kaplan, Metin	81
Hammerskins	28	Käs, Christian	21
Hantusch, Thomas	15/17	Kaypakkaya, Ibrahim	83
Hauptkampflinie	25/27	Kazan, Sevket	80
Hessen Links	53	Kein Mensch ist illegal	63
Hessen Post	59	Klartext	15
Hilfsorganisation für nationale politische		Klein, Hans-Joachim	65
Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 30/33		Klosterhaus-Verlag	37
Hizb Allah	85	Klump, Andrea	65
HNG-Nachrichten	32	Komitee gegen Isolationshaft (IKM)	83
Hoch, Haymo	19	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen	
Hubbard, L. Ron	95	Menschenrechte (KVPM)	96
		Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) . 44/48	
I		Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	53
Impact	95	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) 55	
Interim - Wöchentliche Berlin-Info	56/68	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei	
International Sikh Youth Federation (ISYF)	87	in Europa (ATIK)	84
Internationale Jugend	47	Kontinentales Verbindungsbüro (CLO)	95
Internationalistisch-Sozialistische Organisation	47	Kosiek, Dr. Rolf	35
Internet-Nutzung	13/18/29/34/38/66	Koth, Michael	33
Isik, Dr. Yusuf	79	Kurdischer Nationalkongress	74
Islamische Föderation Hessen	84	Kurdistan-Report	73

L	
Landser	27
Lauck, Gary R.	36
Lernen und Kämpfen	55
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	87
Libertad!	60
Linksruck	45/62
M	
Mahler, Horst	17/22/34
Maoisten	45
Marx-Engels-Stiftung	47
Marxistische Blätter	48
Marxistisches Forum der PDS	53
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	55
MED-TV	74
MEDYA-TV	74
Milli Gazete	79
Milli Görüs & Perspektive	
Muslimbruderschaft (MB)	80/85
Mitbürger unterstützen Toleranz (MUT)	96
Müller, Ursula	33
Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e.V. (MSV)	80
N	
NARCONON	96
Nation & Europa	37
National Zeitung - Deutsche Wochenzeitung (NZ)	24
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	13/83
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) ..	15
Nationale Infotelefone (NIT)	38
Nationale Liste	30
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	86/90
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland	27/36
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	26/36
Neonazis	13/30
Neue Demokratische Jugend (YDG)	84
Neues Deutschland	53
NIT Hamburg	38
Nordland-Netz	38
NS Kampfruf	36
O	
Öcalan, Abdullah	70/73
ÖkoLinX	68
OSA	95
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	83
Ostermarschbüro	50
Özdoğan, Hasan	80
Özgür Politika	73
P	
Partei der freien Frauen (PJA)	74
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	53
Partei für soziale Gleichheit (PSG)	47
Partizan-Flügel	83
Paulitsch, Annemarie	34
PJKK	74
Politische Berichte	53
Position	51
Putin, Wladimir	89
R	
Der Republikaner	19
Die Republikaner (REP)	19
Radjavi, Maryam	86
Radjavi, Massoud	86
Rebell	55
Religious Technology Center (RTC)	95
REP-Hessen Info	19
Republikanische Jugend (RJ)	19
Revolution	44
Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)	68
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)	84
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) ..	82
Revolutionäre Zellen (RZ)	46/65
Roeder, Manfred	30
Rote Armee Fraktion (RAF)	17/60/65

Rote Fahne	55/68	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front - Revolutionäre Linke (THKP/-C-Devrimci Sol)	82
Rote Hilfe	47/68	U	
Rote Zora	65	Ümmet-i Muhammed	81
Rotfüchse	55	Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK)	74
S		Unsere Zeit	48
'solid - die Sozialistische Jugend Hessen	53	V	
Sanchez, Illich Ramirez	66	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	81
Sanders, Tina	51	Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	74
Schindler, Rudolf	65	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	59/67
Schlierer, Dr. Rolf	19	Vereinigung für sozialistische Politik (VSP)	68
Schmidt, Hans	17	Violent Solution	25
Schönhuber, Franz	19	Voigt, Udo	15
Scientology Kirche Deutschland e. V.	95	Volksmodjahedin Iran	86/90
Scientology Organisation (SO)	95	Volkstreue Stimme	36
Serxwebun	73	W	
Skinheads	13/25	Der Weg Vorwärts	28
so oder so	60	Wangler, Jürgen	51
Sojka, Dr. Klaus	22	Weinrich, Johannes	66
Solidarität International (SI)	55	Wetterleuchten	33
Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei (DETUDAK)	83	White Youth	28
Source	95	WISE	95
Sozialismus	44	Wohlfahrtspartei (RP)	79
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	45/51	Worch, Christian	30
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	53	World Tamil Movement (WTM)	87
Sozialistische Alternative Voran (SAV)	47	Wulff, Thomas	30
Stehr, Heinz	48/52	Z	
swing - autonomes Rhein-Main-Info	56	Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung	48
T		Zimmer, Gabriele	53
Tendenz	68		
Thing-Netz	38		
Thule-Netz	38		
Trotzkisten	45/62		
Tugendpartei (FP)	79		
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungs- armee (TIKKO)	83		
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten (TKP/ML)	83		

Abkürzungsverzeichnis

ADÜTDF	Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.	GWR	Graswurzelrevolution
AFD	Aktion freies Deutschland	HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
AIS	Islamische Heilsarmee	HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.
AIW	Antiimperialistischer Widerstand	IBP	Islamischer Bund Palästina
AMS	Assoziation Marxistischer StudentInnen	ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.	IGD	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa	IGMG	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.
BK	Babbar Khalsa International	IKM	Komitee gegen Isolationshaft
CLO	Kontinentales Verbindungsbüro	ISYF	International Sikh Youth Federation
DABK	Ostanatolisches Gebietskomitee	JN	Junge Nationaldemokraten
DBI	Deutsche Bürgerinitiative	KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
DETUDAK	Solidaritätskomitee mit dem politischen Gefangenen in der Türkei	KDS	Kampfbund Deutscher Sozialisten
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front	KGB	Komitee für Staatssicherheit (früherer sowjetischer Nachrichtendienst)
DIDF	Förderung der Demokratischen Arbeitervereine e.V.	KMDI	Kamagata Maru Dal International
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	KNK	Kurdischer Nationalkongress
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
DS	Deutsche Stimme	KPF	Kommunistische Plattform
Dual-Use Güter	militärisch und zivil nutzbare Güter	KVPM	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrecht
DVU	Deutsche Volkunion	LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
FAPSI	Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information „Federalnoye Agentstvo Pravitelstvennoy Suyazi I“	MB	Muslimbruderschaft
FIS	Islamische Heilsfront	MEK	Volksmodjahedin Iran Organisation
FP	Tugendpartei	MLPD	Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands
FSB	Föderaler Sicherheitsdienst, russischer Abwehr- und Sicherheitsdienst „Federalnaya Sluzhba Bezopasnosti“ „Galavnde Razvedyvatelnoe Upravleniye“	MSV	Muslim Studentenvereinigung in Deutschland e.V.
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik	MUT	Mitbürger unterstützen Toleranz
GIA	Bewaffnete Islamische Gruppe	NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
GRU	militärische Auslandsaufklärung	NIT	Nationale Infotelefone
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
		NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei

NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei/Auslands- und Aufbauorganisation
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
NWRI	Nationaler Widerstandsrat Iran
NZ	National Zeitung - Deutsche Wochenzeitung
OPEC	Organisation of Petroleum Exporting Countries (Konferenz der Erdöl exportierenden Staaten)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PJA	Partei der freien Frauen
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
REP	Die Republikaner
RJ	Republikanische Jugend
RP	Wohlfahrtspartei
RSB	Revolutionär Sozialistischer Bund
RTC	Religious Technology Center
RZ	Revolutionäre Zellen
'solid	Sozialistische Jugend
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SI	Solidarität International
SO	Scientology Organisation
SOZ	Sozialistische Zeitung
SWR	zivile Auslandsaufklärung
THKP/-C-Devrimci Sol	Türkische Volksbefreiungspartei/-front - Revolutionäre Linke
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
TKP/ML	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
UZ	Unsere Zeit
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
WTM	World Tamil Movement

WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)
YCK	Union der Jugendlichen aus Kurdistan
YDK	Neue Demokratische Jugend
YEK-KOM	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
YXK	Verband der StudentInnen aus Kurdistan
ZK	Zentralkomitee

IMPRESSUM

Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Internet-Abwurf: www.verfassungsschutz-hessen.de

Gestaltung: Studio Zerzawy AGD
65329 Hohenstein

Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG
34212 Melsungen

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier